

6. Sitzung

Mittwoch, 29. April 2015

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
2. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 5. Sitzung der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Einlauf
 - 3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
 - 3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung des Salzburger Landtages gemäß Art 48 Abs. 2 Landes-Verfassungsgesetz 1999 zum Verkauf Baurechtsgemeinschaften SALK-Wohnungen an GSWB, Salzburg Wohnbau und „Die Salzburg“ (Nr. 723 der Beilagen)
 - 3.2 Anträge
 - 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend die Durchführung einer Volksbefragung zum geplanten Verkauf der Wohnbaudarlehen (Nr. 806 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
 - 3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Nachverhandlung der Steuerreform für eine echte und nachhaltige Steuerentlastung (Nr. 807 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Blattl)
 - 3.2.3 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschl betreffend Leistungen für beeinträchtigte Menschen in Österreich (Nr. 808 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)
 - 3.2.4 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Mag. Mayer und Obermoser betreffend eine Änderung im Raumordnungsgesetz hinsichtlich Parifizierungs-Vorhaben bei Bestandsbauten (Nr. 809 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Obermoser)
 - 3.2.5 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschl und HR Dr. Schöchgl betreffend die Dezentralisierung von Bundesdienststellen (Nr. 810 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchgl)
 - 3.2.6 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschl und Bartel betreffend die wirtschaftliche Situation des bfi Salzburg (Nr. 811 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)
 - 3.2.7 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschl betreffend die Einführung einer Asylquote für die EU-Mitgliedsstaaten je nach Bevölkerungsanzahl und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (Nr. 812 der Beilagen – Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

- 3.2.8 Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Riezler betreffend Pilotprojekt für die Bewirtschaftung der finanziellen Ressourcen in der Schuleingangsphase (Nr. 813 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
- 3.2.9 Antrag der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Schneglberger betreffend flächendeckende Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker (Nr. 814 der Beilagen – Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)
- 3.2.10 Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Brand betreffend die Interne Notaufnahme in den SALK (Nr. 815 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 3.2.11 Antrag der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen (Nr. 816 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.12 Antrag der Abg. Hofbauer und Scheinast betreffend Mitspracherecht und Mitbestimmung für Jugendliche auch auf Betriebsebene (Nr. 817 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Hofbauer)
- 3.2.13 Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend Simultanübersetzung der Sendung „Salzburg HEUTE“ in Gebärdensprache (Nr. 818 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 3.2.14 Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Nr. 819 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 3.2.15 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Richtigstellung des Nationalpark Gesetzes (Nr. 820 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.16 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend den Erhalt der militärischen Strukturen in Salzburg (Nr. 821 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 3.2.17 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Abschaffung des Schultyps der Neuen Mittelschule (Nr. 822 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 3.2.18 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Kontrollen unter Suchtmittel einfluss stehender Fahrzeuglenker (Nr. 823 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 3.2.19 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend den internen Revisionsbericht in der Causa Vilsecker (Nr. 824 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 3.2.20 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die vollumfängliche Kennzeichnungspflicht für alle Inhaltsstoffe in Lebensmittel (Nr. 825 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

- 3.2.21 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die zeitliche Staffelung des Unterrichtsbeginns an den Schulen in Salzburg (Nr. 826 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 3.3 schriftliche Anfragen
- 3.3.1 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Abg. Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Lernwerkstatt Pinzgau (Nr. 711 der Beilagen)
- 3.3.2 Anfrage der Abg. Blattl, Essl und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr betreffend die Erhöhung der Preise für Fahrkarten beim Verkehrsverbund (Nr. 712 der Beilagen)
- 3.3.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Brauchtumsfeste in Salzburger Kindergärten (Nr. 713 der Beilagen)
- 3.3.4 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Personalaufnahmen durch Sofortmaßnahme oder Sondervertrag (Nr. 714 der Beilagen)
- 3.3.5 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Integration von anerkannten AsylwerberInnen in den Arbeitsmarkt (Nr. 715 der Beilagen)
- 3.3.6 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Beschäftigung von Frau Mag.^a Rogatsch im Landesdienst (Nr. 716 der Beilagen)
- 3.3.7 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Krankenhaus Tamsweg (Nr. 717 der Beilagen)
- 3.3.8 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Anschlussbahnen (Nr. 718 der Beilagen)
- 3.3.9 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Prozess, Kosten und Nutzen des Salzburger Integrationsbeirates (Nr. 719 der Beilagen)
- 3.3.10 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend anonyme Bewerbungen (Nr. 720 der Beilagen)
- 3.3.11 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend aktueller Vorfälle im Landesdienst (Nr. 721 der Beilagen)

- 3.3.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend des Vermögeneinsatzes bei der Unterbringung von Senioren
(Nr. 722 der Beilagen)
- 3.3.13 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung betreffend Glücksspiele und Wettbüros
(Nr. 788 der Beilagen)
- 3.3.14 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Mayr betreffend die vorzeitige Rückzahlung der Wohnbauförderung
(Nr. 827 der Beilagen)
- 3.3.15 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die ökologischen Auswirkungen einer Nutzung von „Goldsauganlagen“ an/in heimischen Gewässern
(Nr. 828 der Beilagen)
- 3.3.16 Dringliche Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Polizeieinsätze an Schulen im Bundesland Salzburg
(Nr. 829 der Beilagen)
- 3.3.17 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Belastung des Salzburger Tourismus durch die Steuerreform
(Nr. 830 der Beilagen)
- 3.3.18 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an die Landesregierung betreffend Unternehmen für Familien
(Nr. 831 der Beilagen)
- 3.3.19 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Besteuerung illegaler Glücksspielautomaten
(Nr. 832 der Beilagen)
- 3.3.20 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung betreffend Betriebsschließungen nach dem Glücksspielgesetz
(Nr. 833 der Beilagen)
- 3.3.21 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Auswirkungen der neuen ESVG Berechnungsregeln auf Salzburg
(Nr. 834 der Beilagen)
- 3.3.22 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg
(Nr. 835 der Beilagen)
- 3.3.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2015
(Nr. 836 der Beilagen)

- 3.3.24 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. April 2015 (Nr. 837 der Beilagen)
- 3.3.25 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Schulversuche in Salzburg (Nr. 838 der Beilagen)
- 3.3.26 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Abmeldungen vom Religionsunterricht (Nr. 839 der Beilagen)
- 3.3.27 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Hofbauer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die schulische Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) im Bundesland Salzburg (Nr. 840 der Beilagen)
- 3.3.28 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Reinigung von Kaminen (Nr. 841 der Beilagen)
- 3.3.29 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Klimaschutz- und Luftreinhalteaktivitäten (Nr. 842 der Beilagen)
- 3.3.30 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die radioaktive Belastung von Wildbret und Wildpilzen im Bundesland Salzburg (Nr. 843 der Beilagen)
- 3.3.31 Anfrage der Abg. Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Gehaltsvereinbarungen für die Vorstände der Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation (Nr. 844 der Beilagen)
- 3.3.32 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffen das Europäische Jahr für Entwicklung 2015 (Nr. 845 der Beilagen)
- 3.3.33 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend 15a-Vereinbarung über die sprachliche Frühförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen (Nr. 846 der Beilagen)
- 3.3.34 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Verteilerzentrum Salzburg/Kobenzl (Nr. 847 der Beilagen)
- 3.3.35 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Tagesbetreuung von Senioren (Nr. 848 der Beilagen)

- 3.3.36 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend den Sozialbericht des Landes Salzburg (Nr. 849 der Beilagen)
- 3.3.37 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Gewährung des Heizkostenzuschusses (Nr. 850 der Beilagen)
- 3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
 - 3.4.1 Bericht des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend das Salzburger Parteienförderungsgesetz, Rechenschaftsjahr 2013
 - 3.4.2 Bericht des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend das Personal in den SALK
 - 3.4.3 Personelle und sachliche Erfordernisse des Landesrechnungshofes für das Jahr 2016
- 4. Aktuelle Stunde
"Steuerreform – Auswirkungen auf Salzburgs Bevölkerung und Wirtschaft" (TSS)
- 5. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
 - 5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Belebung der Orts- und Stadtkerne
 - 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Klubobmann Dr. Schnell an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die gestellten Fragen zu neuen Erkenntnissen des Finanzskandals
 - 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die vorzeitige Rückzahlung von Wohnbaudarlehen
 - 5.4 Mündliche Anfrage der Abg. Blattl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das Verhalten der Salzburger National- und Bundesräte zur Steuerreform
 - 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Belebung der Stadt- und Ortskerne
 - 5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Brand an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Energiemasterplan
 - 5.7 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Psychopharmaka
- 6. Dringliche Anfragen
 - 6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Mayr betreffend die vorzeitige Rückzahlung der Wohnbauförderung (Nr. 827 der Beilagen)

- 6.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fühapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die ökologischen Auswirkungen einer Nutzung von „Goldsauganlagen“ an/in heimischen Gewässern (Nr. 828 der Beilagen)
- 6.3 Dringliche Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Polizeieinsätze an Schulen im Bundesland Salzburg (Nr. 829 der Beilagen)
- 6.4 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Belastung des Salzburger Tourismus durch die Steuerreform (Nr. 830 der Beilagen)
7. Berichte und Anträge der Ausschüsse
- 7.1 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamten-gesetz 1987, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000, das Landesbeamten-Pensionsgesetz und das Salzburger Bezügegesetz 1998 geändert werden (Nr. 724 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 7.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Sozialhilfegesetz, das Salzburger Pflegegesetz und das Salzburger Behindertengesetz 1981 geändert werden (Nr. 725 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 7.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Leichen- und Bestattungsgesetz 1986 geändert wird (Nr. 726 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 7.4 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Kurtaxengesetz 1993 und das Salzburger Ortstaxengesetz 2012 geändert werden (Nr. 727 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.5 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Einräumung eines Baurechtes zugunsten der anderskompetent gmbh (Nr. 728 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Obermoser)
- 7.6 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Abschaffung der Sozialhilfebeiräte in den Bezirken (Nr. 729 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
- 7.7 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Transparenz bei Wartezeiten in den Krankenanstalten des Landes Salzburg (Nr. 730 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 7.8 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Jöbstl und Bartel betreffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden und zum Antrag der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth be-

treffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden
(Nr. 731 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

- 7.9 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Nutzung der Airport-Parkplätze während der Umweltverträglichkeitsprüfung
(Nr. 732 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 7.10 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend einer möglichen Schadloshaltung gegen die Stadt Salzburg im Zusammenhang mit der Übernahme des negativen Derivate-Portfolios durch das Land Salzburg
(Nr. 733 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 7.11 Bericht des Petitionsausschusses betreffend Petition Stadtgemeinde Seekirchen gegen die 380 kV Leitung – 2. Abschnitt
(Nr. 734 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)
- 7.12 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, HR Dr. Schöchgl und Mag. Scharfetter betreffend innovative Finanzierungsmodelle
(Nr. 789 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.13 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Ing. Mag. Meisl betreffend Mittel zur Gemeinschaftspflege
(Nr. 790 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
- 7.14 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Hofbauer betreffend die Erforschung und Aufarbeitung der Rolle der Christian-Doppler-Klinik während und nach des NS-Regimes
(Nr. 791 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 7.15 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend die Generationengerechtigkeit von Gesetzen
(Nr. 792 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 7.16 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend einer angemessenen Entlohnung jeder ehrlichen Arbeit
(Nr. 793 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 7.17 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchgl, Mag. Mayer und Jöbstl (Nr. 393 der Beilagen) betreffend die Zählregel für Kinder im Kraftfahrlinienverkehr und zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann (Nr. 408 der Beilagen) betreffend die Zählregel im Kraftlinienverkehr und zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 411 der Beilagen) betreffend die Abschaffung der Zählregel 3:2 für Kinder unter 14 Jahren im Kraftfahrlinienverkehr
(Nr. 794 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchgl)
- 7.18 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Senkung der Erdgaspreise durch die Salzburg AG
(Nr. 795 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

- 7.19 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner betreffend die Lenkberechtigung für Kraftfahrzeuge mit Automatikgetriebe
(Nr. 796 der Beilagen – Berichtersteller: Abg. Fuchs)
- 7.20 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl (Nr. 669 der Beilagen) betreffend die Auflage der Broschüren des Landes Salzburg in „Leicht Lesen“ und in der Version „Leicht Lesen“ der Homepage des Landes Salzburg und zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth (Nr. 242 der Beilagen) betreffend Barrierefreiheit in der Landtagskommunikation
(Nr. 797 der Beilagen – Berichterstellerin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 7.21 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Ing. Schnitzhofer, Obermoser und Neuhofer (Nr. 536 der Beilagen) betreffend das Einsparungspotenzial bei Drucksorten und Publikationen beim Amt der Salzburger Landesregierung und bei Organisationen, bei denen das Land beteiligt ist und zum Antrag der Abg. DIⁱⁿ Lindner und Scheinast (Nr. 366 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Beschränkung des Drucksortenaufwandes in der Salzburger Landesverwaltung und in landeseigenen Betrieben
(Nr. 798 der Beilagen – Berichtersteller: Abg. Ing. Schnitzhofer)
- 7.22 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Richtigstellung des Nationalparkgesetzes
(Nr. 852 der Beilagen – Berichtersteller: Abg. Fuchs)
- 7.23 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend die Durchführung einer Volksbefragung zum geplanten Verkauf der Wohnbaurdarlehen
(Nr. 853 der Beilagen – Berichtersteller: Abg. Mag. Mayer)
- 7.24 Bericht des Finanzausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Nachverhandlung der Steuerreform für eine echte und nachhaltige Steuerentlastung
(Nr. 854 der Beilagen – Berichterstellerin: Abg. Blattl)
8. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 8.1 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an die Landesregierung (Nr. 554 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Flüchtlinge im Pflichtschulalter
(Nr. 735 der Beilagen)
- 8.2 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014
(Nr. 736 der Beilagen)
- 8.3 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 582 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Berufsschulen im Land Salzburg
(Nr. 737 der Beilagen)

- 8.4 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 583 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Kinderbetreuung im Land Salzburg (Nr. 738 der Beilagen)
- 8.5 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 586 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Gesundheitsvorsorge der Gemeinden (Nr. 739 der Beilagen)
- 8.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 593 der Beilagen) betreffend die muslimische Bevölkerung in Salzburg (Nr. 740 der Beilagen)
- 8.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 592 der Beilagen) betreffend die Klassenschülerhöchstzahlen in Salzburg (Nr. 741 der Beilagen)
- 8.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 591 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Unterstützungen für Schulkinder aus sozial schwachen Familien (Nr. 742 der Beilagen)
- 8.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 684 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 28. Februar 2015 (Nr. 743 der Beilagen)
- 8.10 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 598 der Beilagen) betreffend der Verleihung des Ehrenzeichens des Landes Salzburg an Hofrat Dr. Ferdinand Faber bzw. der Ablehnung der Auszeichnung durch denselben (Nr. 744 der Beilagen)
- 8.11 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014 (Nr. 745 der Beilagen)
- 8.12 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 559 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler – betreffend einer Feststellung der tatsächlichen Gefahren durch die gebündelten Richtfunkstrahlen (UKW, TV und sonstige) des Senders am Gaisberg mittels Gutachten (Nr. 746 der Beilagen)
- 8.13 Anfrage der Abg. Ing. Sampl und Obermoser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 562 der Beilagen) betreffend die Umsetzung der EU-Richtlinie zur strategischen Umweltprüfung (SUP-Richtlinie) (Nr. 747 der Beilagen)

- 8.14 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Abg. Haitzer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 563 der Beilagen) betreffend Standortverlegungen für Handelsgroßbetriebe (Nr. 748 der Beilagen)
- 8.15 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 564 der Beilagen) betreffend den Flächenverbrauch im Bundesland Salzburg (Nr. 749 der Beilagen)
- 8.16 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 594 der Beilagen) betreffend den Tierschutz im Innergebirg (Nr. 750 der Beilagen)
- 8.17 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014 (Nr. 751 der Beilagen)
- 8.18 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 561 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend Frankenkredite in den Gemeinden und im Land Salzburg (Nr. 752 der Beilagen)
- 8.19 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 585 der Beilagen) betreffend Dialyse der SALK (Nr. 753 der Beilagen)
- 8.20 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 586 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend Gesundheitsvorsorge der Gemeinden (Nr. 754 der Beilagen)
- 8.21 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 595 der Beilagen) betreffend die Tätigkeit der Land-Invest (Nr. 755 der Beilagen)
- 8.22 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 587 der Beilagen) betreffend den Sondervertrag für Mag.^a Rogatsch (Nr. 756 der Beilagen)
- 8.23 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 691 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche (Nr. 757 der Beilagen)

- 8.24 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 697 der Beilagen) betreffend der Verwendung von giftigen Aromastoffen in unseren Lebensmitteln und die Auswirkungen der Nutrigenomik (Nr. 758 der Beilagen)
- 8.25 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 597 der Beilagen) betreffend die Provisionszahlungen bei Wertpapier- und Derivatgeschäften in den Jahren 2004 bis Mitte 2013 (Nr. 759 der Beilagen)
- 8.26 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 692 der Beilagen) betreffend Krankenhaus Hallein (Nr. 760 der Beilagen)
- 8.27 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 693 der Beilagen) betreffend Ausgabenobergrenzen im Gesundheitsbereich (Nr. 761 der Beilagen)
- 8.28 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 695 der Beilagen) betreffend forensisch-psychiatrische PatientInnen im Bundesland Salzburg (Nr. 762 der Beilagen)
- 8.29 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 552 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend der Öffentlichkeitsarbeit im Wohnungswesen (Nr. 763 der Beilagen)
- 8.30 Anfrage der Abg. Hofbauer und Fuchs an die Landesregierung (Nr. 553 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend LED in der Landesverwaltung (Nr. 764 der Beilagen)
- 8.31 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014 (Nr. 765 der Beilagen)
- 8.32 Anfrage der Abg. Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 558 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend den „Türkischen österreichischen demokratischen Kulturverein“, Pfliegerweg 19, 5101 Bergheim (Nr. 766 der Beilagen)
- 8.33 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 559 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend einer Feststellung der tatsächlichen Gefahren durch die gebündelten Richtfunkstrahlen (UKW, TV und sonstige) des Senders am Gaisberg mittels Gutachten (Nr. 767 der Beilagen)

- 8.34 Anfrage der Abg. HR Dr. Schöchel, Mag. Mayer und Ing. Sampl an Landesrat Mayr (Nr. 569 der Beilagen) betreffend die Ausweitung des 366-Euro-Jahrestickets (Nr. 768 der Beilagen)
- 8.35 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr (Nr. 570 der Beilagen) betreffend die Pinzgauer und Salzburger Lokalbahn (Nr. 769 der Beilagen)
- 8.36 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, HR Dr. Schöchel und Ing. Sampl an die Landesregierung (Nr. 551 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend die Agenden der Männerarbeit im Land Salzburg (Nr. 770 der Beilagen)
- 8.37 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014 (Nr. 771 der Beilagen)
- 8.38 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an die Landesregierung (Nr. 554 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend Flüchtlinge im Pflichtschulalter (Nr. 772 der Beilagen)
- 8.39 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Haitzer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 571 der Beilagen) betreffend Krabbelgruppen in den Salzburger Gemeinden (Nr. 773 der Beilagen)
- 8.40 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 572 der Beilagen) betreffend Förderungen für den privaten Kindergarten Nairz (Nr. 774 der Beilagen)
- 8.41 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 583 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend Kinderbetreuung im Land Salzburg (Nr. 775 der Beilagen)
- 8.42 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 590 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend das neue Verteilerzentrum für Asylwerber am Gaisberg (Nr. 776 der Beilagen)
- 8.43 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 591 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend Unterstützungen für Schulkinder aus sozial schwachen Familien (Nr. 777 der Beilagen)
- 8.44 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 455 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwaiger – betreffend tatsächliche Kosten Strukturreform (Nr. 778 der Beilagen)

- 8.45 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwaiger – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014 (Nr. 779 der Beilagen)
- 8.46 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 584 der Beilagen) betreffend Anrechnung von Vordienstzeiten (Nr. 780 der Beilagen)
- 8.47 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 691 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwaiger – betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche (Nr. 781 der Beilagen)
- 8.48 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 591 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwaiger – betreffend Unterstützungen für Schulkinder aus sozial schwachen Familien (Nr. 782 der Beilagen)
- 8.49 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 596 der Beilagen) betreffend die Depots des Salzburg Museums (Nr. 783 der Beilagen)
- 8.50 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 591 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn – betreffend Unterstützungen für Schulkinder aus sozial schwachen Familien (Nr. 784 der Beilagen)
- 8.51 Anfrage der Abg. Riezler und Schneglberger an die Landesregierung (Nr. 599 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn – betreffend Sozialausgaben im Bundesland Salzburg (Nr. 785 der Beilagen)
- 8.52 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 691 der Beilagen) ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche (Nr. 786 der Beilagen)
- 8.53 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 688 der Beilagen) betreffend die Umsetzung von Rechnungshof-Empfehlungen im Landesschulrat für Salzburg (Nr. 799 der Beilagen)
- 8.54 Anfrage der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 686 der Beilagen) betreffend Jubiläumsjahr 2016 (Nr. 800 der Beilagen)

- 8.55 Anfrage der Abg. Hirschbichler MBA und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 687 der Beilagen) betreffend Bürgermeisterwahlen (Nr. 801 der Beilagen)
- 8.56 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 643 der Beilagen) betreffend den Arbeitsmarkt in Salzburg (Nr. 802 der Beilagen)
- 8.57 Anfrage der Abg. HR Dr. Schöchgl, Neuhofer und Ing. Schnitzhofer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 690 der Beilagen) betreffend das Mineralrohstoffgesetz (Nr. 803 der Beilagen)
- 8.58 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 644 der Beilagen) betreffend den Fortbestand von Löschteichen (Nr. 804 der Beilagen)
- 8.59 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 681 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Landwirtschaftskammerwahl (Nr. 805 der Beilagen)
9. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 9.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages 2. Juli 2014 betreffend das Erfassen von Schülerinnen und Schülern ohne positiven Schulabschluss (Nr. 787 der Beilagen)

- -

(Beginn der Sitzung: 9:04 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Einen schönen guten Morgen! Offensichtlich haben die Züge oder die Zubringer Verspätung. Wir erwarten heute noch Schulklassen, nämlich die 7. und 8. Klasse des BG Zell am See. Wir werden sie bei ihrem Eintreffen entsprechend begrüßen.

Ich eröffne die 6. Sitzung der 3. Session 15. Gesetzgebungsperiode. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, bitte ich alle, sich von den Plätzen zu erheben für eine Gedenkminute.

Am 11. April 2015 ist der ehemalige 3. Landtagspräsident Bertl Emberger im 74. Lebensjahr verstorben. Er wurde 1941 in Wagrain geboren. Nach der Pflichtschule in seiner Heimatgemeinde absolvierte er die Landwirtschaftsschule in Kleßheim. 1967 übernahm er den landwirtschaftlichen Betrieb seiner Eltern, ab 1973 betrieb er zudem ein Jugendgästehaus.

Bertl Emberger war von 1979 an 15 Jahre Mitglied des Salzburger Landtags. Sein Engagement galt seinem Bundesland und seiner engsten Heimat, dem Pongau. Ab 1969 war er dafür in verschiedenen öffentlichen Funktionen aktiv. Von 1969 bis 1974 und von 1984 bis 1989 als Gemeindevertreter in Wagrain. Von 1970 bis 1975 war er Kammerrat in der Bezirksbauernkammer. Als Dritter Präsident des Landtags war er auch Vorsitzender des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses und damit mehr als fünf Jahre wesentlich am parlamentarischen Gesetzwerdungsprozess beteiligt. Von 1994 bis 1998 war er Vizebürgermeister seiner Heimatgemeinde. Er erhielt 1994 das Große Ehrenzeichen des Landes Salzburg und wurde 2007 Ehrenmitglied der Stille-Nacht-Gesellschaft.

Auch nach dem Ausscheiden aus dem Salzburger Landtag hat sich Präsident Emberger unter anderem als Honorarkonsul von Slowenien für Salzburg immer eingesetzt. Als Gründungs-Obmann der Salzburgisch-Slowenischen Gesellschaft galt sein Wirken den zwischenmenschlichen Beziehungen beider Länder. Er hat damit und mit vielen von ihm geleiteten Studienreisen nach Slowenien einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass das neue Land Slowenien in ein positives Bewusstsein der Salzburger Bevölkerung rückt.

Ich habe der Trauerfamilie im Namen des Salzburger Landtages kondoliert und am Begräbnis teilgenommen. Danke für die Trauerkundgebung.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind ganztags Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl aufgrund der Gesundheitsreferentenkonferenz und Landesrätin Mag.^a Berthold aufgrund der Jugendreferentenkonferenz. Landeshauptmann Dr. Haslauer ab 12:00 Uhr wegen Terminen in Wien, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler ab 18:00 Uhr und Abgeordnete Hirschbichler ab 16:30 Uhr.

Als nächsten Top rufe ich auf

Punkt 2: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 5. Sitzung der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Das Protokoll ist allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden. Einwände dagegen sind in der Landtagsdirektion nicht eingelangt. Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung durch ein Handzeichen. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Ich stelle die einstimmige Genehmigung fest. Danke.

Ich rufe auf

Punkt 3: Einlauf

3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

Im Einlauf befindet sich eine

3.1.1 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung des Salzburger Landtages gemäß Art 48 Abs. 2 Landes-Verfassungsgesetz 1999 zum Verkauf Baurechtsliegenschaften SALK-Wohnungen an GSWB, Salzburg Wohnbau und „Die Salzburg“ (Nr. 723 der Beilagen)

Wer mit der Zuweisung an den zuständigen Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Gegenprobe! Keine. Danke. Damit ist das Geschäftsstück zugewiesen.

3.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.1 **Dringlicher Antrag** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend die Durchführung einer Volksbefragung zum geplanten Verkauf der Wohnbaudarlehen (Nr. 806 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)

Ich ersuche den Schriftführer um Verlesung des dringlichen Antrages. Bitte!

Abg. Hofbauer (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Es findet nunmehr die Debatte zur Dringlichkeit statt. Bitte der Antragsteller Klubvorsitzender Steidl. Du hast fünf Minuten. Ich werde wie gewohnt nach vier Minuten anläuten und nach fünf Minuten abläuten. Danke.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Wohnbaurat und die Landesregierung versuchen auf Gedeih und Verderb den Zugang zu den Millionen des Wohnbaufonds zu bekommen, um damit einige Lieblingsprojekte, die sie bereits mehrmals angekündigt haben, umzusetzen. Der Wohnbaurat versucht das auch mit dem einen oder anderen Taschenspielertrick, indem er sagt das Land verkauft oder das Land schuldet um oder es wird umfinanziert oder der neue Begriff das Land zediert, tritt Forderungen an die Wohnbaugenossenschaften, an andere, nämlich an Banken, an Versicherungsgesellschaften oder auch an andere Haie der Finanzwirtschaft ab und versucht so tun, als ob in einem derartigen Geschäft, wo ein Dritter neu mit im Bunde ist, das caritativ machen würde, also gratis. Wenn ein Dritter neu ins Geschäft eintritt, dann macht er das nicht gratis, sondern verspricht sich dabei einen Profit und diesen Profit, den kann man jetzt ansiedeln entweder bei den Mieterinnen oder bei den Mietern, das wollen die Wohnbaugenossenschaften nicht, dann bleibt es eben bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern hängen. Das heißt dieses Geschäft, dieses Zinsgeschäft muss ja letztendlich jemand bezahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle daher den Antrag auf Zuerkennung der Dringlichkeit. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Ich darf nunmehr die Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Klasse des BG Zell am See mit Prof. Salzmann recht herzlich im Landtag begrüßen. Schön, dass Sie uns heute hier besuchen. Im Rahmen des Freigegegenstandes Recht, lese ich, haben Sie diesen Landtagsbesuch eingeplant. Herzlich willkommen im Landtag! (Allgemeiner Beifall)

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Otto Konrad vom Team Stronach zur Begründung der Dringlichkeit.

Abg. Konrad MBA: Frau Präsidentin! Liebe geschätzte Regierungsmitglieder! Kollegen! Kolleginnen! Vor allem liebe Jugend hier!

An einem Tag, wo heute wieder diskutiert wird über ein Thema, wo man unter anderem auch dazu sagen kann „und immer grüßt das Murmeltier“. Alle halben Jahr schlägt das einmal hier

auf. Zu Recht, zu Unrecht, das werden wir sicherlich am Nachmittag dann etwas intensiver diskutieren im Ausschuss, dort, wo wir hoffen, weitere Informationen zu bekommen, nicht von Zeitungen, Zurufen oder ähnlichen Kommunikationsschienen oder Zurufen abhängig zu sein, um hier Entscheidungen treffen zu können.

Der Antrag ist grundsätzlich politisch natürlich ok. Wir werden der Dringlichkeit natürlich zustimmen. Im Vorfeld habe ich mir natürlich schon Gedanken darüber gemacht, was ist die Basis der Diskussion, die in den Medien breitgetreten wird. Was weiß der eine, was weiß der andere. Es wird sehr oft im Antrag unter anderem auch gesagt, die Regierung plant etwas und was wäre das Ergebnis, wenn das eine oder das andere tatsächlich dann umgesetzt werden würde. Selbst bei der Umsetzung ist man sich nicht mehr klar und einig welche Auswirkungen hat das und dann über einen längeren Zeitraum.

Ich glaube nicht, dass die Regierung angetreten ist zum Ende der Legislaturperiode sagen zu müssen wir haben unsere Ziele nicht erreicht. Ziele, ein leistbares Wohnen in Salzburg in einer Form darzustellen, das wir mit der üblichen Situation in Salzburg, das ist nicht einfach, Gründe sind sehr teuer, für die Bevölkerung hier ein leistbares Wohnen zu schaffen. Ich glaube es ist nicht Zeit, mit Blendgranaten und Nebelgranaten zu operieren, sondern sachlich begründet hier Entscheidungen zu treffen, dazu laden wir natürlich auch die Opposition ein, keine Frage, aber eines möchte ich schon dazu sagen. Nebelgranaten und Blendgranaten haben ein Ziel, der Bevölkerung etwas zu verschleiern und gleichzeitig im nächsten Gang ein Worst-Case-Szenario zu zeigen, zu sagen was alles passieren kann. Ich glaube, dass das Thema hier sehr ernst ist und unser Landesrat Mayr, vielleicht auch ein Rest der Regierung, wird uns dann im Ausschuss dazu berichten, dass wir nachher wirklich auch, auch wenn wir vielleicht jetzt nicht die Fachleute sind, die die Zahlen in einer Form die nächsten 20 Jahre dann berechnen können, eine Entscheidung zu treffen, dass es hier in Salzburg die Aussage nach fünf Jahren der Regierung hat sich auf diesem Markt, in diesem Gebiet etwas geändert, zum Positiven geändert. Ich glaube, dass das sicherlich im Interesse von uns allen ist und wie schon zu Beginn gesagt deswegen stimmen wir der Dringlichkeit natürlich zu. Danke. (Beifall der ÖVP- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet zur Begründung der Dringlichkeit Kollege Mayer von der ÖVP.

Abg. Mag. Mayer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Salzburger Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zwei Vorbemerkungen zum dringlichen Antrag, die mir etwas bemerkenswert erscheinen. Zum einen die SPÖ war von 1984 bis Juni 2013 für den Wohnbaufonds zuständig. Seit dem 20. Juni 2013 interessiert sie sich auch dafür. Das finde ich sehr bemerkenswert.

Zweitens: Wir haben den dringlichen Antrag vor einem Jahr beschlossen. Drittens: Die Abhaltung einer Volksbefragung ist ein Minderheitenrecht. Ich verstehe die Aufregung nicht. Wir werden dennoch der Dringlichkeit zustimmen, weil wir gerne über die Wohnbauförderung reden. Wir reden gerne über die Wohnbauförderung alt. Wir reden gerne über das Organisationsversagen, das bewusst in Kauf genommen worden ist. Jede Kontrolle wurde von der SPÖ bewusst verhindert. Wir reden gerne über das wohnpolitische Versagen. Es werden die Ziele nicht erreicht, es wird zu wenig gebaut. Wir reden gerne über das sozialpolitische Versagen. Schlusslicht bei der sogenannten Zumutbarkeitstabelle, das Wohnen nicht mehr leistbar. Wir reden gerne über die Systemfehler, dass innerhalb von zehn Jahren die Mieten um 70 % gestiegen sind. Bewusste Systemfehler, für die wir, lieber Herr Landesrat, Du wirst es bestätigen können, Millionen in die Hand nehmen, um sie zu beseitigen.

Wir reden auch gerne über die neue Wohnbauförderung, die Tausend neue Arbeitsplätze schaffen wird, die die wohnpolitischen Ziele erreichen wird. Wir haben bereits jetzt, korrigiere mich, über 600 Anträge, das ist mehr als im Eigentumsbereich in den letzten beiden Jahren gebaut worden ist. Wir reden gerne über die Ziele von 1.000 Mietwohnungen. Wir reden gerne über die Ziele von 500 Eigentumswohnungen, leistbares Eigentum. Wir reden gerne über die 3.700 Sanierungsfälle und über 300 Heimplätze. Wir reden auch gerne darüber, was sich im Verhältnis der alten Wohnbauförderung zum Verhältnis der neuen Wohnbauförderung für den Einzelnen ändert. Der einzelne Darlehensnehmer, für den ändert sich nichts. Er muss sein Darlehen nicht zurückbezahlen. Er kann es und bekommt dafür einen Nachlass von 10 %, sehr attraktiv, wenn er es nicht will, tut er es nicht.

Wir reden auch gerne darüber, was sich für den Mieter ändert. Es ändert sich für den Mieter etwas. 19.000 Mieter bekommen eine günstigere Miete und wir nehmen dafür sehr viel Geld in die Hand. Über all das reden wir sehr, sehr gerne am Nachmittag. Worüber nicht gerne geredet wird, vor allem seitens der Sozialdemokratie, ist die finanzielle Situation. Wir haben über zwei Milliarden Euro Schulden, – die Jugend möge aufmerksam zuhören – die jeden Handlungsspielraum, wenn wir dieses Problem nicht anpacken, für die Zukunft einschränkt. Wir sind in einer Niedrigzinsphase, die den Barwert der Verbindlichkeiten im Wohnbaufonds dankenswerterweise oder Gott sei Dank in die Höhe schnellen lässt und das macht die Schuldenlast noch bewältigbar. Aber ich darf erinnern, dass die Zinsen wohl nicht mehr sin-

ken werden, weil sie nicht mehr sinken können und nur ein Prozent Anstieg der Zinsbelastung würde den Haushalt mit € 20 Mio. belasten, mit € 20 Mio. belasten nur ein Prozent Anstieg der Zinsen. Daher werden wir alles daran setzen, die Schulden abzubauen.

Wir reden jetzt darüber, wie wir mit den Verbindlichkeiten bei den sechs Wohnbauträgern umgehen, ob da vorzeitig zurückgezahlt werden kann oder nicht, das wird der Herr Landesrat Hans Mayr in aller Ruhe machen. Wenn er soweit ist, wird er den Landtag informieren. Es gibt den Beschluss vom 30. April vor einem Jahr. Es gibt ein Minderheitenrecht. Daher würde ich sagen bleiben wir sachlich, lassen wir diese Regierung arbeiten und bitte nehmen wir die Verantwortung wahr und bauen diesen Schuldenberg, diesen unverantwortlichen Schuldenberg, den die SPÖ erspekuliert hat, ab. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Bleiben wir sachlich!)

Vielen Dank, meine Damen und Herren. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Schwaighofer zur Begründung der Dringlichkeit für die Grünen.

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Besucherinnen und Besucher! Lieber Schülerinnen und Schüler!

Irgendwie mutet ja dieser dringliche Antrag an wie ein verzweifelter Versuch, ein totes Pferd zu reiten, wie man so schön sagt. Also ein verzweifelter Versuch, ein totes Pferd zu reiten, etwas, was längst eigentlich beschlossen und erledigt ist, irgendwie krampfhaft am Leben zu erhalten und irgendwie wieder in den Fokus zu bringen.

Ich glaube, dass der Versuch natürlich scheitern wird, er ist zum Scheitern verurteilt, weil er ist ja in sich schon völlig widersprüchlich. Ich erinnere daran, dass vor einem Jahr die SPÖ als Antragsteller gegen eine Volksbefragung gestimmt hat, gegen den Antrag der Regierungsfractionen eine Volksbefragung abzuhalten nach entsprechender Aufklärung. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Stimmt ja so nicht! Sachlich bitte!)

... Jetzt kann es sein, dass die SPÖ der Meinung ist Aufklärung ist nicht gut, dass sie der Meinung ist bitte wir wollen nicht, dass die Regierung und die Regierungsparteien den Menschen sagen, was jetzt wirklich geplant ist, das ist uns lieber nicht, wir möchten ein bisschen nebulos das Ganze darstellen und gleich eine Befragung machen. Aber erklären Sie bitte

den Bürgern draußen warum Ihr dagegen gestimmt habt gegen etwas, was Ihr jetzt plötzlich beantragt haben wollt. Das erschließt sich ziemlich schwer. Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Ich möchte auch darauf eingehen, wie Ihr mit den Formulierungen umgeht und was Ihr den Menschen so zumutet in Euren Formulierungen. Kurzer Rekurs noch auf 2014. Ihr habt in weiser Voraussicht ja etwas damals schon gewusst, was wahrscheinlich oder sicher nie eintreten wird, nämlich Ihr habt 2014 in Eurem dringlichen Antrag schon geschrieben „ohne die genaue Höhe des Erlöses und die Bedingungen der Banken zu kennen, ist sich die Regierung bereits über den Verkauf einig“. Habt Ihr damals schon gewusst, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sieht man ja! Sieht man ja jetzt!)

... was bis heute nicht so ist und was auch nicht so kommen wird, lieber Walter Steidl, ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ist ja das Ergebnis!)

... und dann muss man natürlich ganz dick auftragen damit wenn schon die Suppe so dünn ist, irgendetwas noch übrigbleibt, dann behauptet Ihr in der Präambel zu diesem dringlichen Antrag, dass diese Landesregierung das Schicksal, – man muss sich die Formulierung schon ein bisschen herholen und auf der Zunge zergehen lassen – das Schicksal der Salzburgerinnen und Salzburger und deren Kinder an den Bestbieter zu verkaufen. Das Schicksal der Salzburger und Salzburgerinnen und deren Kinder noch dazu, indem man versucht, eine möglichst budgetschonende Lösung, von Schulden herunterzukommen, zu finden, planen wir das Schicksal der Kinder und der Salzburgerinnen und Salzburger zu verkaufen.

Bitte liebe SPÖ, kriegt Euch wieder ein bisschen ein, bleibt bei Formulierungen, die wenigstens halbwegs noch nachvollziehbar sind. Ihr könnt ja sagen "ok aus unserer Sicht ist das nicht die ideale Lösung", aber gleich das Schicksal Tausender Salzburgerinnen und Salzburger an den Bestbieter zu verkaufen, das ist ein bisschen übertrieben dramatisch.

Dann noch eine kurze Anmerkung zum vorletzten Absatz in Eurer Präambel. Leistbares Wohnen muss auch für die Zukunft gesichert werden. Der Wolfgang Mayer hat es schon angesprochen. Das Problem war ja, dass leistbares Wohnen bisher nicht gesichert war. Es hat diese Regierung gebraucht offensichtlich, dass man einige Dinge ins Lot zu bringen versucht, die bisher nicht so waren. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Sind jetzt die Mieten billiger? Ist ja absurd!)

... Also muss nicht auch in Zukunft gesichert werden, sondern wir suchen Wege, wie wir es endlich sichern können. Da gibt es einige Beispiele, die man jetzt schon anführen kann, nämlich zum Beispiel befristete Verträge auch im Bereich der Wohnbeihilfe anzuerkennen, was vorher nicht möglich. Oder angeführt worden die Zumutbarkeitstabelle zu verändern. Oder Mietensenkungsprogramm. Das sind ja klassische Dinge, Wohnen in Salzburg leistbar zu machen.

Ich würde Euch wirklich herzlich einladen, am Nachmittag mit uns mitzudiskutieren und dann einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass wir bereits einen fertigen Beschluss haben, der genau das besagt, was Ihr in redundanter Weise jetzt noch einmal wollt. Also Ihr könnt ja eingestehen und sagen "tut uns leid, wir haben uns voriges Jahres geirrt, wir wollten eigentlich eh zustimmen, dass es eine Volksbefragung geben soll", aber tut uns nicht quälen damit, dass wir etwas noch einmal wiederholen sollen was längst beschlossene Sache ist. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zur Begründung der Dringlichkeit Lukas Essl von der FPÖ.

Abg. Essl: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Gäste!

Guten Morgen ÖVP! Guten Morgen Wolfgang Mayer! Die ÖVP ist seit 70 Jahren, seit 1945 in der Regierung, 70 jahrelang, sie weiß von nichts. Sie weiß nichts vom Finanzskandal, sie weiß nichts von der Wohnbauförderung. Guten Morgen! ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Guten Morgen!)

... Wolfgang, so einfach kann man sich das Ganze nicht machen. Ich erinnere an die Zeiten Präsident Neureiter, Blachfellner, Dr. Kreibich, wie Zwillinge in diesem Haus haben sie uns von der Opposition erklärt, wie die Wohnbauförderung geht. Und wo sind wir jetzt? Vor einem Scherbenhaufen. Weil nämlich, selbst wenn es nur die angekündigte Zession ist, es heißt eine Forderungsabtretung an Dritte, hat das sehr wohl Risiken. Risiken für das Land. Haftungsfragen. Risiken für die Mieter, wie entwickeln sich diese verkauften Darlehen. Und die Gewinner sind wieder die Gemeinnützigen, sprich die Finanziere. So einfach kann man sich das nicht machen.

Der Salzburger Landtag hat das Recht und die Pflicht, über solche Schritte, die Tausende Salzburgerinnen und Salzburger betreffen, zu diskutieren, sich zu informieren. Dieses Recht steht uns zu. Deshalb ist dieser dringliche Antrag sehr wohl zu unterstützen. Obwohl der Salzburger Landtag am 30. April 2014 sehr wohl beschlossen hat, dass hier die Bürger ein-

zubinden sind und nach der Aufklärung auch zu befragen sind, aber das Wohnen ist zu wichtig, um hier für ein paar Jahre Kosmetik im Budget zu betreiben und die nächsten Generationen zu belasten. Zu belasten mit höheren Mieten, zu belasten mit weniger Wohnungen. Diese Preisspirale, Kollege Mayer, wird sich schön nach oben drehen und dazu trägt Ihr die Verantwortung. Danke. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages der SPÖ einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Nachverhandlung der Steuerreform für eine echte und nachhaltige Steuerentlastung

(Nr. 807 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Blattl)

Ich ersuche die Schriftführerin um Verlesung des Antrages.

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Bevor wir in die Debatte über die Dringlichkeit einsteigen, freue ich mich, dass der Zweite Präsident des Nationalrates Karlheinz Kopf auch heuer den Salzburger Landtag besucht. Lieber Karlheinz, herzlich willkommen im Salzburger Landtag. (Allgemeiner Beifall)

Zur Begründung der Dringlichkeit für die antragstellende Fraktion, die FPÖ, Herr Klubobmann Schnell. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Hohe Regierung! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor allem begrüßen darf ich die Schülerinnen und Schüler meiner ehemaligen Schule des Gymnasiums Zell am See. Ich kann nur bestätigen Sie besuchen eine sehr gute Schule. Ihnen alles, alles Gute auf Ihrem zukünftigen Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als die Pläne für diese Steuerreform bekannt wurden, ist in Salzburg, Tirol und Vorarlberg ein Sturm der Entrüstung durch die Bevölkerung gegangen. Ich verwende ein Wort, das ich nicht gerne tue, aber ich muss es so sagen, es betrübt mich sehr, und das nicht aus parteipolitischer Sicht, sondern als Mensch und als Vater von Kindern, die unsere Betriebe einmal übernehmen sollen. Diese Steuerreform ist eine einzige Sauerei, ein Schlag ins Gesicht des Mittelstandes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Motto Reiche immer reicher, Arme immer ärmer und der Mittelstand wird ausradiert, hat man hier eine Steuerreform beschlossen, die dazu führen wird, dass viele, viele Klein- und Mittelunternehmer ihre Betriebe an ihre Kinder nicht mehr übergeben können. Sehr geehrter Herr Präsident Kopf! Gut, dass Sie mit-hören. Ich hoffe, dass das nicht auch Ihren Kopf und den Kopf einiger Politiker kosten wird, denn dieser Sturm der Entrüstung, den sollte man ernst nehmen. Das ist nicht nur ein Auf-bäumen der Klein- und Mittelbetriebe, sondern das ist ernst zu nehmen. Ich sage Ihnen ei-nes. Wären diese Pläne vor der Wirtschaftskammerwahl bekannt geworden, hätte die ÖVP diese Wahl massiv verloren.

Das ist wirklich eine schwere Belastung für den Mittelstand, obwohl man ständig immer wie-der in der Werbung hört „stärkt den Mittelstand, der Mittelstand muss endlich entlastet wer-den“ und jetzt kommt es zu einer regelrechten Enteignung. Besonders betroffen ist die Gast-ronomie, ist die Hotellerie, die durch bürokratische Auflagen schon derartig gedemütigt wur-de in den letzten Jahren, Monaten, dass es fast nicht mehr zum Aushalten ist. Wenn wir an-fangen bei den Sanktionen, wo Österreich als neutraler Staat unbedingt mitmachen musste gegen Russland und bei uns im Winter die Gäste aus Russland ausgeblieben sind. Ob es die Frankenkredite sind, wo fast alle Betriebe auch Frankenkredite so wie die öffentlichen Institutionen auch getätigt haben. Kein einziges Wort von einem europäischen Politiker, dass hier einseitig die Stabilisationspakete mit der Schweiz hier gekündigt wurden, obwohl gerade in der Schweiz die Schwarzgelder gebunkert werden bis zum Gehnichts mehr.

Die Debatte ums Rauchverbot. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo kommen wir denn hin? Alkohol wird verboten. Rauchen wird verboten, aber man debattiert darüber, dass quasi das Haschen dann erlaubt wird. Und wenn, dann ist es immer noch der Besitzer die-ses Hotels und des Wirtshauses, der bestimmt was seine Gäste wollen, wie er mit den Gäs-ten umgehen will und wie er sein Geld verdienen muss. Basel III, die Kredite gar nicht mehr finanzierbar und gar nicht mehr machbar, weil die Eigenkapitalsdecke so dünn ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verlängerung der Abschreibungszeiten. Eine Frechheit. Wie soll das gehen bitte? Und all diese Dinge sind also wirklich nicht mehr trag-bar. Es war uns allen klar, auch den Unternehmen, dass wir unbedingt eine Entlastung der

Niedrigstlohnbezieher herbeiführen müssen. Nur das ist fast zu wenig geschehen, denn die kalte Progression wird diese Errungenschaft für Niedrigbezieher in wenigen Jahren wieder auffressen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die große, große Enttäuschung ist, dass zwar auf der einen Seite die Niedrigstlohnbezieher jetzt wenigstens ein bisschen etwas bekommen, aber bei den wirklich Superreichen, Stiftungen, Spekulationssteuer, wie oft haben wir diskutiert, bis jetzt noch nichts geschehen ist und alle diese Belastungen der Mittelstand tragen soll. Wenn diese Reform so kommt, wird es ein großes, großes Aufbäumen in der Bevölkerung geben, das vor allem die Wirtschaftskammer und die ÖVP treffen wird.

Ich bitte Sie, hier diesem dringlichen Antrag zuzustimmen, vor allem einem Punkt, dass unsere Nationalräte und Bundesräte in Salzburg, Tirol und Vorarlberg diesem Wahnsinn nicht zustimmen. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten und des Abg. Wiedermann)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet für die SPÖ Heidi Hirschbichler. Bitte!

Abg. Hirschbichler MBA: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Antragsteller!

Wir nehmen die Bedenken, die Du geäußert hast, Karl Schnell, sehr, sehr ernst. Aber die Steuerreform kann sehr wohl als großer Wurf bezeichnet werden. Die Frage ist wie immer im Leben: für wen? Ich sage für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die Pensionistinnen und Pensionisten dieses Landes ist die Steuerreform sehr wohl ein großer Wurf, denn durch das Inkrafttreten der Steuerreform haben sie um fünf Milliarden Euro mehr Geld im Geldbörsel. Und das war unser Ziel. Das war das Ziel der Gewerkschaftsbewegung und das Ziel der Sozialdemokratie und das ist die größte spürbare Entlastung seit 40 Jahren und die brauchen, Kollegen, die brauchen die Menschen ganz dringend. Diese fünf Milliarden stärken nämlich auch nicht nur die Menschen, sondern auch die Wirtschaft aus unserer Sicht.

Erinnert Euch. Was war denn die Ausgangslage? Die Ausgangslage war, dass wir gesehen haben, dass erstmalig die Einnahmen aus den Lohnsteuern jene der Mehrwertsteuern, der Umsatzsteuern überholt haben, und das ist ein Alarmsignal! Und da ist es nicht nur aus Fragen der Gerechtigkeit den Menschen gegenüber, sondern auch dringend aus ökonomischen Gründen ganz, ganz notwendig, hier die Kaufkraft zu stärken und die Nachfrage zu stärken. Soweit sind wir uns ja einig und damit wieder Konjunkturimpulse zu setzen. Das ist aus unserer Sicht mit dieser Reform sehr wohl gelungen, denn die Steigerung des privaten Konsums profitiert davon. Das heißt dadurch steigt natürlich die Kaufkraft und dadurch haben die

Betriebe auch wieder eine Entlastung, denn das kommt dem Handel zugute, das kommt dem Tourismus zugute, das kommt der Freizeitwirtschaft zugute, dem Gesundheitswesen, und, und, und.

Allein in unserem Bundesland, wir werden dann in der Aktuellen Stunde nochmal darüber diskutieren, allein in unserem Bundesland werden die Menschen mit € 300 Mio. entlastet, allein in unserem Bundesland. Da sage ich: das ist ein megagroßer Wurf!

Und jetzt zur Gegenfinanzierung, die Du angesprochen hast. Ja, wir nehmen wie gesagt Eure Bedenken ernst, aber in unseren Gegenfinanzierungsmodellen da gab es zahlreiche Vorschläge, zahlreiche Finanzierungsquellen, die hätten nicht die kleine und mittelständische Wirtschaft betroffen, sondern, wie Du schon gesagt hast, die Superreichen. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Um das geht es ja!)

... Aber Ihr habt es ja selbst in den Medien verfolgt. Davor hat sich die ÖVP gefürchtet, wie der Teufel vor dem Weihwasser und der Verhandlungspartner ÖVP hat sich zum Anwalt dieser Superreichen gemacht und über vermögensbezogene Steuern war in dieser Frage überhaupt nicht zu reden, da gab es keinen Schritt Vorwärtsbewegung. Das hat man die ganze Zeit, die diese Verhandlungen gedauert haben, in den Medien mitverfolgen können. Dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Steuerentlastung nicht selber zahlen, das war von vornherein eine Kernforderung von uns.

Jetzt ist die Frage: Wir haben die Menschen, die wir zu vertreten haben, vertreten. Wir haben ihre Interessen geschützt. Wie das Teile der Wirtschaft für den Verhandlungspartner sehen, das ist eben eine andere Frage und darüber können wir sehr gerne, sehr gerne im Ausschuss diskutieren und aus diesem Grund stimmen wir der Dringlichkeit zu. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die ÖVP Kollege Hans Scharfetter. Bitte!

Abg. Mag. Scharfetter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Zweiter Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst einmal eine Vorbemerkung. Die Steuerreform bringt, da hat die Kollegin Hirschbichler Recht, zunächst eine breite Entlastung, das muss man schon sehen, nicht nur der kleinen Einkommen, auch der mittleren Einkommen. Im Übrigen werden davon auch Unternehmer profitieren, die über die Einkommensteuer veranlagen, und daher ist sie vom Gesamtansatz her ein gutes Projekt, weil wir in einer Zeit, in der die Konjunktur schwächelt,

aber in der es erste Anzeichen einer Belebung gibt, wir schon davon ausgehen, dass diese Kaufkraftstärkung auch konjunkturell entsprechend beleben wird. Daher ein positiver und ein guter Ansatz.

Wo ist das Problem und wo sehen wir Nachbesserungsbedarf? Karl Schnell hat es schon angesprochen. In der Gegenfinanzierung. Frau Kollegin Hirschbichler, es stimmt überhaupt nicht, was hier behauptet wurde, ich darf nur sagen es wurde der Spitzensteuersatz erhöht. Die Konzepte funktionieren ganz einfach nicht, die da am Tisch liegen. Da gibt es ein paar Maßnahmen, lieber Karl Schnell, die wir nur international machen können, Spekulationen besteuern und vieles mehr. Aber ja, wir sehen Nachbesserungsbedarf und ich bin sehr froh, dass der Karlheinz heute unter uns ist, weil ich ihm auch ganz gerne ein Stimmungsbild mitgeben würde aus der Tourismuswirtschaft zum Beispiel, wo wir folgende Problemlage haben.

Wir haben in der Gegenfinanzierung den Vorschlag, dass wir die Mehrwertsteuer auf Nächtigungen erhöhen. Wir haben den Vorschlag was die Grunderwerbssteuer betrifft. Wir haben den Vorschlag der Verlängerung der AVA-Zeiten. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: In Österreich ist die Vermögenssteuer die geringste in ganz Europa!)

... Das ist aus meiner Sicht schon eine sehr einseitige Belastung einer Branche. Zum einen der Tourismuswirtschaft und zum anderen, geografisch gesprochen, des Westens, weil wir dort die hohen Verkehrswerte haben. Nachdem ich weiß, dass Du als begeisterter Föderalist und Vorarlberger ja auch die Anliegen des Westens vertrittst, haben wir auch sehr rasch hier Vorschläge gemacht. Daher heißt im Antrag Aufforderungen an den Landeshauptmann, der Landeshauptmann ist längst tätig. Er war auch viel früher als seine Kollegen Platter und Wallner beim Wirtschaftsminister, ich war dort mit dabei. Wir haben hier an drei Stellen konkrete Vorschläge gemacht. Die würde ich gerne darlegen, weil ich glaube, dass sie nicht überzogene Vorschläge sind, sondern Vorschläge, die diese Maßnahmen zumindest korrigieren können.

Das Erste, was die Mehrwertsteuer betrifft, haben wir einen Vorschlag gemacht, dass wir hier einen Verpflegungsanteil an eigenständige steuerliche Leistung betrachten. Das würde diese Mehrwertsteuererhöhung deutlich entschärfen.

Zweiter Punkt, und der Karl Schnell hat es angesprochen, das ist schon ein ernstes Thema. Ich darf Euch sagen wir waren jetzt viel unterwegs, auch bei Veranstaltungen, und das macht einen schon betroffen, wenn junge Leute aufstehen und sagen ich bin sehr motiviert,

einen Betrieb zu übernehmen, aber es kann doch nicht sein jetzt muss ich einen Betrieb übernehmen, muss investieren und jetzt müsste ich möglicherweise einen Kredit aufnehmen, um mir die Betriebsübergabe leisten zu können. Aber ich glaube da ist ja mittlerweile auch Konsens in der Regierung, dass diese Grunderwerbsteuer in der jetzigen Form, wie sie vorliegt, nachgebessert werden muss. Man hat offenbar zu wenig bedacht, wie das denn ausgeht, wenn man die Verkehrswerte heranzieht. Auch hier gibt es einen konkreten Vorschlag von uns, dass wir zunächst nach wie vor eine Familienbegünstigung anstreben, entspricht auch unseren Wertvorstellungen, ich muss das auch einmal ganz deutlich sagen, entspricht auch unseren Wertvorstellungen, dass man innerhalb der Familie begünstigt übergeben kann. Zum Zweiten, wenn der Verkehrswert, und das sehe ich auch mit Sorge, um es ehrlich zu sagen, wenn der Verkehrswert herangezogen wird, dass wir eine Deckelung mit einem Vervielfacher des Einheitswertes vorsehen.

Jetzt wissen wir schon, dass das ein schwieriges Thema ist, weil teilweise im Osten des Landes die Einheitswerte höher sind wie die Verkehrswerte, aber Tatsache ist, dass wir gerade im Westen, gerade in der Tourismuswirtschaft, wir alle kennen das, sehr hohe Verkehrswerte haben.

Dritter Punkt: Bei der AfA, Abschreibung, ist nicht gut nachvollziehbar für uns. Ich glaube der Landeshauptmann hat hier mit dem Finanzminister schon intensiv verhandelt. Wir haben auch einen konkreten Vorschlag gemacht. Wir nennen das funktionale AfA. Was heißt das? Dass wirklich nur die Gebäudehülle der 40-jährigen Abschreibung unterliegt und der Rest, und das ist ganz wichtig, und da kriegen wir eine Verbesserung möglicherweise hinein, der Rest mit einer AfA-Tabelle, mit tatsächliche Abschreibungsfristen hinterlegt ist, damit wir nicht Scheingewinne besteuern.

Letzter Punkt, es ist schon angesprochen worden von Karl Schnell, und das würde ich einfach auch gerne mitgeben, auch Dir, lieber Karlheinz, das Stimmungsbild. Ich hab ein bisschen Sorge, dass wir eine Branche demotivieren, die wir ungeheuer notwendig brauchen, weil es die Branche ist, die in Regionen investiert, die in den letzten Jahren viel dazu beigetragen hat, dass wir nicht nur Beschäftigung halten, sondern zusätzliche Beschäftigte aufnehmen im Tourismus, eine Summe von Maßnahmen, zu viel Bürokratie, Lohndumpinggesetz, Arbeitszeitvorschriften, Allergenverordnung und jetzt doch aus der Sicht der Touristiker eine einseitige Belastung. Da muss man etwas tun. Die, die etwas unternehmen in diesem Land, dürfen wir nicht demotivieren, Frau Kollegin Hirschbichler, wir müssen sie motivieren. Dann wird Beschäftigung geschaffen, dann wird investiert und dann erreichen wir auch das was wir wollen, einen konjunkturellen Aufschwung. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Klubobmann Schwaighofer für die Grünen!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zum Ersten müsste man sagen es ist eine falsche Begriffsbestimmung oder das ganze Ding wird falsch bezeichnet aus unserer Sicht. Es ist ja keine Steuerreform mit wirklich einer echten Reform, dass wir das Steuersystem umstellen, dass wir es zum Beispiel ökologisieren in entsprechender Art und Weise, was landauf und landab von den Fachleuten, nicht nur von den Grünen, sondern von Fachleuten, ich erinnere Margit Schratzenstaller vor wenigen Wochen in Salzburg hier, massiv eingefordert wird. Also es wurde keine Reform gemacht, sondern man müsste das eher als Tarifierpassung bezeichnen, nämlich herzugehen und zu sagen "ok wir verändern ein bisschen etwas bei den Lohnsteuern und tun noch einige andere Dinge dazu" und es ist ja auch überall nachzulesen, dass die kalte Progression diese Tarifierpassung in einigen Jahren wieder aufgeessen haben wird.

Diese Reform ist natürlich auch ein Ausdruck der gegenseitigen Blockadehaltung, auch der Reformverweigerung, des fehlenden Mutes auf Bundesebene und auch der fehlenden Einigkeit natürlich wirklich die Dinge anzugehen, die wirklich notwendig wären im Bereich der Be- und Entlastung im steuerlichen Bereich. Aus unserer Sicht gibt es drei maßgebliche Verliererinnen, könnte man sagen, dieser Tarifierpassung. Das ist zum einen, schon kurz erwähnt, die Umwelt, in deren Bereich gar nichts wirklich Entscheidendes getan wurde und wir reden davon, wie entscheidend der Kampf gegen den Klimawandel ist, wie wir im Bereich der erneuerbaren Energien tätig werden müssen und trotzdem wird hier steuerlich und in einer Reform nichts bewegt, nichts Entscheidendes bewegt, das ist ein ganz großer Fehler dieser Reform.

Die zweite Gruppe der Verlierer sind aus unserer Sicht, und da wundert mich die Begeisterung der SPÖ schon sehr, ich verstehe, dass die ÖVP in dem Fall sehr angetan ist von dieser Reform, aber dass die SPÖ begeistert ist davon, das irritiert mich schon oder uns schon etwas, nämlich zu behaupten, dass die niedrigen Einkommen auch sehr davon profitieren, finden wir einfach ein bisschen falsch gerechnet oder falsch angeschaut. Was hätte denn das Ziel sein sollen? Dass die, die schon gut verdienen, nicht im Börsl dann noch deutlich mehr haben als die, die schlecht verdienen, sondern dass die dann vielleicht nur weniger dazu bekommen, deutlich weniger dazubekommen als die, die wenig verdienen. Deren Kaufkraft sollte gestärkt werden und die niedrigen Einkommen sollten durch eine Steuer- und Tarifierpassung entsprechend mehr gefördert werden.

Wenn man sich das anschaut mit ein paar Zahlen, dann ist es ja nachvollziehbar, dass das eigentlich nicht sozialdemokratische Politik sein könnte und auch nicht Grüne Politik. Wir

sind der Meinung das hätte anders gehen müssen. Wenn wir den Mindestpensionisten oder die –pensionistin hernehmen, dann hat die eine Steuerersparnis von maximal, nach den Berechnungen, von € 110,-- im Jahr. Wenn wir den Median bei den Frauen hernehmen, dann € 370,-- Steuerersparnis im Jahr. Wenn wir ein Einkommen von € 4.500,-- brutto Monatskommen hernehmen, also die Höchstbeitragsgrundlage, sind das bereits € 1.500,-- Steuerersparnis im Jahr. Entschuldigung, das kann ja nicht der Sinn einer wirklichen Steuerreform sein, dass hier nicht sich etwas verändert im Gesamtgefüge, dass man sagt die, die wenig Einkommen haben, sollen deutlich stärker entlastet werden als die, die ohnedies ausreichende Einkommen haben wie wir Abgeordnete oder andere, die entsprechend gut verdienen und bei einem Nationalratsabgeordneten bei einem Bruttoeinkommen von € 8.500,-- macht die steuerliche Entlastung € 2.300,-- im Jahr aus. Also ungefähr das 20-fache in Beträgen gesehen als der Mindestpensionisten. ...

(Zwischenruf Abg. Hirschbichler MBA: Aber nicht in Relation!)

... Das kann doch nicht Sinn sein einer sozialdemokratisch als Erfolg verkauften Steuerreform oder sage ich noch einmal Tarifierfassung.

Ich habe es schon bemerkenswert gefunden, dass auf eine Kritik unserer Abgeordneten Barbara Sieberth, dass vor allem die Frauen, das sind ja die NiedrigverdienerInnen im Schnitt, weil das Medianeinkommen der Frauen ist deutlich unter dem Medianeinkommen der Männer, das sind ja die HauptniedrigverdienerInnen, dass ihre Kritik, dass die Frauen bei dieser Steuerreform wieder zu kurz gekommen sind und dass sich dadurch die Einkommensschere weiter öffnen wird, gesagt bekam "was wollen sie denn, das ist eine prozentuelle Kürzung und alle sind entlastet worden". Wann man es einmal ganz genau und ein bisschen polemisch anschauen würde, ist das nichts anderes als eine umgekehrte Flat Tax, dass man die, die eh viel verdienen, in Beträgen ausgedrückt deutlich mehr entlastet als den Mindestpensionisten oder als die schlecht verdienenden Frauen. Das ist aus unserer Sicht ein Grundfehler dieser Tarifierfassung und auch darüber können wir am Nachmittag noch diskutieren. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für das Team Stronach Salzburg Klubobmann Helmut Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Liebe Gäste!

Es ist schon viel angesprochen worden, daher spare ich es mir alles zu wiederholen und gib vorab einmal bekannt, dass wir natürlich der Dringlichkeit zustimmen werden, wie wohl die

Kritikpunkte, die jetzt vorgetragen worden sind, in vielen Punkten zu unterstreichen sind. Ich glaube diese kalte Progression, die wiederum nicht abgeschafft wurde, wird die Vorteile, die jetzt vielleicht ein, zwei, drei Jahre schlagend werden, bald wieder auffressen. Natürlich ist Salzburg nicht nur individuell pro Staatsbürger betroffen, sondern nachdem Salzburg keine Industrie hat, keine nennenswerte, sondern wir durchwegs aus den Einnahmen der Tourismusbranche leben, denke ich sind wir da ganz besonders betroffen.

Hans Scharfetter hat es schon gesagt und der Karl Schnell auch. Ich denke es wäre ganz wichtig, dass wir hier Nachverhandlungen in die Gänge bringen und bin froh zu hören, dass da im Hintergrund vom Landeshauptmann wirklich schon etwas beigetragen wurde. Es ist ja nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf. Die Katze ist aus dem Sack. Wir müssen schauen, dass wir aus dem noch das Beste machen und ich denke wir sollten uns da am Nachmittag, wenn es geht, mit allen fünf Parteien für unsere Salzburger Bürger und für unsere Salzburger Wirtschaft einigen, dass wir eine entsprechende Note nach Wien verabschieden, wie wohl ich nicht eine sehr große Hoffnung habe, dass sich die Wiener Regierung davon beeindruckt lassen wird. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Für die FPÖ noch einmal Herr Klubobmann Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hoher Landtag! Liebe Freunde!

Lieber Wilfried, Du hast es in Saalbach und in Zell am See, glaube ich, selbst von Deinen eigenen ÖVP-Mandataren gehört, welcher Unmut da da ist. Ich sage es ganz ehrlich, auch mit diesen marginalen Änderungen, sollte diese Steuerreform so kommen, wird es die ÖVP zerbröseln. Ganz einfach. Es lässt sich niemand mehr gefallen. Ein kleines Beispiel. Es erwischt nicht nur die Gastronomie und Hotellerie. Lieber Kollege Scharfetter, ich habe als Arzt jetzt dreieinhalb Millionen investiert, habe einen Kredit aufgenommen, jetzt steht der Betrieb da. In zweieinhalb Jahren, Gott sei Dank, will mein Sohn übernehmen, musst eh schon fragen, ob er sich das antut da draußen einen Arzt spielen, jede zweite Nacht, jedes zweite Wochenende, jeden Tag bummvoll, mit der Bürokratie. Wer soll das bezahlen? Ich habe schon einen Kredit. Ich kann ihm das Geld nicht geben und er hat das Geld nicht nach drei Jahren Turnus. Wer soll den Betrieb dann übernehmen? So geht es vielen, vielen kleinen Pensionen. Sollen die dann alle an die Holländer verkaufen? Wie stellt Ihr Euch das vor? Es wird keine Bauwirtschaft mehr geben. Es wird keine Investitionen mehr geben. Es wird Arbeitslose geben noch mehr als jetzt schon. Ist Euch das keine Warnung?

Ich sage es Euch. Das ist nicht parteipolitisch gemeint. Ich hätte mich zu Wort melden können, weil ich bei der Veranstaltung dabei war, mit Landeshauptmann Haslauer. Ich habe es

nicht getan, damit die Menschen nicht glauben ich will da parteipolitisches Kapital schlagen. Hier geht es wirklich um die Existenz der Klein- und Mittelbetriebe. Vieler. Die werden nicht mehr übergeben können. Diese marginalen Änderungen der Abschreibungszeiten, das ist ja Nullkommanix. Das Nächste, wenn wir jetzt deckeln vom Verkehrswert von mir aus auf das Sechsfache des Einheitswertes, ist immer noch das Doppelte. Die Menschen haben das Geld nicht. Die Betriebe haben keine Eigenkapitaldecke, was ja gar nicht mehr möglich aufgrund des Finanzsystems, das wir immer gehabt haben. Schaut Euch einmal die Steuerleistungen an. Dann diese bürokratischen Wahnsinnstaten wie diese Allergenverordnung. Und dann ist niemand bereit in der Politik, wenn man erkennt man hat hier einen Schwachsinn beschlossen, auch den Rückzug anzutreten und zu sagen wir haben ein falsches Gesetz beschlossen, wir können Gesetze machen, wir können sie aber auch wieder rückgängig machen.

Das macht die Leute so böse. Die Leute sind wirklich am Ende. Ich bitte Euch, das ernst zu nehmen. Weil ich habe auch nichts davon, wenn es die ÖVP nicht mehr gibt, sage ich auch ganz ehrlich, irgendwo werden wir Partner brauchen. Aber da können wir ruhig lachen. Die Tatsache ist die, und das ist es, nicht die Superreichen, die hat man völlig außen vorgelassen, aber jener Bereich in der Gesellschaft, der jetzt schon durch massive Arbeit, Bürokratie und Belastung jetzt das Steueraufkommen für unsere Gesellschaft macht, die werden wieder geprügelt, zur Kasse gebeten und die können nicht mehr. Das ist es, worum ich Euch bitten würde. Wenn, das muss ich schon auch sagen, wir sind natürlich auch selbst schuld, lieber Wilfried, durch diese ständigen Hinaufflizitierungen in der Touristik in den Zahlen. Rekordsummer, Rekordwinter. Stimmt ja schon alles nicht mehr. Die Auslastungszahlen, in Saalbach kann man nicht einmal mehr 60 % der Betten füllen in der Hauptsaison im Winter, da stimmt etwas nicht mehr. Warum? Weil ständig Großbauten, Apartmenthäuser, Hotels entstehen mit ausländischem Kapital, die wiederum natürlich den Familienbetrieben, den gewachsenen Strukturen eine massive Konkurrenz darstellen. Dann kommt der Dumpingpreis. Ich muss investieren. Ich muss mithalten, die Übersee- und Flugreisen miteingeschlossen und irgendwann "daschnauft" man es nicht mehr. Das ist das große Problem. Denn die reichen Hotelliere, das gibt es schon lange nicht mehr, Leute, das war vielleicht einmal vor Jahrzehnten, aber jetzt ist es das nicht mehr.

Ich warne davor. Bei der Übergabe. Es ist ja nicht nur der Verkehrswert oder das Sechsfache vom Einheitswert. Du musst einen Notar bezahlen. Du musst einen Gutachter zahlen. Du musst alles auf den neuen Stand der Technik bringen. Brandschutzverordnung. Du musst Investitionen tätigen. Zählts das einmal zusammen und dann schauen wir uns an, welche Betriebe das in Salzburg überhaupt noch durchführen können und dann verkaufen wir alles an die Russen oder die Holländer. Gute Nacht liebes Land Salzburg. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten und des Abg. Wiedermann)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit ist die Rednerliste abgeschlossen und wir kommen zur Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit.

Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages der FPÖ einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 19 **Anträge**.

3.2.3 **Antrag** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi betreffend Leistungen für beeinträchtigte Menschen in Österreich
(Nr. 808 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

3.2.4 **Antrag** der Abg. Mag. Scharfetter, Mag. Mayer und Obermoser betreffend eine Änderung im Raumordnungsgesetz hinsichtlich Parifizierungs-Vorhaben bei Bestandsbauten
(Nr. 809 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Obermoser)

3.2.5 **Antrag** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und HR Dr. Schöchel betreffend die Dezentralisierung von Bundesdienststellen
(Nr. 810 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchel)

3.2.6 **Antrag** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Bartel betreffend die wirtschaftliche Situation des bfi Salzburg
(Nr. 811 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

3.2.7 **Antrag** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi betreffend die Einführung einer Asylquote für die EU-Mitgliedsstaaten je nach Bevölkerungszahl und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit
(Nr. 812 der Beilagen – Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf)

3.2.8 **Antrag** der Abg. Mag. Schmidlechner und Riezler betreffend Pilotprojekt für die Bewirtschaftung der finanziellen Ressourcen in der Schuleingangsphase
(Nr. 813 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

3.2.9 **Antrag** der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Schneglberger betreffend flächendeckende Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker
(Nr. 814 der Beilagen – Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)

3.2.10 **Antrag** der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Brand betreffend die Interne Notaufnahme in den SALK

(Nr. 815 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

3.2.11 **Antrag** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen

(Nr. 816 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.12 **Antrag** der Abg. Hofbauer und Scheinast betreffend Mitspracherecht und Mitbestimmung für Jugendliche auch auf Betriebsebene

(Nr. 817 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Hofbauer)

3.2.13 **Antrag** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend Simultanübersetzung der Sendung „Salzburg HEUTE“ in Gebärdensprache

(Nr. 818 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

3.2.14 **Antrag** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

(Nr. 819 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

3.2.15 **Antrag** der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Richtigstellung des Nationalpark Gesetzes

(Nr. 820 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.16 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend den Erhalt der militärischen Strukturen in Salzburg

(Nr. 821 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

3.2.17 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blatt, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Abschaffung des Schultyps der Neuen Mittelschule

(Nr. 822 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

3.2.18 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Kontrollen unter Suchtmittel einfluss stehender Fahrzeuglenker

(Nr. 823 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

3.2.19 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend den internen Revisionsbericht in der Causa Vilsecker

(Nr. 824 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

3.2.20 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die vollumfängliche Kennzeichnungspflicht für alle Inhaltsstoffe in Lebensmittel
(Nr. 825 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

3.2.21 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die zeitliche Staffelung des Unterrichtsbeginns an den Schulen in Salzburg
(Nr. 826 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Danke. Damit sind die Anträge zugewiesen.

3.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt **33 schriftliche Anfragen** eingegangen.

3.3.1 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Abg. Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Lernwerkstatt Pinzgau
(Nr. 711 der Beilagen)

3.3.2 **Anfrage** der Abg. Blattl, Essl und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr betreffend die Erhöhung der Preise für Fahrkarten beim Verkehrsverbund
(Nr. 712 der Beilagen)

3.3.3 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Brauchtumsfeste in Salzburger Kindergärten
(Nr. 713 der Beilagen)

3.3.4 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Personalaufnahmen durch Sofortmaßnahme oder Sondervertrag
(Nr. 714 der Beilagen)

3.3.5 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Integration von anerkannten AsylwerberInnen in den Arbeitsmarkt
(Nr. 715 der Beilagen)

3.3.6 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Beschäftigung von Frau Mag.^a Rogatsch im Landesdienst

(Nr. 716 der Beilagen)

3.3.7 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Krankenhaus Tamsweg

(Nr. 717 der Beilagen)

3.3.8 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Anschlussbahnen

(Nr. 718 der Beilagen)

3.3.9 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Prozess, Kosten und Nutzen des Salzburger Integrationsbeirates

(Nr. 719 der Beilagen)

3.3.10 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend anonyme Bewerbungen

(Nr. 720 der Beilagen)

3.3.11 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend aktueller Vorfälle im Landesdienst

(Nr. 721 der Beilagen)

3.3.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend des Vermögeneinsatzes bei der Unterbringung von Senioren

(Nr. 722 der Beilagen)

3.3.13 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an die Landesregierung betreffend Glücksspiele und Wettbüros

(Nr. 788 der Beilagen)

3.3.14 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Mayr betreffend die vorzeitige Rückzahlung der Wohnbauförderung

(Nr. 827 der Beilagen)

3.3.15 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die ökologischen Auswirkungen einer Nutzung von „Goldsauganlagen“ an/in heimischen Gewässern
(Nr. 828 der Beilagen)

3.3.16 **Dringliche Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Polizeieinsätze an Schulen im Bundesland Salzburg
(Nr. 829 der Beilagen)

3.3.17 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Belastung des Salzburger Tourismus durch die Steuerreform
(Nr. 830 der Beilagen)

3.3.18 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an die Landesregierung betreffend Unternehmen für Familien
(Nr. 831 der Beilagen)

3.3.19 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung betreffend die Besteuerung illegaler Glücksspielautomaten
(Nr. 832 der Beilagen)

3.3.20 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung betreffend Betriebsschließungen nach dem Glücksspielgesetz
(Nr. 833 der Beilagen)

3.3.21 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Auswirkungen der neuen ESVG Berechnungsregeln auf Salzburg
(Nr. 834 der Beilagen)

3.3.22 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg
(Nr. 835 der Beilagen)

3.3.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2015
(Nr. 836 der Beilagen)

3.3.24 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. April 2015
(Nr. 837 der Beilagen)

3.3.25 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Schulversuche in Salzburg
(Nr. 838 der Beilagen)

3.3.26 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Abmeldungen vom Religionsunterricht
(Nr. 839 der Beilagen)

3.3.27 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Hofbauer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die schulische Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) im Bundesland Salzburg
(Nr. 840 der Beilagen)

3.3.28 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Reinigung von Kaminen
(Nr. 841 der Beilagen)

3.3.29 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Klimaschutz- und Luftreinhalteaktivitäten
(Nr. 842 der Beilagen)

3.3.30 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die radioaktive Belastung von Wildbret und Wildpilzen im Bundesland Salzburg
(Nr. 843 der Beilagen)

3.3.31 **Anfrage** der Abg. Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Gehaltsvereinbarungen für die Vorstände der Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation
(Nr. 844 der Beilagen)

3.3.32 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffen das Europäische Jahr für Entwicklung 2015 (Nr. 845 der Beilagen)

3.3.33 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend 15a-Vereinbarung über die sprachliche Frühförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen (Nr. 846 der Beilagen)

3.3.34 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Verteilerzentrum Salzburg/Kobenzl (Nr. 847 der Beilagen)

3.3.35 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Tagesbetreuung von Senioren (Nr. 848 der Beilagen)

3.3.36 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend den Sozialbericht des Landes Salzburg (Nr. 849 der Beilagen)

3.3.37 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Gewährung des Heizkostenzuschusses (Nr. 850 der Beilagen)

3.4 **Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft**

Der Landesrechnungshof hat

3.4.1 **Bericht** des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend das Salzburger Parteienförderungsgesetz, Rechenschaftsjahr 2013

3.4.2 **Bericht** des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend das Personal in den SALK

3.4.3 Personelle und sachliche Erfordernisse des Landesrechnungshofes für das Jahr 2016 übermittelt.

Damit haben wir den Einlauf erledigt. Bevor ich Top 4 Aktuelle Stunde aufrufe, ersuche die Zweite Präsidentin den Vorsitz bitte zu übernehmen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (hat den Vorsitz übernommen): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir kommen jetzt wie gesagt zu

Punkt 4: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag des Team Stronach „Steuerreform – Auswirkungen auf Salzburgs Bevölkerung und Wirtschaft“ als heutiges Thema festgelegt.

Es wurde vereinbart, dass nach dem Redner des Team Stronach Landeshauptmann Dr. Haslauer zu Wort kommt. Danach werden die Redner in der Reihenfolge ÖVP – SPÖ – Grüne und FPÖ aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge ÖVP – SPÖ – Grüne – FPÖ – Team Stronach aufgerufen. Ich ersuche um Zeitdisziplin bei den Wortmeldungen damit sichergestellt ist, dass jeder Klub zweimal zu Wort kommt. Wie gesagt wir handhaben es wie vorher, eine Minute vor Ende der Redezeit werde ich läuten. Die Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern und gegebenenfalls der Bundesräte werden nach Bedarf aufgenommen und der jeweiligen Landtagspartei auf die Reihenfolge angerechnet.

Ich erteile somit das Wort dem Team Stronach. Klubvorsitzender Naderer bitteschön! Du hast fünf Minuten.

Klubobmann Abg. Naderer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätztes Hohes Haus!

Steuerreform, der Cyriak Schwaighofer hat es Tarifierungspaket genannt, ich würde es eigentlich Sparpaket nennen. Einsparungen bei den Lehrern, haben wir schon gehört. Michael Häupl sagt die 22 Stunden hat er am Dienstagmittag erledigt. Ich weiß zwar nicht, wann er dann die Zeit verbringt, die er bei den Würstlständen und sonst irgendwo verbringt, wenn er 22 Stunden bis Dienstmittag zusammengebracht hat, aber immerhin.

Einsparungen bei den Beamten. Einsparungen beim Bundesheer. Das Bundesheer existiert oft eh nur mehr deswegen, damit der Minister einen Job hat, weil das Bundesheer an sich nicht mehr einsatz- und schlagfähig ist. Es sind einfach keine Reformen passiert, so wie im Land Salzburg. Ich denke an die Gehaltsreform, dass man einfach die Gehälter der öffentlich

Bediensteten am Anfang anhebt und zum Schluss etwas abflacht, damit auch die Pensionsleistungen nicht mehr so hoch sind. Das ist eine Reform.

Eine Reform war auch die Organisationsreform im Land mit dem Landesrat Schwaiger, dass man weniger Abteilungen hat. Beim Bund ist Gleiches offenbar nicht möglich. Der Rechnungshof, der Bundesrechnungshof hat über 500 Vorschläge erarbeitet. Josef Moser als Rechnungshofpräsident hat die auch präsentiert. Von diesen 500 Vorschlägen, die ein Einsparungspotential von mehreren Milliarden Euros hätten, ist kein einziger Punkt umgesetzt worden, obwohl wir genau wissen, dass wir bei den Verwaltungsausgaben gegenüber Deutschland um 27 % pro Einwohner höher liegen. Aber Deutschland ist natürlich auch anders strukturiert und ich denke da müssten wir ansetzen, dass wir auch die Strukturen in dieser Reform beachten und dass wir auch schauen, dass die Länder mehr Kompetenzen kriegen, dass die Länder vielleicht unter Umständen auch eine gewisse Steuerhoheit kriegen. Eine Steuerhoheit, wo wir derzeit pro Kopf eine Steuerleistung von etwa 10.000 Euro pro Jahr haben pro Kopf, vom Baby bis zum Greisen, zahlen wir 10.000 Euro nach Wien. Was schätzt Ihr, was wir wieder zurückbekommen nach Salzburg? 26 %, € 2.600,--, alles andere versickert in Wien, in der Wiener Bürokratie, bei den vielen Beamtenburgen dort.

Es hat einmal geheißen, wie in Österreich 1919 oder 1918 das Kaiserreich zerfallen ist, haben die Ungarn die Landwirtschaft gekriegt, die Tschechen haben die Industrie gekriegt und Österreich hat sich das Beamtenheer für 56 Mio. Einwohner, was sie damals gehabt haben, behalten und seither haben wir so viele Beamte, was an sich weit überdimensioniert ist.

Ich glaube es ist an der Zeit laut zu rufen: We want our money back! Wir müssen schauen, dass wir uns auf die Füße stellen, dass diese Strukturreform auch geschieht, dass wir das maßgeblich vorantreiben. Das Land Salzburg muss ja auch mitzahlen bei diesem Sparpaket. Die Länder sind in Summe, glaube ich, mit € 400 Mio. betroffen. € 400 Mio., wo ein Gutteil auch wir beitragen müssen. Ich denke, da sollten alle Parteien gemeinsam auch bei ihren Bundesparteien vorstellig werden, dass sich da endlich einmal etwas bewegt, dass diese Reformresistenz, die ständig in Wien dargelegt wird, dass da endlich etwas passiert. Es ist fünf nach zwölf. Bitte gemeinsam in diese Richtung zu marschieren und alle zu unterstützen, dass diese Reformen wirklich endlich passieren. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Als Nächster am Wort ist der Herr Landeshauptmann. Sie haben zehn Minuten!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke Frau Vorsitzende. Hohes Haus!

Ich glaube es sind alle der gleichen Einschätzung, dass es gut ist, dass in einer Steuerreform kleine und mittlere Einkommen entlastet werden. Über die Jahre ist vom hohen Brutto immer weniger netto verblieben. Die Kosten steigen. Die Inflation tut ihr übriges, die Preissteigerung. Die Leute brauchen das Geld einfach, um halbwegs leben zu können. Die Wirtschaft braucht es auch, weil entsprechende Konjunkturbelebung damit verbunden ist.

Es hat lange Zeit nicht so ausgesehen, als würde die Bundesregierung sich zu so einer Steuerreform bei sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen einigen können. Es ist dann doch eine Einigung gekommen, das ist der gute Teil. Aber es gibt einige unschöne Begleitgeräusche. Das Erste, das ich ansprechen möchte, und dagegen möchte ich mich wirklich mit aller Klarheit verwahren, ist, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer dieses Landes als die Generalsteuerhinterzieher dargestellt werden von politischen Gruppierungen von einzelnen und der Eindruck erweckt wird, es sei eine kleine Gruppe, die massiv für Steuerhinterziehung sorgt und denen man gleichzeitig das öffentliche Misstrauen ausspricht, nämlich gerade jene Gruppe der kleinen und mittleren Familienunternehmen, die durch hohen persönlichen Einsatz, durch starke Verwurzelung in den Regionen, durch große Bindung, auch an die eigenen Arbeitnehmer, dafür sorgen, dass sich bei uns alle Krisen noch immer so dargestellt haben, dass wir halbwegs davongekommen sind und die für Wachstum, für Innovation und für Weiterentwicklung sorgen.

Das zweite Unschöne an dieser Reform ist, dass man den Eindruck haben muss, dass eine Berufsgruppe besonders überproportional belastet wird. Ich spreche von den Hoteliers, nicht vom gesamten Tourismus, von den Hoteliers im speziellen, und dass eine Region in Österreich überproportional belastet ist. Das ist der Westen. Salzburg, Tirol, Vorarlberg, und zwar in zweifacher Hinsicht. Auf der einen Seite deshalb, weil der Tourismus im Westen von besonderer Bedeutung ist. Von rund 130 Mio. Nächtigungen finden hier 80 bis 90 Mio. statt, also zwei Drittel des touristischen Aufkommens kommen aus dem Westen und aus dem Bereich der Grunderwerbssteuer, weil wir hier einfach die hohen Grundstückspreise haben. Das muss man ganz klar sagen. Es gibt einen riesen Preisunterschied in Österreich. Im Waldviertel, in der Steiermark, im Südburgenland, in manchen Teilen Oberösterreichs sind die Gründe zum Sonder- und Billigstarif zu bekommen. Das ist bei uns, auch topografisch, auch aufgrund des starken Zuzuges bedingt eben, genau nicht so. Der gesamte Komplex Grunderwerbssteuer betrifft den Westen besonders.

Meine Damen und Herren! Sie alle haben mitbekommen über die Jahre, dass Herr Bundeskanzler Faymann sich besonders dem Thema Substanzsteuern, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Schenkungssteuer gewidmet hat. Zwei Milliarden Euro wollte er aus diesem

Bereich Gegenfinanzierung erwirtschaften. Wir haben jetzt eine Grunderwerbssteuer, die nach der Planung € 35 Mio. einbringen soll und Sie sehen jetzt, wenn man dann selber betroffen ist, was das für Auswüchse hat und wie unreal die Annahme gewesen ist, aus dem Bereich der Substanzsteuern zwei Milliarden Euro erwirtschaften zu können, welche nachteiligen Folgen aufgrund einer, ich sage einmal recht populistischen öffentlichen Stellungnahme in diesem Bereich für unseren Wirtschaftsstandort damit verbunden gewesen waren.

Eines sage ich auch noch dazu. Die elende Diskussion über diese Steuerreform über Monate, ja über Jahre hat zu einer riesen Verunsicherung in der Wirtschaft insgesamt geführt und das kann auch nicht der Sinn und das Ziel politischen Handelns sein.

Worum geht es konkret? Im Einzelnen drei Punkte, denen wir uns besonders widmen. Das erste ist die Mehrwertsteuer, die in der Hotellerie von zehn auf 13 % für die Nächtigungen, nicht für die Verpflegung, erhöht werden soll. Das hat besonders deswegen für Aufregung gesorgt, weil immer kommuniziert war, das stünde nicht zur Debatte, es bleibe bei zehn Prozent, aber dann waren es überraschend doch 13 % und da kommt etwas zutage, was mich schon sehr nachdenklich macht, dass man in Wien in weiten Kreisen der Ministerien keine Ahnung oder zu wenig Ahnung davon hat, wie Tourismus funktioniert, wie tatsächlich die Situation ist, wie die Eigenkapitalausstattung ist und wie der Markt funktioniert. Wenn man weiß, dass die Betriebe kaum die Möglichkeit haben, ihre normalen Preissteigerungen von ein, eineinhalb Prozent am Markt unterzubringen, wie sollen sie dann zusätzlich noch drei Prozent Mehrwertsteuererhöhung weitergeben können. Wenn man weiß, dass mit den großen Reisebüros Thomas Cook, TUI usw. um 50 Cent-Beträge für die Übernachtung gefeilscht werden muss, dann erkennt man offensichtlich, dass hier zu wenig Kenntnis über den Tourismus in Wien vorhanden ist. Da ist die Hotellerie, auch der Tourismus, glaube ich aufgerufen, für stärkere Informationspolitik auch in Wiener Entscheidungskreisen zu sorgen. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Weiß das der Wirtschaftsminister nicht? Das muss der Wirtschaftsminister wissen! Wirtschaftskammer!)

... Unser Lösungsansatz, den wir vorgeschlagen haben, Hans Scharfetter hat es gesagt, schreiben wir doch von den Nächtigungen bei der Halbpension 40 % pauschal auf die Verpflegung, dann ist sozusagen der Schmerz in dem Bereich fast zur Hälfte abgemildert und dann wird man das schon auf Dauer einigermaßen verkraften können. Ich glaube es ist ganz wichtig, hier klare Lösungen zu finden, dass da nicht mit Finanzprüfern darüber diskutiert werden muss, was das Abendessen so und so viel wert, oder vielleicht über andere Bereiche.

Das Hauptproblem aus meiner Sicht ist die Grunderwerbssteuer, denn hier will man vom Einheitswert umstellen auf den Verkehrswert. Wir alle wissen, dass die Einheitswerte sehr unterschiedlich zum Verkehrswert stehen. Manche Einheitswerte sind so viel wie der Verkehrswert, andere sind nur ein Neuntel, ein Zehntel, zum Teil auch nur ein Zwanzigstel und wenn man dann einen größeren Tourismusbetrieb sieht, der investiert hat über all die Jahre, ist er ja rein rechnerisch dann gleich einmal 20, 30 Mio. Euro wert, kaufen tut es eh niemand, aber rechnerisch ist er das wert, bis über die Dachmauern sozusagen mit Pfandrechten und Fremdfinanzierung belastet und wenn die Schulden nicht abgezogen werden können, dann kann eine Übergabe im Familienkreis 500.000,--, 600.000,--, 800.000,-- Euro kosten und das ist für die Betriebe nicht verkraftbar.

Karl Schnell hat es gesagt. Bei einer Betriebsübergabe kommt die Gewerbebehörde, dann ist alles auf den neuesten Stand zu bringen, der neue Eigentümer, der junge sozusagen, möchte auch nach seinen Vorstellungen den Betrieb gestalten, möchte investieren, das wollen ja wir auch volkswirtschaftlich, dass investiert wird, dass Arbeitsplätze geschaffen werden und mit solchen Belastungen ist das alles nicht möglich und wir sehen tatsächlich die große Gefahr, dass viele gewerbliche Hotelbetriebe dann auf Apartments umgestellt werden und dass das letztlich in unseren Regionen möglicherweise überhaupt der Tod der gewerblichen Hotellerie ist.

Aber es trifft dieser Bereich, und das möchte ich Ihnen allen ganz klar bewusst machen, nicht nur die Hotellerie und die betriebliche Seite, es betrifft auch die private Seite. Denn bei unserer Preisentwicklung, speziell in Salzburg, sind halt einmal Einfamilienhäuser gleich einmal 600.000,--, 700.000,--, 800.000,-- Euro wert und die daraus entstehende Steuerbelastung von 20.000,--, 40.000,--, 50.000,-- Euro, die muss man einmal verkraften können auch im Familienkreis und so hoch sind die Einkommen nicht. Unser Vorschlag ist daher doch eine Bezugnahme auf den Einheitswert. Weg mit den Streitereien darüber was der Verkehrswert ist, das bedingt wieder Gutachten, man kommt nicht ins Grundbuch hinein. Wir sind hier in sehr intensiven Gesprächen.

Dritter Punkt Abschreibung. Seit Jahr und Tag ziehen Hans Scharfetter und ich durchs Land und fordern eine realistische Abschreibungsdauer von den derzeitigen 33 Jahren, die völlig unrealistisch ist, wer geht zum Beispiel in ein Hotelzimmer, das 33 Jahre alt ist, oder wer geht in eine Saunaanlage in diesem Alter. Ist wirklich unrealistisch. Und was passiert? Es wird auf 40 Jahre angehoben. Unsere Gespräche in Wien haben, und das ist ganz erfreulich, ergeben, dass intensiv an einer AfA-Tabelle gearbeitet wird, dass jene Investitionen in ein Gebäude, die dadurch sozusagen bewegliche Gegenstände unbeweglich machen, wie z.B. Fliesen, Bäder, Haustechnik ganz wichtig, Bodenbeläge, Vertäfelungen, dann nach einer

betriebsüblichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden können zwischen sieben und 20 Jahren, und das wäre dann in Summe eine Verbesserung des derzeitigen Zustandes.

Meine Damen und Herren! Im Ministerratsvortrag, den ich hier mithabe, ist klar angegeben, dass es Härtefälle im Tourismusbereich gibt, für die noch an Lösungen zu arbeiten ist. Da bringen wir uns intensiv ein, auch die Landeshauptleute von Tirol und Vorarlberg. Wir sind hier auch in enger Abstimmung mit der Wirtschaftskammer, in sehr intensiven Gesprächen mit der Bundesregierung, speziell auch mit dem Finanzministerium. Wir stoßen hier doch auf Verständnis für diese Anliegen, dass im Detail hier die schlimmsten Giftzähne zu ziehen sind. Das ist unser Bemühungen und letztlich daraus eine Steuerreform zu machen, die nicht eine Berufsgruppe und eine Region Österreichs besonders belastet, sondern für alle erträglich ist. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Scharfetter von der ÖVP. Fünf Minuten bitte!

Abg. Mag. Scharfetter: Danke Frau Zweite Präsidentin. Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Einiges haben wir schon erwähnt zum Thema Steuerreform. Ich würde gerne anknüpfen was der Landeshauptmann gesagt hat, wie ist das denn mit dem Verständnis in Wien mit den Anliegen der Tourismuswirtschaft, wie kennt man denn die touristische Praxis. Aber eine Vorbemerkung.

Der Landeshauptmann war in den letzten Wochen oft in Wien. Er hat mit Vizekanzler verhandelt, mit Finanzminister Schelling, der wird morgen wieder in Salzburg sein. Ich darf sagen natürlich haben wir die Solidarität und Unterstützung der westlichen Bundesländer. Wir sind hier schon eine treibende Kraft was die Verhandlungen betrifft, was diese Thematik der Tourismuswirtschaft und darüberhinausgehend betrifft.

Wir haben uns ein bisschen das Thema das man sagt im Tourismus das mit der Mehrwertsteuererhöhung, das kann man schon unterbringen im Preis. Ist nur die Frage welchen Teil der Wirklichkeit man betrachtet. Es stimmt schon. Wir haben Fünf-Stern-Betriebe im Land mit hohen Preisen, aber das ist nicht die touristische Realität, und der Karl Schnell wird mir Recht geben, im Glemmtal stehen auch viele Betten, die im Sommer gefüllt werden wollen, und nur um das ein bisschen zu schildern, weil ihr da gerne sagt das ist ja wirklich die Aufregung nicht wert, drei Prozent bringen wir schon unter. Ich habe da mitgenommen den Reisekatalog eines Lebensmitteldiskonters, ich erwähne den Namen nicht. Da kannst du drei Nächte um € 139,- buchen, da ist alles dabei, Mittagsverpflegung, Abendverpflegung, Frühstück, Wellness, Ausflüge, alles was es gibt. Ich sage das deswegen, weil es ein bisschen

einen Eindruck vermittelt über den Wettbewerb, in dem unsere Tourismuswirtschaft steht. Unsere Gäste sind sehr mobil. Kroatien ist nicht weit. Slowenien. Das sind alles teilweise Länder, die geringere Mehrwertsteuer haben. Einfach um dieses Thema auch einmal zu deponieren.

Ein zweiter Punkt Steuerreform. Entlastung gut. Cyriak ist jetzt nicht da, aber er hat hier diese Einschätzung abgegeben mit den kleineren Einkommen. Ja, aber man muss schon sehen, wie derzeit die Steuerlast verteilt ist. Wenn man bei allen Einkommensbeziehern in der Mitte einen Strich zieht, die untere Hälfte zwei Prozent des Lohnsteueraufkommens, die obere Hälfte 98 % des Lohnsteueraufkommens, muss man auch einmal sehen. Was ich mir gewünscht hätte, was wir uns auch gewünscht hätten von dieser Steuerreform, mehr ausgabenseitige Maßnahmen. Wir haben einen Koalitionspartner, wo es schwierig ist, etwa das Thema Strukturreformen im Bereich der Pensionen zu verhandeln, da muss man die demografische Entwicklung stärker berücksichtigen. Da haben wir, glaube ich, einiges zu tun, aber was vor allem auch fehlt, ist Investitionsanreize und da darf ich an dieser Stelle informieren. Wir haben in Salzburg mit überschaubaren Möglichkeiten eine Investitionszuwachsprämie ausgereicht, ganz große Nachfrage, wir haben 70 Anträge, und das hätten wir uns auch von der Bundesregierung gewünscht, dass es sozusagen im Bereich der Investitionen doch die eine oder andere Maßnahme gibt, Investitionsfreibetrag wäre eine Möglichkeit gewesen, Investitionszuwachsprämie, dass man nicht nur sozusagen die Tarifreform macht, die gut und wichtig ist, sondern dass man auch im Bereich der Investitionsbelebung etwas macht.

Was den Generalbetriebsvertrag an die Unternehmer betrifft, ist der Landeshauptmann schon darauf eingegangen. Ich finde das auch nicht in Ordnung, muss ich wirklich sagen. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man vor allem da so Zahlen einsetzt, 1,9 Mrd. will man hier aus diesem Titel erlösen.

Resümee aus meiner Sicht. Es ist ja, und darum haben wir gesagt dringlicher Antrag, weil es soll ja jetzt in die Begutachtung gehen, ich glaube wir müssen diese Steuerreform an den angesprochenen Stellen nachbessern. Wir müssen schauen, dass wir in der Grunderwerbssteuer, und da hat der Landeshauptmann völlig Recht, es ist natürlich nicht nur ein Thema der Touristiker, dass wir in der Grunderwerbssteuer auf ein erträgliches Maß kommen. Im Übrigen auch interessant. Man hat den Verkehrswert erstmalig in die Steuerdebatte miteinbezogen und da war die Frage wie stellt man denn den Verkehrswert fest, hat man uns gesagt das ist noch nicht geregelt, muss man überlegen. Das ist ja auch kein unwesentlicher Punkt. Das heißt wir müssen hier schauen, dass wir, was die Rahmenbedingungen betrifft, in der Mehrwertsteuer, ich sage auch ganz ehrlich, ich bin da jetzt kein großer Anhänger, ich meine jetzt haben wir die Mehrwertsteuer für Kulturbetriebe zum Beispiel auch erhöht. Das sind doch durch die Bank Betriebe, die eh von der öffentlichen Hand unterstützt werden

müssen. Was wird da am Ende des Tages passieren? Da werden wir vielleicht eine Umverteilung innerhalb der Gebietskörperschaften haben, dass die Abgangsträger stärker zuwenden müssen. Das Gleiche gilt aus meiner Sicht auch für viele Bäder. Also Mehrwertsteuererhöhung, das heißt wir müssen hier massiv dran sein, das zu entschärfen. Ich darf noch einmal sagen, der Landeshauptmann hat seinen Terminkalender ausgeräumt, ist viel in Wien, wir haben konkrete Vorschläge gemacht, die sind nicht überzogen, wird es morgen auch mit dem Hans-Jörg Schelling diesbezüglich noch Gespräche geben, da müssen wir entschärfen. Das Projekt Steuerreform sollten wir aber auch nicht klein reden in Summe, weil es eine massive Entlastung ist und weil es uns auch konjunkturell etwas bringt. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Also ich habe jetzt gerade festgestellt wir haben heute Pinzgautag. Ich begrüße die zweite Schule aus dem Pinzgau, und zwar die Schülerinnen und Schüler des Polytechnischen Lehrgangs aus Taxenbach. Herzlich willkommen bei uns im Landtag! (Allgemeiner Beifall) Wenn es einigen von Euch da ganz hinten ein bisschen zu eng wird, ich habe einen guten Überblick von da hervorn und ich würde sagen von Euch gesehen jetzt rechts gibt es noch genügend Bänke mit einem besseren Blick auf den Hohen Landtag.

Wir kommen jetzt zum nächsten Redner, zur SPÖ. Klubvorsitzender Steidl bitteschön!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Als Pinzgauer darf ich natürlich auch die jungen Gäste aus dem Pinzgau hier recht herzlich im Hohen Haus willkommen heißen.

Wenn ich jetzt die letzte Viertelstunde zugehört habe dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Abgeordneten Scharfetter, dann haben sie ein Thema und ein Problem beschrieben, das innerhalb der ÖVP begründet ist, nämlich ein Kommunikationsproblem, das eigentlich im Bundesparteivorstand der ÖVP am besten aufgehoben ist um es zu lösen. Wer ist denn für den Tourismus in dieser Republik zuständig? Ja wohl der Vizekanzler und Wirtschaftsminister. Redet Ihr bei den Wirtschaftsreferententagungen nicht mit dem Minister, wo die Probleme und die Sorgen der Tourismuswirtschaft begründet sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum heutigen Thema der Aktuellen Stunde vielleicht ein Beispiel aus der Vergangenheit verwendet. Als die Titanic den Eisberg rammte und sank, waren die Chancen für die Passagiere zu überleben sehr ungleich verteilt. Ein Drittel überlebte und die Überlebenschancen richteten sich nach den Klassengrenzen, je nachdem welche Kabine man sich leisten konnte. Von der ersten Klasse haben 90 % der Frauen über-

lebt. Von der dritten Klasse haben 50 % der Frauen überlebt. Die Ungleichheit vor dem Tod ist nicht mit der Titanic versunken, sondern aktueller denn je.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Lebenschancen haben sehr viel mit dem sozialen Status zu tun und der wiederum hat sehr viel mit der wirtschaftlichen Grundlage, sprich mit dem Einkommen zu tun. Die Folgen aus der Finanzkrise und der in Europa grassierenden Sparpolitik lässt die Ungleichheiten wachsen. Ungleichheiten bei Bildung, Ungleichheiten beim Einkommen, bei der Gesundheitsversorgung, beim Wohnen und bei der Verteilung der Arbeit. Die Bevölkerung wird zusehends wieder in Klassen eingeteilt, das sage nicht ich, das sagt der Börsenspekulant Warren Buffett, der kürzlich gemeint hat es herrscht Klassenkampf und meine Klasse hat gewonnen.

Vielleicht auch aktuell ein Beispiel, das der Abgeordnete Cyriak Schwaighofer angesprochen hat, wenn es um das Thema Wohnen geht und dass die Generationen oder mehrere Generationen in Salzburg negativ betroffen sein werden von dieser neuen Wohnbauförderung. Das stimmt und das möchte ich auch unterstreichen. Mit dieser neuen Salzburger Wohnbauförderung, und das werden wir auch beweisen, werden sogar Wohnungsvillen mit Kosten von € 700.000,-- gefördert, und das hat natürlich sehr wohl Auswirkungen auf das Schicksal von vielen Tausenden Salzburgerinnen und Salzburgern, weil es hier einen Wettbewerb gibt zwischen jenen, die sich viel leisten können, und jenen, die sich wenig leisten können, und das gewinnt immer derjenige, der mehr hat. Vielleicht auch noch erwähnt die Grünen in Grödig haben einen Antrag gestellt in der Gemeindevertretung man möge doch die Einkommensgrenzen, die mit diesen Grünen hier im Hohen Haus mitbeschlossen worden sind, nämlich von € 5.520,-- in der neuen Wohnbauförderung um 15 % senken, weil das wäre ungleich. Also nicht nur auf Wien wettern, sondern dort, wo man die eigene politische Verantwortung hat, so zu handeln, wie man es von anderen erwartet.

Was sagen eigentlich die Österreicherinnen und Österreicher zum ganzen Thema der heutigen Aktuellen Stunde? Was sind die politischen Prioritäten der Österreicherinnen und Österreicher? Dazu hat es im Standard kürzlich eine Umfrage gegeben. Die Österreicherinnen und Österreicher wollen eine Einkommenssteuersenkung zu 83 %. Also 83 % sagen das ist dringend notwendig, und das ist mit dieser Steuerreform so meine ich gut gelungen. Große Vermögen sollen besteuert werden. Das ist weniger gut gelungen, das meinen 76 % und man braucht auch ein besseres Angebot, wenn es um das billigere Wohnen geht, das wünschen sich Dreiviertel, nämlich 75 %. Bei dieser Steuerreform hat es sich einmal mehr gezeigt, wer wessen Interessen vertritt. Da wo ÖVP draufsteht, da ist nichts bis wenig Solidarisches drinnen, da ist nichts Soziales drinnen und wo ÖVP draufsteht, da werden die Reichen geschützt, da werden Meindl und Co geschützt und sonst wäre die Gegenfinanzierung nicht auf der Ebene der mittelständischen Wirtschaft umgesetzt worden, sondern wäre es dort

umgesetzt worden, das auch Karl Schnell schon angesprochen hat, diejenigen, die es sich leisten können, und da muss sich die ÖVP schon fragen wessen Interessen sie hier im Rahmen dieser Reform unterstützt hat.

Abschließend, Frau Präsidentin, diese Regierung ist auch dabei, die Bundesregierung, ein weiteres gutes Thema auszuarbeiten, nämlich die Konjunktur zu beleben auf der einen Seite und das Wohnen leistbarer zu machen mit 5,7 Milliarden an Sonderwohnbauprogramm, das angekündigt worden ist. Das wird nur für Salzburg ein Problem werden, sich einen Teil dieser 5,7 Milliarden zu holen, weil das geht nur mit Darlehenssystemen und in Salzburg gibt es das ja nicht mehr, wurde abgeschafft mit dieser Regierung, weil in Salzburg feiert ja das Geldverschenken fröhliche Urstände. Da haben wir schon ein anderes Land gehabt, das das gemacht hat und wo das geendet hat, wissen wir. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Scheinast.

Abg. Scheinast: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Besucherinnen hier herinnen und eventuelle Mitschauer und –hörerinnen im Internet!

Die Aktuelle Stunde heißt „Steuerreform“. Cyriak Schwaighofer hat es schon gesagt: Aus unserer Sicht handelt es sich tatsächlich um eine Tarifierung, die höchst notwendig war im Zuge der kalten Progression, und auch im Zuge der kalten Progression wahrscheinlich in wenigen Jahren wieder verschwinden wird. Wir hätten uns tatsächlich im Gegensatz zu den etwas kämpferischen Tönen von ÖVP und SPÖ gewünscht, dass sie einerseits sozial ausgewogener wäre, also in dem Sinne, dass kleine Einkommen nicht nur mit € 110,-- Steuergutschrift, sondern mit einem namhaften Betrag entlastet und unterstützt werden. Weil woher soll denn das überall beschworene Wachstum und der Wohlstand und die Investitionsbereitschaft kommen, wann nicht von den Leuten, die zu wenig haben, die sich eigentlich nicht einmal einen gescheiterten Kühlschrank oder eine energiesparende Waschmaschine leisten können. Das wäre eine ganz wesentliche Geschichte auch im Sinne der Ökologisierung. Damit komme ich zum nächsten Punkt:

Ökologisierung kommt leider bei dieser Steuerreform gar nicht vor. Das heißt alle Chancen, die man gehabt hätte, bei der Gegenfinanzierung zum Beispiel das wunderbare Thema der Mineralölsteuer zu berücksichtigen, alle diese Chancen wurden nicht genutzt. Österreich ist momentan die Tankstelle Europas. Alle Länder rundherum haben einen teureren Sprit, weil sie höher besteuert sind. Dann kommen die Leute zu uns tanken und wir dürfen dann Kyotostrafzahlungen zahlen, weil wir unsere Energieziele nicht einhalten und zu viel ausgeben in

diesem Bereich. Das ist eine absurde Subvention unserer Tankstellen, hilft aber der Republik gar nichts. Die riesen Chance, die da vertan wurde, das finden wir sehr schade, weil wir doch der Meinung sind, die Entlastung der Einkommen und die Belastung von fossiler Energie wäre ein guter Zusammenhang.

Es gibt eine weitere fehlende Gegenfinanzierung, und das ist all das, was im Zuge der Finanzskandale und Finanzprobleme aufgetaucht ist. Es gibt nach wie vor keine Finanztransaktionssteuer, die Lobbys in Brüssel und bei uns haben offenbar ausreichend gut gewirkt. Wir sind nicht in der Lage, die vielen Geldströme, die mit der Realwirtschaft gar nichts zu tun haben, auf irgendeine Art und Weise in die Gesundung der Staatsfinanzen und in die Entlastung der Bürger einzubringen. Auch das ist eine vertane Chance. Ich hoffe, dass wir wenigstens irgendwann einmal bis 2018 oder 2020 so weit sein werden, weil die Finanzströme, die ohne realwirtschaftlichen Hintergrund durch den Globus bewegt werden, das wäre eine ideale Quelle, um die eigentliche Wirtschaft zu entlasten und ein Steuersystem auch gegenzufinanzieren.

Noch etwas ist auch eine vertane Chance bei dieser sogenannten Steuerreform. Man hat sich überhaupt nicht angeschaut was ist eigentlich die Hauptausgabenseite, und das sind tatsächlich die Pensionen. Es gibt ganz, ganz große Zahlungen, die Richtung Pensionssystem gehen ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Scharfetter: 25 Mio. am Tag!)

... Am Tag. Danke Hans Scharfetter. €25 Mio. pro Tag schießt die Republik Österreich dem Pensionssystem zu und auch das ist ein Grund dafür, dass einerseits die Staatsausgaben explodieren und andererseits für die Steuerreform für die Bürger doch sehr wenig übrigbleibt. Dankeschön. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Herr Klubvorsitzende Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus! Liebe jungen Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich bin froh, dass Ihr da seid, weil diese Diskussion da geht es wirklich um Eure Zukunft. Ihr seht, wie differenziert hier die Diskussionen stattfinden und die Meinungen, aber Ihr seht auch hier die Berichterstattung. Diese große Kamera, das ist der ORF, die sollten eigentlich berichten darüber was da heute passiert, nur die geht glaube ich nicht. Dass wir einmal wissen, dass so eine Berichterstattung stattfindet über so wichtige Themen, nämlich keine.

Liebe Freunde! Der Kollege von den Grünen hat es völlig richtig angesprochen. Die Ökologisierung fehlt ständig. Etwas, was uns massiv schaden wird auch im mittelständischen Bereich, das transatlantische Abkommen. Da wird hinter verschlossenen Türen verhandelt, wir wissen gar nicht was verhandelt wird, wer verhandelt wird, aber die großen Politiker in Europa sagen uns jetzt schon, dass sie zustimmen werden. Eine Katastrophe für uns.

Ein Schlagwort: Zusammenlegung der Kassen. Wir sind uns einig, dass die Niedrigstlohnbezieher, die kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden müssen. Zu wenig, die kalte Progression frisst wieder alles auf, da hätten wir uns mehr gewünscht. Aber bei den ganz Großen, da wird gar nichts gemacht und tragen tut das wieder der Mittelstand, und das ist die Katastrophe. Ihr könnt reden mit wem ihr wollt, ob das ein Dachdecker ist, ob das ein Maurerbetrieb ist, egal wer, oder eine kleine Pension, jeder sagt ich arbeite gerne, ich habe viel Arbeit, aber wenn ich einmal im Monat auf die Bank gehe, dann habe ich nichts mehr drauf.

Eine Reform, Strukturreformen, die Zusammenlegung der Krankenkassen, seit Jahrzehnten wird das diskutiert. Wird nicht einmal angerührt, wo wirklich viel zu sparen wäre und wo man etwas tun könnte. Herr Landeshauptmann, jetzt ist er leider nicht da, ich vermisse von Wilfried Haslauer den Revolutionsgeist, den sein Vater gehabt hat bei den Ladenöffnungszeiten. Da hat er Wien die Stirn geboten. Jetzt ist unser Landeshauptmann über zehn Jahre für den Tourismus zuständig und hat aber dort mitgestimmt, er hat zugestimmt, er weiß doch, wie es wirklich aussieht im Tourismus, und das verstehe ich nicht. Diese minimalen Veränderungen jetzt, die bringen uns gar nichts. Das letztendlich aufzusplitten Nächtigungen, ja aber jetzt mit der Verpflegung auf 40 %, dann kannst du dich streiten mit dem Finanzamt, du hast noch mehr Bürokratie, das auseinanderzuhalten. Das einzige, was es bringen würde, Kollege Scharfetter, ist, dass die großen Betriebe, die geschaffen wurden mit ausländischem Kapital, die Apartmenthäuser vielleicht hier etwas mehr zum Zuge kommen. Aber die 13 % Mehrwertsteuer für die Nächtigung, wir haben in der Schweiz 3 %, in Deutschland 7 %. Wie sollen wir da konkurrenzfähig bleiben? Das sind lauter Dinge, die einfach nicht gehen werden. Die Abschreibung ein bisschen herunterzusetzen, auch das wird uns nicht wirklich entlasten. Das, was wirklich nicht geht, ist selbst wenn wir jetzt eine Deckelung einführen mit dem sechsfachen Einheitswert etwa, ist es immer noch das Doppelte, wenn jetzt die Kinder schon teilweise nicht übernehmen können. Mit dem jetzigen System sind viele, viele Betriebe schon nicht in der Lage, ihren Betrieb den Kindern zu übergeben, wobei wir noch froh sein müssen, wenn unsere Kinder überhaupt übernehmen wollen. Viele sagen das tu ich mir gar nicht mehr an, lieber Papa, liebe Mama, ich sehe ja was ihr buttelt, das ist ein Wahnsinn, das mache ich nicht mit.

Liebe Freunde! Es gibt nur einen Weg, und ich weiß, dass sich die Sozialdemokraten natürlich schwer tun, weil die zumindest nach außen als Gewinner dieser Pensionsreform dastehen, weil einfach die Niedrigstbezieher ein bisschen mehr kriegen, aber wir haben darüber gesprochen und es ist so, die kalte Progression frisst das letztendlich auf. Es gibt nur einen Weg, dass der Westen, dass Vorarlberg, dass Tirol, dass Salzburg, unsere Abgeordneten und Bundesräte dem nicht zustimmen. Ich sage es ganz ehrlich. Wenn meine Partei dem zustimmen würde, würde ich zum selben Zeitpunkt aus der Partei austreten. Überlegt Euch das. Entweder wir wehren uns oder es wird da wirklich einen ganz massiven Aufschrei in der Bevölkerung geben und wir werden viele, viele Arbeitsplätze verlieren, weil wir sofort wieder kündigen müssen, weil sie es nicht mehr dapacken. Wir werden auch in der Investition massive Einbrüche haben. Das wird die Bauwirtschaft betreffen. Bei uns im Pinzgau, jeder weiß das wie das aussieht, wovon wir leben. Ich bitte Euch hier solidarisch über die Parteigrenzen hinweg diese Steuerreform, diesen Wahnsinn nicht zuzulassen. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Also Nächster am Wort ist, wir sind in der zweiten Runde, eine Rednerin, ein Redner von der ÖVP. Herr Abgeordneter Obermoser!

Abg. Obermoser: Sehr geehrte Präsidentin! Hohe Regierungsmitglieder! Geschätzte Kollegen! Liebe Pinzgauer Landsleute!

Das Thema lautet heute „Steuerreform – Auswirkung auf Salzburgs Bevölkerung und Wirtschaft“. Ich habe mir hier einige Notizen gemacht und ich stelle mir die Frage: Was sind Faktoren für eine funktionierende Wirtschaft bzw. eine funktionierende Konjunktur? In den Lehrbüchern lesen wir darüber, dass Faktoren für eine funktionierende Wirtschaft und eine Konjunktur die gesellschaftliche Entwicklung ist, sprich z.B. die Alterung der Bevölkerung. Unser Pensionssystem wirkt maßgeblich auf das Funktionieren einer Wirtschaft.

Ein weiterer Punkt ist die Produktivität einer Wirtschaft, die wir immer wieder zu hinterfragen haben, ob wir effizient und gut arbeiten. Ein dritter Punkt wird erwähnt, die sogenannte Wertschöpfung. Was sind unsere Dienstleistungen, Produkte wert? Eine weitere wichtige Frage, die wir uns immer wieder zu stellen haben, ist die latente Armut, Stichwort Working Poor. Hartnäckige Arbeitslosigkeit. Fehler im Steuersystem sind weitere Faktoren, die eben einen guten Wirtschaftsstandort ausmachen und eine Überregulierung der Bürokratie, sprich die Kontrolle der Kontrolleure.

Ich verteufler in dieser Tarifreform eines, dass eine Berufsschicht so an den Pranger gestellt wird und dass eine gesamte Sparte als Steuerhinterzieher bzw. als Betrüger tituliert wird. Es gibt in diesem Land, in dieser Republik Österreich einen Artikel in unserer Verfassung, der

heißt Gleichheitsgrundsatz und wenn die Finanzpolizei nun beginnt, sprich der Staat beginnt, eine Gesellschaftsschicht so vorzuführen, wird das nicht lange dauern und es werden alle Gesellschaftsschichten in diesem Land kontrolliert werden. Stichwort Nachbarschaftshilfe. Ohne Nachbarschaftshilfe wäre in diesem Land, im Pinzgau, im Salzburger Land, in ganz Österreich kein Haus oder kein Familienhaus entstanden. Ohne die Hilfe der Freunde und der Nachbarn wäre das nicht gegangen, da sich ein braver Arbeitnehmer, ein Familienvater dies nicht leisten kann. Wenn nun eine Schicht kontrolliert wird, so ist es eine Frage der Zeit, dass auch andere kontrolliert werden!

Ich darf Ihnen hier ein Beispiel nennen, welches mich sehr erschüttert. Vor zwei Jahren, in Bramberg, auf einer Baustelle sind junge Buben, sie haben eine Schnupperlehre gemacht, von der Finanzpolizei in Handschellen abgeführt worden und nach Zell am See in die Verwahrungsstelle gebracht worden. Dort mussten die Schnupperer durch ihre bekümmerten Eltern ausgelöst werden. Junge Schnupperer wurden als Schwarzarbeiter verurteilt und bestraft! Dies gehört sich nicht! Handwerkliche Arbeit wird kriminalisiert. Arbeit wird durch Maßnahmen wie diese nicht gefördert.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr zu denken gibt, ist die gesamte Vereinspflege, die Vereinsförderung. Stellen wir uns vor, wenn wir nach diesem Gleichheitsgrundsatz, der diskutiert wird, arbeiten, gibt es keine Vereinsfeste mehr, da diese ja auch in irgendeiner Form Illegalitäten machen, denn jeder von Euch, der in einem Verein organisiert ist, weiß, dass man nur mit dieser kameradschaftlichen Hilfe oft irgendetwas gestalten und etwas formen kann.

Dies sind Punkte, die in dieser Diskussion komplett untergehen, weil wir uns immer auf die großen Zahlen konzentrieren. Ich bitte aber alle hier im Hause, sich auch dieser Dinge anzunehmen.

Zuverdienstgrenzen sind ein anderes Thema, welches wir immer wieder hören, aber oft nicht wissen, was wir damit anfangen sollen. Stellen wir uns einen Mindestrentner bzw. einen Rentner vor. Dieser möchte sich etwas dazuverdienen, indem er beim Nachbarn den Garten pflegt. Ist dies nun eine Illegalität, wenn dieser Rentner das macht? Ja, wenn er diesen Zuverdienst beim Finanzamt nicht meldet. Wie gehen wir in Zukunft mit diesem Faktum um?

Ein weiterer Punkt, der nicht unerwähnenswert erscheint, ist das Bankgeheimnis. Auch darüber werden wir oft oberflächlich kontaktiert. Auf europäischer Ebene soll das Bankgeheimnis fallen, somit soll diese Empfehlung auch bei uns Gültigkeit haben. Erinnern wir uns. Es gibt so viele Opas und Omas, die jahrzehntelang brav gearbeitet und gespart haben und nun wird auf einmal die Finanz neugierig und möchte genau wissen, wer wieviel Geld besitzt. Das sind Dinge, die gefallen mir nicht, und da bitte ich speziell die SPÖ, dass sie dies auch

so sieht wie ich, nicht irgendwie hin- und herschimpft, wenn wir diese altbewährten Strukturen auflösen. Ist dies gerecht?

Wilfried Haslauer ist der erste Landeshauptmann in Österreich, der erkannt hat, worum es geht. Ja, er hat zuerst zugestimmt, weil es in unser aller Interesse ist, dass die Bevölkerung um fünf Milliarden entlastet wird. Dies war eine vernünftige Entscheidung, die Bevölkerung um fünf Milliarden zu entlasten. Das ist der Grund, warum zugestimmt wurde. Aber genauso war er der Erste, der es erkannt hat und sofort die Probleme, die Hans Scharfetter und Herr Landeshauptmann schon erwähnt haben, sich intensiv seit Wochen bemühen, dass überhaupt noch eine Korrektur geschieht. Ich vertraue hier und danke dem Herrn Landeshauptmann, dass er dies tut.

Noch eine Antwort auf eine andere Zahl, geschätzte Damen und Herren. Wenn wir hören Mindestrentner bekommen nun € 110,-- mehr. Ich bitte immer ganz milchmädchenmäßig zu rechnen. € 110,-- minus Abzug der normalen Steuer sind ungefähr um die € 100,-- dividiert durch 365 Tage, dann wissen wir, was die Mindestrentner in Zukunft pro Tag mehr bekommen. Eine Semmel kostet um die 30 Cent. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächste am Wort ist die Abgeordnete Hirschbichler.

Abg. Hirschbichler MBA: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Ich bin jetzt ein bisschen irritiert. Wir haben viele, viele Verbesserungsvorschläge zu der Steuerreform gehört. Wir haben sie auch von denen gehört, die eigentlich mitverhandelt haben. Aber das Thema der Aktuellen Stunde heißt ja heute "die Auswirkungen auf unser Bundesland". Ich versuche jetzt einmal diesen Weg zu beschreiten und die Auswirkungen auf unser Bundesland zu skizzieren und ich sage: Die Auswirkungen auf unser Bundesland sind äußerst positiv, weil, ich habe es vorhin bei der Begründung des dringlichen Antrages schon gesagt, € 300 Mio. mehr in den Geldbörseln von Salzburgs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Pensionistinnen und Pensionisten. Das sind rund € 9 Mio. mehr für die Lungauer, rund 36 Mio. mehr für die Pongauer, rund 37 Mio. mehr für die Pinzgauer, rund 32 Mio. mehr für die Tennengauer, rund 91 Mio. für die Flachgauer und rund 95 Mio. mehr für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt Salzburg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das heißt noch einmal € 300 Mio. mehr an Kaufkraft. Um wieder einmal die SN zu zitieren, wie ich das hier so gerne tue, "das ist nicht nur eine nette

Geste, sondern das ist in der chronischen Wirtschaftskrise auch ein sinnvolles Konjunkturpaket". Ich füge gleich hinzu, im Vergleich zum Impulspaket der Landesregierung ist das der Megaturbo. Laut Berechnungen des WIFO, ich habe es auch vorhin schon gesagt, wird dieses Geld fast unverzüglich wieder in den Konsum und in die Dienstleistungen gesteckt. Das heißt der Wirtschaftskreislauf wird angekurbelt. Ja, auch ich hätte mir eine höhere Entlastung bei den niedrigen Einkommen und natürlich die Indexierung des Steuertarifes und eine faire Vermögensbesteuerung gewünscht zur Gegenfinanzierung. Aber, Kolleginnen und Kollegen, wie gesagt die Politik ist die Kunst des Machbaren, und das war das Maximum des Machbaren und wir, die SPÖ und die Gewerkschaftsbewegung, wir haben für Arbeitnehmerinnen und Pensionisten verhandelt, weil das uns ein Anliegen ist.

Die Zahlen zur Betrugsbekämpfung, lieber Michi Obermoser, die kommen nicht von ÖGB oder von der SPÖ, sondern die kommen echt aus dem Finanzministerium. Also die werden dort schon das Richtige berechnet haben aus meiner Sicht. Nochmals. € 300 Mio., da muss man nicht unbedingt ein ökonomischer Wunderwuzzi sein, um sich ausrechnen zu können, dass das für Salzburgs Wirtschaft ein warmer Regen am Konjunkturhimmel ist. Wenn man sich das für den Arbeitsmarkt ausrechnet, und das brauchen wir ja auch dringend: 300 Mio., die führen, auch wenn man das jetzt vorsichtig rechnet, kurzfristig zur Schaffung und zur Sicherung von 3.400 Beschäftigungsverhältnissen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben nach wie vor im Bundesland Salzburg die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945. 20.000 Menschen, ich sage es immer wieder, sind immer noch davon betroffen und ich will, Du hast es kurz angesprochen, über die Dramatik der Altersarbeit und der Altersarmut und der Langzeitarbeitslosigkeit da gar nicht reden. Das ist eine Katastrophe. Ständig geht es so weiter.

Jeden Tag lesen wir in den Zeitungen oder hören wir aus unseren Betrieben, dass wieder Arbeitsplätze verloren gehen. Eine Hiobsbotschaft jagt die nächste. 70 bei Sony, 200 bei Carbo Tech, 60 bei Bleckmann und vorgestern noch die Hiobsbotschaft aus der Firma Makko, 170 Kündigung. Ja, wo sollen denn die Arbeitsplätze in unserem Bundesland herkommen, wenn diese Regierung eine Verhinderungspolitik in der Standortfrage betreibt, wenn auf die 300 Arbeitsplätze in weiterer Folge viel, viel mehr, nämlich 1.000 mit Folgeeffekten bei der Europarkerweiterung einfach gepfiffen wird.

Also nochmals zusammengefasst. Aus meiner Sicht. Die Steuerreform bringt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Pensionistinnen und Pensionisten in unserem Bundesland nicht nur die größte Steuerentlastung, € 300 Mio. mehr netto vom Brutto, sondern sie ist auch ein riesiger Kaufkraft- und Investitionsturbo, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, um es jetzt noch einmal zu sagen, kommt natürlich unseren Betrieben, unserer Wirtschaft massiv zugute. In Wirklichkeit hat sie nur einen Fehler diese Steuerreform, nämlich dass sie erst 2016 in Kraft tritt. Danke sehr. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als nächstes am Wort sind die Grünen. Wer? Die Bundesrätin Heidi Reiter.

Bundesrätin Dr.ⁱⁿ Reiter: Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Es freut mich sehr, wieder einmal auf dieses Rednerpult zurückkehren zu dürfen aus meiner Rolle aus dem Bundesrat zu diesem Thema, weil es natürlich ein Thema ist, dass die Bundesebene und die Landesebene beide sehr massiv betrifft. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass es wichtig ist, dass eine Entlastung der Arbeitnehmerinnen kommt, aber sie ist geschehen nicht in der Weise, wie es notwendig wäre und ich glaube das sollte schon auch für die SPÖ nach wie vor ein Wermutstropfen sein, dass gerade die niedrigen Einkommen wenig entlastet wurden im Vergleich zu den hohen Einkommen. Das wirkt sich sicher auch für Salzburgs Wirtschaft aus, wenn ich nur daran denke im Tourismusbereich. Dieser Bereich ist massiv unter Druck und gerade in diesem Bereich haben wir viele Arbeitnehmerinnen in sehr niedrigen Einkommensgruppen und dieser Druck, der dort herrscht, wird vermutlich auch dort entsprechend weitergegeben werden. Also die Lohn- und Einkommensentwicklung dieser Gruppen wird nicht die beste sein.

Wenn wir uns das Medianeinkommen der Frauen anschauen, die jetzt dann mit dieser Steuerentlastung €370 im Jahr entlastet werden, dass das zu einer massiven Ankurbelung der Wirtschaft führt, das glaubt ja nicht einmal das WIFO inzwischen mehr. Großer Wermutstropfen ist auch, dass 64 % der Steuerentlastung, also 64 % dieser 300 Mio., die hier berechnet werden für das Land Salzburg, Männern zugutekommen aufgrund der Einkommensunterschiede. Das heißt fast zwei Drittel profitieren Männer davon und nur zu einem Drittel profitieren Frauen davon. Das heißt dieser Einkommensunterschied wird noch größer durch diese Steuerreform als er ohnehin schon ist. Das ist ein wirklicher Wermutstropfen hier bei dieser Tarifreform.

Aber ich wollte noch ein anderes Thema hier kurz anreißen. Die Steuern werden ja, wir haben ja einen interessanten Föderalismus, das heißt die Steuern werden zu 96 % zentral eingenommen, das heißt es fließen alle Richtung Bund und werden dann in einem sehr komplizierten System, genannt Finanzausgleich, wieder nach unten verteilt. Nun soll ja eine Gegenfinanzierung für diese Steuerreform über eine Verwaltungsreform und ein Einfrieren von Förderungen geschehen, und zwar im Ausmaß von €1,1 Mrd. Inzwischen liegt auch der Bundesfinanzrahmen vor für 2016 bis 2019 und aus dem geht eigentlich klar hervor, dass unter Verwaltungsreform und Einfrieren der Förderungen Budgetkürzungen verstanden werden zulasten der Beamten, zulasten sozialer, zivilgesellschaftlicher und gemeinnütziger Arbeit. Das heißt eine echte Reform bleibt politische Rhetorik, auch eine echte Föderalismusreform.

Nun haben die Verhandlungen zum Finanzausgleich ja gerade begonnen und da entscheidet es sich, wie viel von den Steuermitteln, die aus Salzburg zum Beispiel kommen, wieder in die Länder gehen. Wenn das mit linearen massiven Kürzungen der Förderungen usw. verbunden ist und sonst nichts und nicht einer echten Reform, dann werden wir alle Verlierer dieser Steuerreform sein.

Das heißt ich glaube es jetzt zu diesem Zeitpunkt, ganz, ganz wichtig, mit klaren Vorgaben Richtung Wien zu gehen was den Finanzausgleich betrifft. Es kann nicht so sein, dass der Bund Belastungen auf die Länder abwälzt, die Länder das dann auf die Gemeinen abwälzen und das die einzige Richtung ist. Ich glaube es ist jetzt ganz entscheidend, und auch für die Parlamente, dass sie hier tätig werden und ihre Vorstellungen, was den Finanzausgleich betrifft, auch klar formulieren und nach Wien tragen. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Ich ersuche wirklich um Zeitdisziplin. Wir haben noch zwei Parteien, die reden werden. Die FPÖ ist als nächstes am Wort und das letzte Wort hat immer der Antragsteller, und das ist das Team Stronach. Klubvorsitzender Schnell ist als Nächster am Wort! Bitte die Zeit einhalten.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Liebe SPÖ!

Natürlich ist das ein, das habe ich schon erwähnt, ein kurzfristiger Erfolg für die SPÖ, was diese Vorlage für die Steuerreform betrifft, die aber wie gesagt nicht lange anhalten wird. Heidi Reiter hat es gesagt. Wenn man das aufteilt, ist es ein Euro am Tag, der also kaum wirklich wirksam werden wird, den man nicht spüren wird im Geldtaschl und die kalte Progression wurde nicht eingeschränkt. Also insofern ist es auch kein richtiger Erfolg für die SPÖ.

Noch einmal. Das ganz große Problem ist, und das muss die SPÖ auch wissen, dass wir hauptsächlich in einem Land leben, wo der Tourismus eine große Rolle spielt und diese Betriebe sind jetzt wirklich an der Grenze dessen, was noch möglich ist und es wird zum Abbau kommen, und zwar natürlich wenn die Saison zu Ende ist, wird man sofort die Leute dann entlassen. Das wird sich vermehren. Man wird sich jede Ausgabe überlegen. Natürlich auch Investitionen, die nicht mehr möglich sein werden. Es wird die Bauwirtschaft im Pinzgau massiv treffen. Das sollten wir schon bedenken auch. Keinen Klassenkampf betreiben. Das wissen wir alle, dass heute der Durchschnittsverdiener, ich wundere mich, wie die überhaupt noch überleben können. Wenn man tanken fährt, musst du schon fast € 100 hinlegen, die Mietkosten, die Lebenskosten, die gestiegenen, das glaube ich ist allen klar, der ÖVP, der FPÖ, den Grünen, SPÖ.

Nur wie das, was jetzt für die Klein- und Mittellohnbezieher gewonnen wird, woher das genommen wird, das ist die große Katastrophe. Das ist der Mittelstand, der jetzt schon bis zum Gehtnichtmehr belastet wird, bürokratisch, Strukturreformen. Nichts. Da ist nichts hinter dieser Idee. Ich weiß wie lange, wie viele Jahre wir schon diskutieren über eine Spekulationssteuer. Nicht einmal angegriffen. Oder die Superreichen, die ihre Millionen in den Stiftungen bunkern. In keinsten Weise auch nur irgendwo in Richtung Superreiche, dass die vielleicht solidarisch einen Beitrag zu dieser Reform leisten.

Ich sage es noch einmal. Wenn es nicht gelingt, und diese marginalen Änderungen, die heute angesprochen wurden, die werden das Kraut nicht fett machen. Da ist wirklich eine Stimmung draußen bei uns in den Gemeinden, die ist eine Katastrophe. Wenn das nicht abgewendet wird, sage ich Euch, dann wird die Bevölkerung das erste Mal nicht nur das Wort erheben, sondern es gibt jetzt schon, was ich höre, massive Austritte in der Wirtschaftskammer. Es gibt jetzt schon einen derartigen Unmut in diese Richtung. Hans Scharfetter, ich sage Dir das gerne, es ist so, und gerade der Herr Kollege Leitl muss sich überlegen, was er da mitgetragen hat, und das sind schon Dinge, und das schadet uns ja allen mitsammen. Entschuldigung, ich könnte mich ja freuen als Freiheitlicher oder sagen ja super jetzt treten sie alle aus und da zerbröseln es die ÖVP. Das wird aber dem Land letztendlich nicht gut tun, weil wir überall ein bisschen einen Ausgleich brauchen einen demokratischen. Da bin ich weit weg von dem, dass ich da Schadenfreude walten lasse. Ganz im Gegenteil. Es geht wirklich um unsere Betriebe und rechnet Euch das aus. Wilfried, das eine Beispiel war ja gut, wo diese Gemeindearbeiter und ÖVP-Gemeinderat wirklich klar dargelegt hat. Ich habe von meinen Eltern eine kleine Pension geerbt, habe versucht die immer auf Schuss zu halten, habe immer wieder laufend investiert. Ich habe so viel am Konto, das ich mir erspart habe, aber damit ist eine Betriebsübergabe, selbst bei einem so kleinen Betrieb, nicht mehr möglich. In einem großen Betrieb sowieso nicht mehr, liebe Freunde, denn man muss sich schon vorstellen, dass der Einheitswert in Niederösterreich, im Burgenland und in Salzburg oder Verkehrswert ein ganz anderer ist und wir brauchen dann wieder Leute, die uns dann sagen, wie groß der Verkehrswert ist. Die müssen wir auch wieder finanzieren. Und wer finanziert? Immer der Bereich, der jetzt schon massiv belastet ist.

Ich bitte Euch, das wirklich zu überlegen und gemeinsam hier doch einen Weg zu finden, dass wir unsere Betriebe, unsere Klein- und Mittelbetriebe erhalten können in Salzburg.
Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächstes am Wort und als Letztes am Wort ist das Team Stronach. Herr Abgeordneter Konrad, ich bitte die fünf Minuten, aber nicht mehr und ein neuer Aspekt Austritt aus der Wirtschaftskammer ist das nächste Thema zum Diskutieren. Danke.

Abg. Konrad MBA: Ich werde sehr zeitökonomisch meine Aussage treffen.

Bei der Aktuellen Stunde geht es immer darum ein Thema einzubringen, darüber wird dann nicht einmal diskutiert, das ist einfach eine Aussage von Parteien, die ihr Klientel dementsprechend in den Vordergrund rücken möchte.

Ich möchte ein bisschen das Ganze jetzt zusammenfassen, was da heute passiert ist. Wir diskutieren über eine Steuererleichterung, über eine Steuerreform, die in den Medien oft breitgetreten wird, das wird die größte Steuerreform seit weiß Gott wie vielen Jahren haben. Wenn ich jetzt etwas zurückgehe, dann denke ich mir, ja eigentlich ist das wirklich nicht überraschend gekommen, sondern die hätten ja eigentlich normalerweise das schon vor den Nationalratswahlen wissen müssen was eigentlich jetzt uns blüht. Die Bewertung, ob die Steuerreform an sich gut oder schlecht ist, das haben wir von den Parteien jetzt schon gehört. Auch wir haben eine Meinung dazu, das hat unser Klubobmann Helmut Naderer bereits gesagt, aber was mich so ärgerlich macht, ist, wir haben bei der Nationalratswahl, dort, wo wirklich die Steuerhoheit ist in der Bundesregierung eine Steuerreform, wer hat das denn angesprochen. Opposition, ja, da müsste man etwas machen, da müssen wir irgendetwas machen. Aber so richtig, dass das so ein zentrales Thema wird, hat man nicht gewusst.

Jetzt geht die Arbeiterkammer her und sagt wir haben für euch gekämpft, als Beispiel jetzt, es gibt andere auch noch, um eine Steuererleichterung zu erreichen. Es wird bereits jetzt darüber gesprochen, was das alles mehr dann bedeuten wird im Körperl oder im Börserl, aber wie man jetzt merkt, man diskutiert erst jetzt darüber, wie wird man das gegenfinanzieren, was ist die Lösung, wenn man es nicht gegenfinanzieren kann, wenn die ganzen Ideen, die jetzt von den verschiedensten Abteilungen, die kommen, nicht umsetzbar sind.

Nächstes Thema, muss man auch ansprechen, belastet uns intensiv und jeden Tag hören wir es. Hypo. Was war mit der Hypo vor der Nationalratswahl? Ja, dass es dort kracht und dass jeder gewusst hat dort scheppert es ganz gewaltig, hat man ganz genau gewusst. Was wurde nach außen getragen? Das werden wir schon in den Griff kriegen. Wir haben die Lösung. Jetzt ist genau das Thema ein wesentlicher Beitrag in dieser Steuerreform. Wie wollen wir das alles bezahlen? Ich möchte jetzt wirklich das Publikum darauf hinweisen, das ist politisches Kleingeld in einer Legislaturperiode, das müssen wir irgendwie in den Griff bekommen, dass wir bei den nächsten Wahlen dann wieder irgendetwas sagen können was wir gemacht haben.

Ich darf den Landeshauptmann-Stellvertreter aus der Steiermark, den Hermann Schützenhöfer zitieren, der am Montag in der Sendung Konkret folgendes gesagt hat. Ihr kennt das Thema Gemeindezusammenlegung, Strukturreform. Der hat eines gesagt. Er weiß ganz

genau, dass das sehr unpopulär ist, aber das Ergebnis dieser Reform wird nicht in ein, zwei Jahren unterm Strich dann greifen, sondern erst generationsübergreifend. Mit generationsübergreifend hat er die Generation der Politik gemeint. So ich muss schauen, dass ich in vier, fünf Jahren irgendetwas auf den Tisch bringen kann, damit ich nachher wieder bei den nächsten Wahlen die Leute in Wahrheit anlügen kann vielleicht. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das ist vielleicht Euer Verständnis von Politik!)

... Das ist ein Verständnis, dass die Politik in den letzten Jahrzehnten von der Bundesregierung betrieben wurde, sonst hätten wir den ganzen Topfen nicht jetzt da draußen.

Ich danke schön und es freut mich, dass heute so viele Zuhörer da waren und macht Euch Eure eigene Meinung. Vielleicht nur einen Tipp. Ich will keine Hausaufgabe geben, aber vielleicht könnt Ihr mit Euren Lehrern darüber diskutieren was war eigentlich von jeder einzelnen Partei das Thema was sie vermitteln wollte. Das wäre für mich politische Bildung und dann die Konsequenz daraus zu machen. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Damit schließe ich Tagesordnungspunkt vier ab mit guten Ratschlägen für die Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler und die erste Präsidentin übernimmt wieder den Vorsitz.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (hat den Vorsitz übernommen): Danke vielmals. Ich rufe auf

Punkt 5: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Es wurden insgesamt sieben mündliche Anfragen eingebracht. Nach der Fragestellung hat das befragte Mitglied der Landesregierung fünf Minuten Zeit, eine Antwort zu geben. Der Anfrager kann dann noch zwei Minuten replizieren.

Ich rufe auf die

5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Ing. Mag. Meisl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Belebung der Orts- und Stadtkerne

Bitte Du bist am Wort.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Die ÖVP-geführte Landesregierung gibt vor, die Orts- und Stadtkerne des Bundeslandes Salzburg stärken zu wollen. Das wurde zumindest im Arbeitsübereinkommen der Landesregierung so festgeschrieben und bei den jüngsten Entscheidungen zu den Standortverordnungen als Argumentation herangezogen. Nun ist diese Landesregierung knapp zwei Jahre im Amt, doch außer dem Verhindern von neuen Arbeitsplätzen durch eingereichte Projekte ist nichts geschehen, um Orts- und Stadtkerne tatsächlich zu stärken. Sie richteten lediglich aus, dass man im Zuge der Novellierung des Raumordnungsgesetzes intensiv darüber diskutieren muss.

Die für Raumordnung politisch verantwortliche Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler meinte hingegen in einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“ vom 21. April diesen Jahres auf die Frage, wie dörfliches Leben aktiv gefördert werde, „... diese Anregungen sind in der Wirtschaftsabteilung des Landes deponiert...“

Ich stelle daher folgende mündliche Anfrage an Sie: Wie lauten die in der Wirtschaftsabteilung deponierten Anregungen, von denen die Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler in den SN gesprochen hat?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landeshauptmann, Du hast fünf Minuten.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Zunächst einmal, Herr Abgeordneter, dieses Zitat betreffend Frau Dr. Rössler ist unvollständig. Frau Dr. Rössler hat gegenüber den SN konkret gesagt, dass das Land im Raumordnungsressort Fördermöglichkeiten für Standort- bzw. Stadtkonzepte hat, dass aber sie im Rahmen der Gemeindeentwicklung und auch in der Wirtschaftsförderung z.B. Zuschläge für zentrale Lage oder Revitalisierung von Leerständen angedacht werden können.

In der Tat ist es so, dass die Frau Regierungskollegin Dr. Rössler in der letzten Sitzung der Fondskommission des Salzburger Wachstumsfonds am 9. April 2015 anlässlich der Diskussion zum Wachstumsprogramm für Kleinbetriebe angeregt hat, zu prüfen, ob für Unternehmen, die sich in Ortszentren ansiedeln bzw. bestehende Projekte übernehmen, im Falle einer Förderung ein Bonus gewährt werden kann.

Ich möchte einmal dazu sagen, ich glaube man muss das in einem größeren Zusammenhang setzen. Das Wichtigste ist, dass wir die Wirtschaftskraft in den Regionen oder auch die Kaufkraft in den Regionen halten können. Das gelingt dadurch, indem dort Arbeitsplätze ge-

schaffen werden, Investitionen getätigt werden, indem sich dort auch die Wirtschaft entwickelt und die Leute nicht aus den Gemeinden wegziehen. Das ist einmal der erste Punkt.

Der zweite Punkt, wenn Sie in der Präambel Ihrer Anfrage wieder die Handelsgroßbetriebe ansprechen, erklären Sie mir einmal wie das funktionieren soll, wenn ca. 55.000 m² an zusätzlichen Verkaufsflächen genehmigt werden sollen. Das ist mehr als die gesamte Salzburger Altstadt als Verkaufsflächen hat und die Kaufkraft nicht steigt. Woher soll denn die Kaufkraft kommen, als dass sie aus den Regionen wieder abgezogen wird. Einfach pauschal zu behaupten es wird die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert, dann müssen Sie das zu Ende denken. Ja, vielleicht wenn im Weichbild der Stadt zusätzliche Geschäfte beim Spar, Europark und Airportcenter und wie sie alle heißen, entstehen, klar entstehen da Arbeitsplätze, aber gleichzeitig werden in den Regionen Arbeitsplätze vernichtet. Das ist ja ein Nullsummenspiel bitte. Das möchte ich einmal hier ganz klar festhalten.

Zur Frage selbst. Wir prüfen derzeit gerade, ob wir nicht die sehr bewährte Nahversorgerförderung mit Zuschlägen in Ortskernen bedenken. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir in diesem Förderinstrument 1.500 Förderanträge mit förderbaren Kreditnominalen von mehr als € 34 Mio. unterstützt haben und dass allein im Jahr 2014 45 Förderprojekte mit förderbaren Kosten von mehr als € 3,1 Mio. entsprechend unterstützt wurden. Das ist das eine.

Das andere ist in einem größeren Zusammenhang gesetzt. Man muss natürlich auch schauen, und da kommt jetzt die Wohnbauförderung ins Spiel, dass in den Ortskernen auch leistbares Wohnen wieder attraktiv wird, denn wenn es die Nachfrage nicht gibt, wenn es die Frequenz nicht gibt, wird es auch die Geschäfte nicht geben. Es gibt überhaupt keinen Sinn, Geschäfte aus Wirtschaftsförderungsmitteln zu unterstützen in einem Ortskern, die absehbar dort nicht überleben können. Daher muss man das in einem größeren Zusammenhang setzen, wie ich bereits gesagt habe.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir zur Belebung und Stärkung der Orts- und Stadtkerne in den letzten Jahren massiv Wirtschaftsförderungsmittel für die Entwicklung, Umsetzung und Vermarktung von Kundenbindungssystemen eingesetzt haben, z.B. für die WIR-Region Fuschlsee, z.B. für das Impulsprogramm Stadtkernentwicklung Radstadt, z.B. für die Einführung innovativer branchenübergreifender multifunktionaler IT-Kundenkartensysteme im Bereich der Flussregioncard Köstendorf-Lamprechtshausen-Straßwalchen oder z.B. in Altenmarkt-Saalfelden-Zell am See-Card. Also diese gesamten Kartensysteme, die zu massiven Kundenbindungsverhalten führen, die setzen wir ein.

Insgesamt brauchen wir uns nicht die Illusion machen, dass durch Fördermaßnahmen gesellschaftliche Entwicklungen umgedreht oder unterbunden werden können. Das funktioniert

nicht, aber man kann attraktivieren, man kann ein bisschen besser unterstützen und man kann vor allem, und dazu bekenne ich mich auch, selektiv unterstützen, indem man nicht mit der Gießkanne durch das ganze Land geht, so wie wir es neu eigentlich auch im Impulspaket Tourismus machen, wo wir analysiert haben, welche Regionen tun sich schwerer, welche brauchen eine stärkere Unterstützung als andere, sodass man also sehr zielorientiert die Förderungen ausreicht.

Nahversorgungsförderung ist ein Punkt, da kann man vielleicht auch noch andere Versorgungsbetriebe mit aufnehmen. Zuschläge ist ein Punkt für Ortskerne, aber insgesamt ist es eine gesellschaftliche Entwicklung. Letztlich geht es darum, dass die Leute zu Hause bleiben können, dann gehen sie auch in die Ortskerne, dann pendeln sie nicht aus, dann bleiben sie zu Hause und wir haben auch die Kaufkraft in den Regionen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Du hast die Möglichkeit von zwei Zusatzfragen.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Danke sehr. Die erste Zusatzfrage: Sie haben jetzt Einzelmaßnahmen beschrieben. Wird das in ein Gesamtkonzept gegossen? Und wenn ja, bis wann können wir damit rechnen, dass es so ein Gesamtkonzept geben wird?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Das ist sicher ein Thema in der Raumordnungsdebatte, die wir führen wollen. Wir wollen auch noch in diesem Jahr ein neues Raumordnungskonzept oder zumindest eine massive Novelle zum Raumordnungsgesetz machen und dort ist dieses Gesamtkonzept unterzubringen.

Abg. Ing. Mag. Meisl: Eine zweite Zusatzfrage jetzt wegen diesem Raumordnungsgesetz. Es war auch in den Salzburger Nachrichten am 23. April zu lesen, dass Sie im Zuge der Raumordnung undogmatische Lösungen vorschlagen, indem nämlich kleine landwirtschaftliche Weiler außerhalb der Ortszentren ganz undogmatisch erweitert werden dürfen, auch im Grünland. Ist das tatsächlich Ihre Meinung?

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Wir haben Siedlungsansätze mit vier, fünf meistens Austraghäusern, die im Grünland stehen. Dort ist alles aufgeschlossen. Da gibt es einen Kanalanschluss, da gibt es eine Wasserleitung, da gibt es die entsprechende Straßenanbindung. Ich frage mich, warum man nicht solche Siedlungsansätze auch abrunden können soll. Das ist ein Thema, über das wir tatsächlich zu diskutieren haben.

Unser Problem ist ja auch in den ländlichen Gemeinden, dass die Grundstücke zu teuer und nicht verfügbar sind. Das ist ja das Problem in einem Land, das zu 80 % nicht besiedelbar ist. Wenn wir schon die Siedlungsansätze haben, die ja auch zum Teil über Jahrhunderte gewachsen sind, es sind ja nicht alle Verfehlungen früherer Raumordnungsentwicklungen, sondern das sind alte Siedlungsansätze, warum soll man nicht in dem Bereich auch für Arrondierungen sorgen können.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Du hast noch die Möglichkeit einer Zusammenfassung. Zwei Minuten!

Abg. Ing. Mag. Meisl: Danke für die Beantwortung. Wir werden uns sehr gerne in das Gesamtkonzept im Zuge der Raumordnungsdebatte auch einbringen, wie man solche Ortskerne stärken kann. Das ist ein Anliegen auch unsererseits. Wir sind nur der Meinung, dass es mit sehr undifferenzierten Ablehnungen von Standortverordnungen nicht getan ist und dass damit kein einziger Ortskern gestärkt wird.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Damit kommen wir zur nächsten

5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Klubobmann Dr. Schnell an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die gestellten Fragen zu neuen Erkenntnissen des Finanzskandals

Bitte Herr Klubobmann, stelle Deine Frage.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Danke.

In den letzten Wochen tauchten abermals neue Leichen im Zuge des Finanzskandals auf, die den Wohnbaufonds und den früheren Geschäftsführer und Miterfinder des Wohnbaufonds und aktuellen Referatsleiter der Wohnbauförderung Hofrat Mag. Johann Vilsecker betreffen und auch die Rolle von Landesrat Hans Mayr in ein fragliches Licht rücken. Laut Ihren eigenen Aussagen halten Sie die Affäre rund um die aufgetauchten E-Mails als „höchst aufklärungsbedürftig“ und stellten zudem die Frage, ob dem Untersuchungsausschuss damals Beweismittel vorenthalten wurden. Auf eigene Initiative haben Sie sowohl Landesrat Hans Mayr als auch Landesrat Josef Schwaiger um Mithilfe gebeten, um den Sachverhalt zu klären und fünf Fragen an sie gestellt. Mittlerweile müssten Sie bereits Antworten auf diese Fragen bekommen haben, da nun auch die Prüfung der internen Revision abgeschlossen ist, die den Referatsleiter offenbar rehabilitieren und keine disziplinarrechtlichen Konsequenzen drohen.

Ich stelle deshalb an Sie die mündliche Anfrage: Welche Antworten haben Sie auf Ihre fünf gestellten Fragen bekommen?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Fünf Minuten!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke Herr Klubobmann. Die Antworten liegen mir seit gestern konkret vor und lauten wie folgt.

Zur Frage eins wann die E-Mails in der Abteilung 10 ausgehoben worden sind. Es kann bis heute nicht beantwortet werden, wer die besagten E-Mails an die Medien weitergegeben hat. Festgehalten wird aber, dass nach Bekanntwerden sofort die notwendigen Schritte eingeleitet wurden.

Zur Frage zwei welche Art der Prüfung angeordnet worden ist, durch wen und wann. Bereits im März 2013 wurden erstmals die diesbezüglichen Unterlagen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft übergeben und der Landesamtsdirektor in Kenntnis gesetzt. Aus der Prüfung der internen Revision ist im April 2015 geht hervor, dass diese E-Mails der zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und –korruption bereits seit der Jahreswende 2012/2013 bekannt waren.

Zur Frage Nummer drei über die Einbindung der Personalabteilung. Im Zuge der Erstellung des Rechnungshofberichtes, Endfassung Juni 2014, wurde von Landesrat Mayr der Landesamtsdirektor in Kenntnis gesetzt. Dieser beauftragte am 7. Mai 2014 die Personalabteilung mit der Prüfung, ob in Bezug auf die übermittelten Unterlagen ein dienstrechtliches Vergehen vorzuwerfen ist.

Zur Frage vier welche Personen hatten Kenntnis von diesen Dokumenten. Vor Bekanntwerden in den Medien kann dazu keine Aussage getätigt werden. Ab Bekanntwerden hatten die prüfenden Stellen Kenntnis davon.

Zur fünften Frage, ob auch der Landesamtsdirektor informiert wurde, wird verwiesen auf die Antworten zu Frage zwei und drei.

Zusammen mit diesen Antworten wurde mir allerdings nicht der Bericht der internen Revision zugeschickt. Diesen Bericht kenne ich bisher auch nur aus den Medien und der Landeskorespondenz vom 16. April. Ich habe daher zur Abklärung auch der Frage, wie der Auftrag an die interne Revision gelautet hat, den Herrn Landeshauptmann um Übermittlung dieses Berichtes ersucht. Er ist ressortzuständig, was die interne Revision betrifft.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Klubobmann, hast Du noch Zusatzfragen?

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Jawohl. Erstens: Welche Antworten weichen von der Anfragebeantwortung der dringlichen Anfrage der FPÖ zum selben Sachverhalt ab? Kennen Sie unsere Anfrage der FPÖ?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Ja, ich habe mir die Antwort zu der dringlichen Anfrage der FPÖ angesehen. Die Fragen stimmen nicht in allen Details überein, aber ich erkenne jetzt aus diesen Antworten und den Antworten der dringlichen Anfrage keine signifikanten Abweichungen. Allerdings eine Abweichung was die zweite Zusatzfrage von Ihnen betrifft. Da warte ich aber, ob sie noch gestellt wird.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Ich darf sie gleich stellen. Sind Sie ebenso der Meinung wie Landesrat Mayr, dass die besagten, in den Medien aufgetauchten E-Mails bereits im Untersuchungsausschuss behandelt worden seien?

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Ihre Frage weicht in einem entscheidenden Wort ab, nämlich "behandelt" worden ist, weicht ab von der Frage und auch Antwort Ihrer dringlichen Anfrage. Es wurde beantwortet: Darüber hinaus waren die E-Mails auch Teil des Aktenbestandes, der allen damals im Landtag vertretenen Fraktionen im Zuge des U-Ausschusses "zur Verfügung gestanden" ist. Zur Verfügung gestanden muss man insofern erläutern, als damals ja eine einigermaßen große Menge zu einem sehr späten Zeitpunkt in einem sehr begrenzten Zeitraum zur Verfügung gestanden ist. Soweit ich noch die Unterlagen in Erinnerung habe, war es uns ja nicht möglich, dass wir alle E-Mails sichten.

Aus meiner Erinnerung würde ich es so darstellen, dass die E-Mails der Wohnbauabteilung im Detail nicht Gegenstand der Akten des U-Ausschusses waren, sondern ja nur die E-Mails der Finanzabteilung und insofern gibt es zwar eine große gemeinsame Schnittmenge, die wir bei entsprechender Zeit hätten sichten und ausheben können. Es war uns aber in der Zeit nur möglich, unter notarieller Aufsicht bestimmte E-Mail-Anfragen zu stellen und sozusagen diese Auswahl auch zum Bestandteil der U-Ausschussakten zu machen. Und daher ist mir überhaupt nur ein gemeinsames Dokument erkennbar geworden, aber natürlich nicht der gesamte E-Mail-Verkehr. Das war nach meiner Erinnerung auch nicht möglich.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Du hast die Möglichkeit einer Zusammenfassung. Bitte zwei Minuten!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Nachdem da einiges noch aufklärungsbedürftig ist, hoffe ich doch, dass Sie auch dafür eintreten werden, dass auch Sie, wie auch wir als Opposition den Bericht der internen Revision bezüglich dieser Causa bekommen werden. Darum würde ich Sie sehr bitten. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Die nächste

5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die vorzeitige Rückzahlung von Wohnbaudarlehen

wird schriftlich beantwortet.

Ich rufe auf die nächste

5.4 Mündliche Anfrage der Abg. Blattl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das Verhalten der Salzburger National- und Bundesräte zur Steuerreform

Bitte Frau Abgeordnete Blattl!

Abg. Blattl: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Dr. Haslauer!

Im Rahmen Ihrer Tour unter dem Titel „Gemeindeoffensive“ durch die Salzburger Gemeinden wurde des Öfteren auch die geplante Steuerreform des Bundes thematisiert. Die Reaktionen der anwesenden Bevölkerung bei diesen Veranstaltungen, darunter auch ÖVP Funktionäre, haben zum Teil sehr negative Auswirkungen gehabt.

Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 folgende mündliche Anfrage: Erstens: Werden Sie Ihren Salzburger Bundes- und Nationalräten empfehlen, gegen die geplante Steuerreform, die die Salzburger Tourismuswirtschaft sowie Klein- und Mittelbetriebe massiv belastet, zu stimmen? Die beiden Unterfragen dazu. 1.1 Wenn nein, wie wollen Sie ansonsten sicherstellen, dass Salzburgs Tourismuswirtschaft nicht als großer Verlierer aus dieser Steuerreform hervorgeht? 1.2 Können Sie sich vorstellen, dass sich auch die ÖVP-Landeshauptleute aus Vorarlberg und Tirol gegen die Steuerreform zur Wehr setzen und Empfehlungen an ihre Bundes- und Nationalräte aussprechen?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Frau Abgeordnete!

Die Abgeordneten zum Nationalrat und Bundesrat sind frei gewählt und ihrem Mandat verpflichtet. Sie wissen was sie zu tun haben.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Deine zwei Zusatzfragen.

Abg. Blattl: Das war eine sehr kurze Beantwortung, Herr Landeshauptmann. Ich habe keine Zusatzfragen, aber ich habe einen Auftrag für Sie.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sie haben die Möglichkeit einer Zusammenfassung. Auftrag nicht, aber eine Zusammenfassung.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: 1.1 Ich verweise auf meine Ausführungen in der Aktuellen Stunde. 1.2 Ich gehe davon aus, dass auch die Bundes- und Nationalratsabgeordneten von Tirol und Vorarlberg frei gewählt sind und rein ihrem Mandat verpflichtet sind und daher wissen was sie zu tun haben.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte jetzt Deine Zusammenfassung.

Abg. Blattl: Nichtsdestotrotz, Herr Landeshauptmann, möchte ich Ihnen mitgeben,- es gibt ja noch eine Frist für die dringenden Nachverhandlungen zum Gesetzesabschluss, und zwar im Ministerrat bis zum 16. Juni und im Nationalrat bis Juli vor der Sommerpause. Ich möchte trotzdem die Eckpunkte, die heute schon mehrmals angesprochen wurden, in Kurzform noch einmal vorbringen, und zwar die Anhebung der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage, die Aufhebung des Bankgeheimnisses für Unternehmen, die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 13 %, die Erhöhung der Nutzungsdauer bei der Gebäudeabschreibung von 33 auf 40 Jahre, die Erhöhung der KEST. von 25 auf 27,5 %, die Erhöhung der Grunderwerbssteuer durch die Verkehrswertemessung vom dreifachen Einheitswert auf den Verkehrswert, die Erhöhung der Immobilienertragssteuer, die Erhöhung des Sachbezuges bei Privatnutzung von Firmenfahrzeugen und zuletzt die Einführung der Registrierkassenpflicht. Ich danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Das war jetzt etwas mehr als die Zusammenfassung der Frage.

Ich rufe auf die nächste

5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Belegung der Stadt- und Ortskerne

Ich bitte um Deine Fragen. Dann würde ich mit Ihrem Einverständnis die

5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Brand an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Energiemasterplan

vorziehen. Bitte Herr Kollege, Du hast das Wort.

Abg. Brand: Die ÖVP hat bereits 2012 angekündigt, einen Kraftwerksmasterplan für das gesamte Bundesland zu entwickeln, sogar einen Energieausbau-Masterplan zu erstellen. 2014 hieß es der Masterplan Energie werde im Oktober 2014 vorgelegt. Bei der Landtagsausschusssitzung am 4.3.2015 sprachen Sie davon, dass die Inhalte des Sachprogramms Energie vorerst geheim bleiben müssten, denn sonst sei zu erwarten, dass noch vor Fertigstellung alle Betroffenen dagegen seien. Nach Ostern 2015 werde dieses Programm vorgestellt.

Die Probleme rund um das Verfahren der 380 KV Leitung sind evident, immer mehr lokale Initiativen gegen die Nutzung der Windenergie bilden sich. Dennoch sollen bis 2020 50 % der Energie im Land Salzburg aus erneuerbaren Quellen kommen.

Ich stelle dazu an Sie die Frage: Was wurde bisher konkret und zu welcher Art von Programm mit Energieschwerpunkt erarbeitet und bis wann erfolgt die Fertigstellung?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Herr Landesrat!

Landesrat DI Dr. Schwaiger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Herzlichen Dank für die Frage. Ich beantworte sie gerne. Ich möchte festhalten, dass dieser 50 % erneuerbare Energiekurs in diesem Land natürlich aufrecht ist und dass wir tatsächlich auch durch die Tätigkeit dieser bereits von Ihnen genannten zwei Jahre durchaus realistisch erscheinen, wenn auch nicht ganz einfach.

Es ist uns in den letzten sechs, sieben Jahren gelungen, jährlich eine Steigerungsquote bis zu 1,5 % zu haben. Wir haben die besten Werte von allen österreichischen Bundesländern. Wir sind knapp hinter Kärnten, die haben bereits die 50 % erreicht, haben auch noch weniger Industrie wie wir, was mit diesem Standort immer und im Zusammenhang mit dem Energieverbrauch viel zu tun hat, aber das Wichtigste ist, dass vor zwei Jahren ein junges Pflanz-

chen begonnen hat zu wachsen, das ist die Entkoppelung, wenn auch von einem geringen Wirtschaftswachstum und dem zusätzlichen Energieverbrauch.

Bis 2012/2013 waren das zwei Kurven, die sich parallel mitentwickelt und verschoben haben. Die schlimmsten Jahre waren 2000 bis 2004/2005, dann hat sich sozusagen eine gewisse Einpendelung ergeben und letztendlich ist es jetzt so, dass zumindest in unserem Bundesland eine deutliche Kurve nach unten zeigt, das heißt dass wir bei Öl relativ stark einsparen, dass wir bei Gas auch deutliche Reduzierungen am Verbrauch haben, aber was eines ist, und das zeichnet sich immer mehr ab und das wissen wir, dass das noch steigen wird, ist der Stromverbrauch, der sich von 16 % Anteil am Gesamtenergieverbrauch in Richtung 20 % und wesentlich darüber entwickeln wird.

Wir stehen aktuell bei 45,2 %. Das sind Daten des Jahres 2013. Wir liegen immer fast ein Jahr zurück, weil die Vorjahresdaten immer erst so um Allerheiligen vorliegen, weil der Berechnungsmodus einer ist, der absolut statistisch gesichert ist und der in Zusammenarbeit mit der Statistik Austria, um tatsächlich wirkliche Daten zu erhalten und nicht Richtwerte, wir brauchen wirkliche Daten, ein relativ aufwendiger ist. Dass die Luft dünner wird bei zusätzlichen Prozenten, das wissen wir. Gerade mit der Sozialdemokratie wurden in den Jahren, in denen ich Abteilungsleiter gewesen bin, viele Diskussionen zu Waldbewirtschaftungsplänen und ressourcenschonenden Wirtschaftsweisen im Wald geführt und wir wissen, dass auch dort die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wir haben 140 Anlagen. Wir sind bei der Verdichtung und Verbesserung der Anlagen im Sinne von Wärmeverteilung und wir können diesen Ausbau nicht mehr in dem Ausmaß weiterführen, wie wir das in den letzten zehn Jahren gemacht haben.

Vielleicht noch eine kleine Zahl dazu oder ein kurzer Hinweis. Der Anteil erneuerbarer Energie in diesem Bundesland kommt zu 56 % aus der Biomasse und lediglich zu 40 % aus Wasser. Wenn man die Bevölkerung fragen würde, würde sie wahrscheinlich mindestens umgekehrt, wenn nicht in einem noch größeren Abstand antworten.

Beim Masterplan sind wir sehr weit. Wir haben begonnen am 31. Juli 2013, kurz nach Amtsantritt, gemeinsam mit der Kollegin Rössler, in enger Abstimmung mit der Abteilung 4 und Abteilung 5. Wir nehmen das sehr ernst und es hapert jetzt noch bei einem Thema, das Sie, Herr Bürgermeister, am besten kennen müssen, das ist die Windenergie. Wir können auf keine Energiequelle in diesem Land von Haus aus verzichten. Die Liebe zu alternativer Energie nimmt mit dem Quadrat der Entfernung sozusagen zu und umgekehrt.

Windkraft, ich habe eine Aussage getätigt vor etwa zwei Jahren, wir sind kein Windland in der Kurzfassung. Das wissen wir. Wenn wir den Windatlas ansehen, haben wir wenige

Standorte, wenige geeignete Standorte, wo man den Wind tatsächlich ernten kann und der Lungau gehört gar nicht so wenig dazu. Also weite Teile des Lungaus sind an der Grenze und es gibt einige Gebiete, die sind deutlich über diesem Meter pro Sekunde und den entsprechenden Stunden pro Jahr, über 2.400, wo man nichts sagen kann. Ich weiß auch in der Politik gibt es viele, die einen beraten. Es gibt viele, die immer wüssten wie es ginge. Wenn es etwas Konkreter wird, wenige wissen wie es geht und wenn es ernst wird, oftmals gar nicht mehr da sind.

Wir haben eine Diskussion gehabt bei den Salzburger Nachrichten, da gab es Solar, Wind, Biomasse, alle möglichen bis hin zu Öl und Gas. Ehe die Sonnenwende kommt, wird der Energiemasterplan vorliegen. Herzlichen Dank.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Herr Kollege, Du hast die Möglichkeit von zwei Zusatzfragen.

Abg. Brand: Ich habe eine Zusatzfrage. Ich hoffe Sie haben gemeint die Sommersonnenwende, dass wir da den Plan haben. Heuer. ...

(Zwischenruf Landesrat DI Dr. Schwaiger: Ich konkretisiere. Sommersonnenwende 2014 findet in der Regel im Juni statt!)

... 2014 haben wir schon gehabt. ...

(Zwischenruf Landesrat DI Dr. Schwaiger: 2015!)

... Ich hätte eine Zusatzfrage, und zwar ist im Speziellen eine Nutzung von den vielen Beschneigungsleichen, die wir auf den Bergen haben, für Pumpspeicherkraftwerke eingegangen worden oder wird das im Masterplan berücksichtigt?

Landesrat DI Dr. Schwaiger: Ja, das ist berücksichtigt worden. Der Ertrag ist nicht in diesem Ausmaß gegeben durch diese Pumpverwerfungen, wie wir bei großen Pumpkraftwerken zu erwarten hätten, aber da gibt es einige Anlagen, die sich tatsächlich eignen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Du hast die Möglichkeit einer weiteren Zusatzfrage.

Abg. Brand: Nein, ich möchte eine Zusammenfassung machen. Ich hoffe Sie werden den ambitionierten Plan schaffen, dass bis zur Sommersonnenwende der Masterplan fertig ist eben mit den richtigen Maßnahmen für das Land Salzburg damit wir in Richtung 50 % Energiegewinnung aus erneuerbarer Energie gehen. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Ich rufe nunmehr auf die

5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Belebung der Stadt- und Ortskerne

Bitte Herr Abgeordneter um Deine Frage.

Abg. Schneglberger: Danke sehr. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Bezüglich der Belebung von Orts- und Stadtkernen hätte ich folgende Frage an Sie. Die ÖVP-geführte Landesregierung gibt vor, die Orts- und Stadtkerne des Bundeslandes Salzburg stärken zu wollen. Das wurde zumindest im Arbeitsübereinkommen der Landesregierung so festgeschrieben und bei den jüngsten Entscheidungen zu Standortverordnungen als Argumentation herangezogen.

Nun ist diese Landesregierung knapp zwei Jahre im Amt, doch außer dem Verhindern von neuen Arbeitsplätzen durch eingereichte Projekte ist nichts geschehen, um Orts- und Stadtkerne tatsächlich zu stärken. Landeshauptmann Haslauer richtete lediglich aus, man müsse das im Zuge der Novellierung des Raumordnungsgesetzes intensiv diskutieren. Sie als politisch Verantwortliche meinten hingegen in einem Interview mit den Salzburger Nachrichten vom 21. April 2015 auf die Frage, wie dörfliches Leben nun aktiv gefördert werde, „... diese Anregungen sind in der Wirtschaftsabteilung des Landes deponiert...“

Daher stelle ich folgende mündliche Anfrage: Welche Vorschläge zur Belebung der Stadt- und Ortskerne liegen im Raumordnungsressort vor?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte um Deine Antwort.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke Herr Abgeordneter Schneglberger. Entschuldigung, dass ich vorhin nicht im Raum war, wie meine Frage an sich dran gewesen wäre.

Zu Ihrer Anfrage. Ich möchte ganz kurz auf Ihre Einleitung eingehen. Es sind natürlich, wie schon vom Herrn Landeshauptmann ausgeführt, nicht nur die Anregungen in der Wirtschaftsabteilung was die Förderungen betrifft, deponiert, sondern es sind eine ganze Reihe von Maßnahmen natürlich auch aus der Raumordnungsabteilung bereits in Kraft und auch in Umsetzung. Ich möchte aber auch auf das aktuellen Jahresarbeitsprogramm 2015 des SIR, Salzburger Institut für Raumordnung, hinweisen, bei dem ja auch Vertreter Ihres Klubs dabei waren, wo dezidiert zwei Projekte, nämlich Planung Zentrumsbelebung in Saalfelden, Koppl

und Schleedorf, aber auch Planung Ortskern Straßwalchen, Oberalm als bereits geplante und zum Teil auch anhängige Projekte schon genannt sind. Im Rahmen der Gemeindeentwicklung und auch des SIR ist das ein Schwerpunkt.

Aber zu Ihrer Frage noch einige Details. In der ROG-Novelle 2004 besteht ja für die Gemeinden die Möglichkeit, Stadt- und Ortskerne nach bestimmten Kriterien auszuweisen. In diesen abgegrenzten Bereichen entfällt ja das Erfordernis einer Standortverordnung für Handelsgroßbetriebe. Für die Abgrenzung der Ortskerne gibt es auch einen Leitfaden, der die Gemeinden dabei unterstützt. Dieser Leitfaden wird derzeit evaluiert und im Zuge der ROG-Novelle aktualisiert werden. Ein wichtiges Instrument für die Stärkung von Ortskernen, weil es Erleichterungen in der Nutzung von Handelsgroßbetrieben bringt.

Weiters zu diesem Thema Stadt- und Ortskerne. Es gibt bereits 21 Gemeinden, die so eine Ortskernabgrenzung haben und hier wäre ein Anliegen der Abteilung, dass wir diese Ortskernabgrenzung auf möglichst viele Gemeinden, wo es passt, noch ausweiten, weil es zu tatsächlichen Erleichterungen und Stärkung des Ortskerns führt. In vielen Gemeinden konnte aus der Erfahrung von Stadt- und Ortskernabgrenzungen eine Stärkung der Zentrenbereiche erreicht werden. Als Beispiele können Schwarzach, St. Johann, Bad Hofgastein, Kaprun, Tamsweg, Abtenau und Thalgau genannt werden. Dort gibt es einfach schon konkrete Erfahrungen damit.

Im Zuge der ROG-Novelle wird auch andiskutiert, eine neue Widmungskategorie, nämlich urbanes Mischgebiet speziell für Ortskernbereiche einzuführen. Der Vorteil wäre, dass in einem sogenannten urbanen Mischgebiet eine Erdgeschoßzone, eine Sockelzone für eine gewerbliche Nutzung vorbehalten bleibt, z.B. Einzelhandel, Dienstleister, Gastronomie, Handwerk oder ähnliches. Dadurch kann auch eine Belebung bzw. Stärkung vorhandener Betriebe unterstützt werden. Eine allfällige Ausweisung im Flächenwidmungsplan liegt dann wie bisher im Kompetenzbereich der Gemeinde.

Die Abteilung Wohnen und Raumplanung verfügt weiters bereits bisher über einen Datenbestand zum Thema Einzelhandelsbetriebe, in dem speziell für die Branchen Lebensmittelhandel und Drogeriewaren, die ja beide dem Kurzfristbedarf zugeordnet werden, und daher auch nahversorgungsrelevant sind, alle zwei Jahre eine Aktualisierung erfolgt. Also auch anhand dieses Datenbestandes wird z. B. für die Entscheidung bei Veränderungen des räumlichen Entwicklungskonzeptes, aber auch für Standortverordnungen auf diesen Datenbestand zurückgegriffen.

In einigen Gemeinden gibt es schon derzeit mit Unterstützung des Salzburger Institutes für Raumordnung sogenannte integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die derzeit erarbeitet wer-

den. Aktuell in Seekirchen und Saalfelden. Am 5. Mai wird der Masterplan Saalfelden öffentlich präsentiert. Dabei werden die Hauptorte und hier vor allem der Zentrenbereich analysiert, bewertet und Entwicklungsmöglichkeiten gemeinsam aufgezeigt. Es gibt dabei eben einen integrativen Ansatz, dass die Bereiche Städtebau, Architektur, Verkehr, Grünraum, Infrastruktur, Einzelhandel, Arbeitsplatzsituation gesamthaft betrachtet und vernetzt werden. Ziel ist es, eine nachhaltige Stadtentwicklung mit einer höheren Lebensqualität zu erreichen.

Künftig sollen auch regionale Einzelhandelskonzepte erarbeitet werden, also über den Einzelfall eines Stadtzentrums hinaus, um die Versorgungssicherheit in den Regionen sicherzustellen. Als Grundlage dafür könnten die 16 Planungsregionen, die im Landesentwicklungsprogramm definiert sind, herangezogen werden.

Aus Zeitgründen, drei weitere Punkte gibt es noch. Nur als Hinweis, dass es tatsächlich im bestehenden ROG, aber auch in den Planungsmöglichkeiten der Gemeinden eine Reihe von Instrumenten gibt und weitere geben soll.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Du hast die Möglichkeit von zwei Zusatzfragen.

Abg. Schneglberger: Danke. Meine erste Zusatzfrage. Sie haben in Ihren Ausführungen berichtet, dass bereits 21 Gemeinden im Land Salzburg die Ausweisung von Stadt- und Ortskernen umgesetzt haben. Ich gehe davon aus, dass das insbesondere für kleine Gemeinden im Hinblick auf die rechtlichen Notwendigkeiten ein durchaus umfangreiches Verfahren ist. Welche Unterstützung wird hier seitens der Landesregierung bzw. der Fachabteilung angeboten damit andere Gemeinden diesem Beispiel folgend können?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Es ist mir jetzt nicht im Detail bekannt, ob und welche Förderungen es für diese Ortszentrenausweisungen gibt, außer es handelt sich um spezielle Projekte.

Abg. Schneglberger: Nicht Förderungen, sondern Unterstützungen auch im Hinblick auf rechtliche Abläufe, Notwendigkeiten, Beratungsmaßnahmen.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Das ist der angesprochene Leitfaden und natürlich die Rücksprache und Absprache mit der Abteilung, wenn es um die Ausweisung geht.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte noch eine Zusatzfrage.

Abg. Schneglberger: Meine zweite Zusatzfrage. Wie sehen Sie die Überlegung, bei Weilern undogmatisch auch im Grünland bauen zu dürfen, die zuerst vom Herrn Landeshauptmann Haslauer aus seiner Sicht bereits erklärt wurde?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Das wird sicher eine der zentralen Fragen sein, wie definiert man welche Außenzonen und welche Kernbereiche von Siedlungsentwicklung in den Gemeinden. Der Wunsch und auch das Spannungsfeld in dieser Frage ist mir bewusst. Wenn wir sagen, wir wollen die Zersiedelung jedenfalls eindämmen, dass wir genau in diesem Bereich sehr sorgfältig abwägen müssen, was möglich ist und was nicht. Die Definition der Weiler und die Definition von Erweiterungen wird sicher ein zentraler Bereich auch der weiteren Verhandlungen sein.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Es besteht die Möglichkeit einer Zusammenfassung von zwei Minuten.

Abg. Schneglberger: Danke für die Beantwortung. Ich hoffe, dass das neue Raumordnungsgesetz jetzt wirklich zügig beschlossen werden kann, weil ich denke wir sind alle einer Meinung, dass hier noch sehr viel offen ist und ich hoffe, dass wir hier bald eine ordentliche gesetzliche Grundlage haben. Danke.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Ich rufe auf die nächste

5.7 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Psychopharmaka

Bitte Frau Kollegin, Du hast das Wort.

Abg. Riezler: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Im letzte Woche veröffentlichten Bericht der Volksanwaltschaft wurde die Problematik von viel zu hohen Verschreibungsraten von Psychopharmaka an Bewohnerinnen in Seniorenheimen kritisiert. Laut einer Studie in Österreich sollen 74 % aller Bewohner medikamentös ruhig gestellt werden, obwohl oft keine Notwendigkeit dazu besteht und es nicht medikamentöse Alternativen gäbe.

Ich stelle daher folgende Anfrage: Wie ist die Situation in den Salzburger SeniorInnenpflegeheimen und welche Maßnahmen sind geplant, um die Verschreibungsraten zu senken?

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Landesrat, fünf Minuten!

Landesrat Dr. Schellhorn: Dankeschön Frau Abgeordnete.

Du sprichst ein sehr wichtiges Thema an. Allerdings tu ich mich in der Beantwortung etwas schwer, weil die Verschreibung von Medikamenten ja nicht Angelegenheit der Heimleitungen ist, sondern der Ärztinnen und Ärzte. Allerdings betrifft es natürlich auch die Heimleitungen und die Pflegekräfte in den Seniorinnenwohnhäusern.

Die Kontrollbesuche durch die sogenannte OPCAT-Kommissionen der Volksanwaltschaft haben zu einer starken Bewusstseinsbildung auch geführt in allen Seniorinnenwohnhäusern und da war ja auch ein Bericht im Dezember 2013 von der Salzburger Kommission, Dr. Klaushofer. Ich habe das dann auch zum Anlass genommen damals diese Berichte, dass jetzt in den Kontrollbesuchen der Heimaufsicht, der Abteilung 3, unserer Sozialabteilung, auch immer das Thema Medikamentierung, Aufklärungspflicht, Dokumentation auch der Aufklärung, dass das zum Thema gemacht wird bei den Kontrollbesuchen, um hier einfach eine Sensibilisierung der Pflegeleitungen zu verstärken. Das hat sehr positive Auswirkungen schon gehabt.

Es gibt auch ein Modellprojekt in Gastein, wo die Präsidentin der Salzburger Apothekerkammer, Frau Dr. Strasser, im Seniorenwohnhaus dort mit allen einzelnen Bewohnerinnen und Bewohnern und auch mit den behandelnden Ärzten die Medikamentierung durchgegangen ist, weil ja oft eine vielfältige verschiedene Medikamentierung stattfindet und dort hat, ich habe jetzt gerade den Bericht bekommen, dieses Modellprojekt dazu geführt, dass tatsächlich das Ausmaß der Medikamentierung zurückgefahren werden konnte und es ist auch ein Plan, dass dieses Modellprojekt jetzt auf andere Seniorenwohnhäuser in Salzburg ausgedehnt wird.

Insgesamt muss man allerdings sagen die Medikamentierung ist Angelegenheit der Ärztinnen und Ärzte und die Volksanwaltschaft empfiehlt ja auch in dem Bericht, den Du zitierst, eine bessere Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten, eine bessere Bewusstseinsmachung dieses Themas bei den Ärztinnen und Ärzten, was sehr wichtig ist. Allerdings achten wir sehr darauf, auch die Beschwerden der Bewohnerinnenvertretung, denen nachzugehen, weil die haben das ja zu kontrollieren, weil zum Teil ja auch Medikamentierungen freiheitsbeschränkende Maßnahmen sein können, die ja genehmigungspflichtig sind.

Wir haben praktisch drei Kontrollinstanzen. Unsere Heimaufsicht, die OPCAT-Kommission der Volksanwaltschaft und auch dazu noch die Bewohnerinnenvertretung, die darauf achten, dass alles in den Seniorenwohnhäusern in Ordnung ist. Also wir haben ein hohes Maß an

Qualitätskontrolle und ich gehe davon aus, dass das auch verstärkt zu einer Bewusstseinsbildung bei den Pflegeleitungen führt.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Bitte Frau Kollegin, zwei Zusatzfragen.

Abg. Riezler: Damit sind meine Zusatzfragen schon sehr, sehr gut mitbeantwortet worden. Danke Herr Landesrat. Eine Anmerkung. Die Ärzte verschreiben das meistens nicht von sich aus, sondern es wird schon die Anregung natürlich auch von der Pflege oft kommen, dass das passieren soll. Damit ist es notwendig, dass es in beiden Bereichen eben passiert, eben auch bei den Bediensteten in den Häusern. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass das natürlich nicht nur ein Thema im geschlossenen Bereich ist, sondern natürlich auch in der häuslichen Pflege. Auch da muss man glaube ich darauf schauen. Dort ist oft der Grund wahrscheinlich auch die Überforderung der Angehörigen, sodass dann auf Medikamente zurückgegriffen werden muss. Deshalb besteht natürlich ein Handlungsbedarf im Sinne der betroffenen Seniorinnen und Senioren und deshalb auch meine Bitte, das Thema grundsätzlich weiter zu verfolgen und zu schauen, dass die Situation in Salzburg eine bessere wird.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Damit haben wir alle mündlichen Anfragen erledigt und Top 5 abgeschlossen.

Ich rufe nunmehr auf

Punkt 6: Dringliche Anfragen

6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Mayr betreffend die vorzeitige Rückzahlung der Wohnbauförderung (Nr. 827 der Beilagen)

Ich ersuche die Schriftführerin um Verlesung der dringlichen Anfrage.

Abg. Jöbstl (verliest die dringliche Anfrage):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Bitte Herr Landesrat um Deine Beantwortung. Du hast zehn Minuten. Ich läute vorsichtshalber bei acht kurz an.

Landesrat Mayr: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Besucherinnen und Besucher!

Worum geht es? Der ursprüngliche Wohnbaufonds des Landes Salzburg wurde ganz, ganz wesentlich durch Kreditaufnahmen entweder bei der österreichischen Bundesfinanzierungsagentur oder bei der Hypo Wohnbaubank gespeist. Seit dem Jahr 2006 wurden durchwegs endfällige Kredite aufgenommen mit einer zehnjährigen Laufzeit. Endfällig heißt diese Kredite sind bis jetzt nicht getilgt worden. Jetzt kommen wir erstmals in die Situation im Jahr 2015, dass massive Tilgungen erforderlich sind in den Jahren 2015, 2016 und 2017 in einem Gesamtausmaß von rund €500 Mio. Die Zinssätze für diese angesprochenen Kredite betragen zwischen 3,5 und 4,8 %, also sind Fixzinssätze, die damals abgeschlossen worden sind, also die sind deutlich über jenen Zinssätzen, die heute am Markt angeboten werden.

Wir haben jetzt die Aufgabe in der Landesregierung, da sind wir alle damit befasst, diese Tilgungen zu regeln. Da wir keine Schulden aufnehmen möchten, haben wir das Instrument der vorzeitigen begünstigten Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen uns zum Ziel gesetzt. Jetzt haben wir einmal die Darlehen für die privaten Darlehensnehmerinnen und Darlehensnehmer geregelt. Seit dem 22. April dieses Jahres ist eine Verordnung in Kraft, dass private Darlehensnehmerinnen und Darlehensnehmer einen Nachlass bekommen von 10 % der aushaftenden Schuld. Diese Regelung gilt einmal vorläufig bis zum 31. März 2016.

Die Situation mit den sechs gemeinnützigen Bauvereinigungen, und um dieses Thema geht es. Es geht um eine Darlehensvereinbarung zwischen dem Land Salzburg und sechs gemeinnützigen Bauvereinigungen. Da stellt sich die Situation deutlich schwieriger dar, weil die Statistik Austria ganz genau hinsieht, wenn es zu einer Umschuldung kommt, wie ist da der Aufschlag geregelt, ist dieser Aufschlag marktkonform. Da muss jedes Mal oder müsste jedes Mal ein Gutachten erstellt werden. Es geht natürlich auch um diverse Aufsichtsorgane der Gemeinnützigen und in letzter Konsequenz sind vor zirka 14 Tagen die Gemeinnützigen zu uns mit der Bitte herantreten, ob das Land Salzburg eine Gesamtlösung in Betracht ziehen könnte. Es hat da noch eine Besprechung gegeben zwischen Landeshauptmann-Stellvertreter Stöckl, mir, drei Vertretern aus den sechs Gemeinnützigen, die wurden nominiert, und alles, was da zusammengefasst worden ist, habe ich in der letzten Regierungssitzung vorgebracht und wir haben dann vereinbart, die Abteilung 8 und die Abteilung 10 werden an einer möglichen Lösung arbeiten und werden einen Vorschlag oder eben keinen Vorschlag, wenn es keine Lösung gibt, bis zum 7. Mai dieses Jahres der Regierung vorlegen.

Ich möchte auch betonen ganz egal, ob es nun eine Lösung gibt, die das Land Salzburg steuert oder ob es eine Umschuldung der Kredite gibt, die von den Gemeinnützigen selber organisiert wird, die Mieterinnen und die Mieter dürfen keinesfalls eine negative Veränderung

der Mieten erfahren. Dies regelt, und da zitiere ich jetzt § 17b des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, der ganz klar angibt, dass wenn es zu einer Änderung in der Finanzierung kommt, dass die Tilgungsvoraussetzung geändert wird, dass z.B. die Zinsen erhöht werden und vieles andere mehr, dürfen die Mieten nicht für die Mieterinnen und Mieter verschlechtert werden.

Das ist, glaube ich, ganz ein wesentlicher Punkt, den es in dieser Überlegung gibt. Ich sage auch ganz klar. Wenn wir es nicht schaffen, eine Lösung zu finden, dann muss natürlich der Ball zurückgespielt werden an die Gemeinnützigen, die dann damit wieder befasst sind, da ihren Beitrag zu leisten. Die Gemeinnützigen haben sich bereiterklärt mitzuhelfen bei dieser vorzeitigen Tilgung und wenn es nicht anders geht, dann müssen wir wieder auf das Ursprüngliche zurückgehen.

Um jetzt auch konkret auf die drei Fragen einzugehen wann die Verordnung zur vorzeitigen Rückzahlung im Bereich der Förderung von Mietwohnungen und Wohnheimen in Begutachtung geschickt wird. Sobald wir jetzt wissen, welche Lösung wir anstreben, so schnell wie es geht.

Die zweite Frage wann die angesprochene Verordnung in Kraft treten soll. So schnell wie möglich, weil wir das natürlich auch geregelt haben möchten im Sinne aller Beteiligten.

Zur dritten Frage: Wie lauten die Ergebnisse der Gespräche mit den betroffenen Fördernehmern der Verordnung zur vorzeitigen Rückzahlung im Bereich der Förderungen von Mietwohnungen und Miethäusern? Da gab es eine Tagung der GBVs am 7. April, wo über den Status der vorzeitigen Rückzahlung gesprochen wurde. Da ist eben diese Bitte noch einmal geäußert worden, ob nicht wir uns noch einmal mit dieser Thematik befassen werden oder befassen können und dann hat es am 17. April eben diese besagte Besprechung mit Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl gegeben.

Die weiteren Schritte hängen jetzt davon ab, ob eine Lösung von der Abteilung 8 oder von der Abteilung 10 gefunden wird oder nicht. Ich möchte generell auch sagen, das, was wir da jetzt machen, das ist nichts anderes wie eine Reparatur von Dingen, die bei der alten Wohnbauförderung nicht funktioniert haben. Es ist aus meiner Sicht grob fahrlässig, € 920 Mio. aufzunehmen mit endfälligen zehnjährigen Krediten und sich überhaupt nicht zu kümmern, wie diese Kredite jemals zurückbezahlt werden sollen. Wir kümmern uns jetzt um diese Angelegenheit, diese Versäumnisse der alten Verantwortlichen, vor allem aus dem sozialdemokratischen Bereich. Wir kümmern uns auch darum, und das ist nämlich das, was auch fatal ist und unwahrscheinlich viel Geld kostet, dass den Menschen beim Bezug der Wohnung eine Miete angeboten worden ist, die jeglicher Realität widersprochen hat, eine Miete, die

niemals mehr darstellbar war, und jetzt müssen wir hergehen, diese Mietverträge zu stützen, dass die wieder leistbar werden und diese Stützung kostet dem Land Salzburg bis zum Jahr 2048 sage und schreibe € 520 Mio. Das ist das, was wirklich fatal ist, was wirklich das Landesbudget nachhaltig belastet.

Wir haben diese Mietensenkungen ganz genau berechnet mit den Gemeinnützigen zusammen. Immer, wenn ein gewisser Schwellenwert überschritten wird, dann senken wir diese Mieten ab. Wir haben um die € 140 Mio., die dem Wohnbau in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen, diese Beträge eingespeist, die wachsen aber dann auch in bedenkliche Höhen natürlich an, wo es mit den € 140 Mio. ab dem Jahr 2022, 2023 nicht mehr funktionieren wird, wo wir sicherlich dann darüber reden müssen, ob die 140 Mio. nicht wesentlich erhöht werden müssen damit das Ganze funktioniert.

Es ist wirklich bedauerlich, dass wir diese Reparatur machen müssen. Mit diesen € 520 Mio. könnte wunderbar die EUREGIO-Bahn finanziert werden. Mit den jährlichen Beträgen, die wir da zuschießen, könnten viele, viele neue Wohnungen gebaut werden. Walter Steidl, ich möchte Dir eines sagen, in Deiner Homepage habe ich gelesen wie Du sprichst über die schlechte Entwicklung im Wohnbau, dass weniger Wohnungen gebaut werden. Ich weiß nicht, wo Du diese Zahlen her hast. Ich habe die offiziellen Zahlen von der Abteilung 10, die ich jetzt anführe.

Im Jahr 2011 wurde 563 Mietwohnungen gebaut. Im Jahr 2012 666. Im Jahr 2013 870 und im Jahr 2014 1.011 Wohnungen. Also wie Du auf die Meinung kommst, dass eine schlechtere Bauleistung sich entwickelt, bleibt mir fern. Ich weiß auch, dass im Jahr 2015 mindestens diese 1.000 Wohnungen gebaut werden plus die 300, die wir im Impulsprogramm festgelegt haben. Also ich weiß eigentlich nicht, wovon Du sprichst.

Ich halte einfach noch einmal fest. Diese beiden Dinge, die Reparatur der Mieten, kostet uns € 520 Mio. Wir sind auch in der Verantwortung, und das ist pragmatische Sachpolitik, nicht populistische Parteipolitik. Das ist pragmatische Sachpolitik. Wir stellen uns diesen Tilgungen. Wir werden diese Tilgungen regeln und wir werden das auch so tun, dass es den Beschlüssen des Landtages entsprechen wird und wir werden sachorientiert eine Lösung finden. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke sehr. Bitte Herr Klubvorsitzender als Anfrager. Zehn Minuten. Ich läute auch wieder bei acht Minuten zur Orientierung.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Regieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, Regieren ist meist keine einfache Sache. Geht es doch darum, dass man in der Politik auch versuchen muss, unsere gesellschaftlichen demokratischen Grundwerte in das politische Handeln miteinzubauen, aufzunehmen und danach auszurichten und geht es auch um die Gegensätze ist meine Politik gemeinwohlorientiert ausgerichtet oder ist meine Politik durch Klientelpolitik bestimmt. Noch ein bisschen schwieriger wird Politik, wenn das politische Handeln nur mehr eines im Sinne hat, wie kann man vorhandenes Volksvermögen anzapfen, ohne dass es das Volk merkt. Das ist gerade das, was in Salzburg stattfindet. Es herrscht in Salzburg so etwas wie das Erbenfieber. Es grassiert das politische Erbenfieber und wenn die Erben es nicht erwarten können, auf das Erbe zuzugreifen, dann vergessen sie eigentlich das Wesentliche, den wesentlichen Blick, der bleibt dabei verborgen. Man sollte sich eigentlich um die eigenen Dinge kümmern und man sollte sich darum kümmern was der Auftrag ist, nämlich zu arbeiten, zu arbeiten für dieses Land.

Liebe Regierung! In derselben Intensität und mit demselben Engagement, wie Sie sich diese Gelder des Wohnbaufonds einverleiben wollen mit immer neuen Überlegungen, mit derselben Intensität sollten Sie sich eigentlich einmal zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit kümmern, mit demselben Einsatz.

Herr Abgeordneter Mayer, Sie sind derjenige, der heraußen immer wieder dasselbe erzählt, das hat schon so einen Bart, so wie der Ihrige, der wird immer länger, das was Sie heute auch wieder gemacht haben. Wenn Sie seit Antritt dieser Regierung kritisieren, dass die Altmieten irgendwie nicht mehr leistbar sind für die Bevölkerung und für die Mieterinnen und Mieter, warum haben Sie seit 2013 nichts gemacht? Sie kritisieren hier immer die Vergangenheit, hätten jetzt die politische Verantwortung und könnten etwas regeln, ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Ist ja beschlossen! Ist beschlossen!)

... Ja, natürlich. Es ist ein bisschen einfacher, mit einer Fingerzeigpolitik vom eigenen Versagen abzulenken und mit dem Fingerzeig auf eine Vergangenheit zu lenken. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Das sagt wer anderer!)

... Das ist das was Sie letztendlich machen.

Herr Landesrat! Sie haben am Beginn Ihrer Amtszeit einige Überlegungen angestellt, wie kann man sich das Geld einverleiben in das Budget, das passiert ja momentan auch, haben dann einen Round-Table gegründet und initiiert und das Ergebnis dieses Round-Tables in einer Respektlosigkeit und in einer Brüskierung aller daran mitgearbeiteten Institutionen und deren Vertreterinnen und Vertreter in die Rundablage entsorgt. Dabei wäre der Round-Table unter Umständen eine mögliche oder eine Grundlage für eine politische Einigung gewesen. Bitte nicht falsch zitieren, Herr Abgeordneter Mayer, das machen Sie nämlich immer gerne. Wir haben also das Round-Table-Ergebnis nie zustimmend mitgetragen, sondern gesagt es wäre eine Grundlage für eine politische Einigung hier in diesem Hohen Hause.

Dann gab es einen PwC, Pricewaterhouse Cooper Bericht, der auch nicht veröffentlicht wurde, und in diesem Bericht wurde die Plausibilität des Wohnbaufonds, des Fondsmodells überprüft und man kam zum Ergebnis, natürlich kann der Wohnbaufonds erfolgreich in die Zukunft geführt werden. Er hat ein Vermögen von netto von € 2,2 Mrd. Er hat eine Überliquidität in den nächsten Jahren von mehr als € 100 Mio. und er hat Zinsüberschüsse per anno von mehr als € 20 Mio. Das heißt die Zinserträge sind weitaus größer als wie die Zinsaufwendungen für die Schulden, die also hier immer wieder ins Treffen geführt werden.

Was war die Endkonsequenz vom Round-Table und PwC-Bericht? Der Herr Landesrat hat Auftrag gegeben in der Abteilung ein neues Gesetz muss her, sozial muss es nicht sein, aber neu muss es sein. Die SN titelten auch ganz klar, für wen dieses Gesetz gemacht wird. 150 Mio. für die Banken. Ein neues Geschäft. Dort werden vielleicht Arbeitsplätze geschaffen, weil man vielleicht da oder dort den einen oder anderen Bankbeamten braucht, der also dann über die Zinsen der Mieterinnen und Mieter, über die erhöhten, finanziert wird.

Es gab Überlegungen eines Verkaufs. Das haben wir hier erfolgreich verhindert. Es gab dann die Überlegungen der vorzeitigen Rückzahlung. Das ging dann wieder nicht, weil das den Maastricht-Kriterien betreffend der Abschläge rechtlich nicht möglich war und dann kam ein neuer Begriff – kannst schon den Kopf schütteln, Herr Landesrat, das ist so, - geht leider nicht, weil die Maastricht-Kriterien das also blockieren würden was die Abschläge betrifft und wenn es die Abschläge nicht gibt, interessiert es die Banken nicht. Das ist die Wahrheit. Umfinanzierung wollte man machen bei den Gemeinnützigen. Das geht auch nicht, weil das wäre zum Schaden der Gemeinnützigen. Daher ein neuer Begriff. Man wählt die Möglichkeit der Zession und liebe, sehr geehrten Damen und Herren, wenn man etwas zediert, dann ist ein Dritter im Bunde, und dieser Dritte ist nicht die Caritas, der wird nicht geleitet von caritativen Überlegungen, sondern von gewinnorientierten Überlegungen, und das muss wer bezahlen. Entweder zahlen es die Mieterinnen und Mieter oder es zahlt der Steuerzahler.

Es geht also hier um Darlehen mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 33 Jahren. Wer kann heute garantieren den Zinssatz in 20 Jahren, in 15, 25 oder gar in 30 Jahren? Der neueste Vorschlag ist dann gestern Nachmittag noch gekommen man könnte einen Tausch machen mit OeBFA. Auch das ist eine Überlegung.

Der Herr Finanzreferent beklagt gestern über die Medien er hätte nie geglaubt, dass das so teuer wird. 520 Mio., das ist ja irre und er hat eh schon so eine dicke Haut. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was haben wir für einen Finanzreferenten in diesem Land, der in der Regierung im Dezember des vorigen Jahres ein Gesetz verabschiedet, in der Landesregierung sitzt und dem Landtag zuleitet und jetzt, fünf Monate danach draufkommt was das kostet? Ja haben die vorher nicht gerechnet, was dieses Mietensenkungsprogramm kostet? ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Euer Finanzreferent war ja besser!)

... Ich sage Ihnen, wie man das gut angehen kann und das zum Vorteil der Mieterinnen und Mieter angehen kann. Wir haben bei den mietgeförderten Wohnungen einen Zinssatz von 1,5 % und man könnte diese 1,5 % für ein Geld, das wir von den Bundesabgaben im Finanzausgleich zinsenlos zur Verfügung gestellt bekommen, von diesen 1,5 % auf 0,5 oder auch meinetwegen auf 0,25 % heruntergehen. Berechnen Sie das, was das für die Mieterinnen und Mieter bedeuten würde. Das ist derselbe Effekt, den Sie jetzt mit dem Verkauf des Volksvermögens von Salzburg erreichen wollen.

Wenn Sie für die Dauer der Laufzeit die Mieterinnen und Mieter am Beginn mit fast € 200,-- entlasten könnten und am Ende natürlich mit weniger, aber für die Dauer der Laufzeit von 37 ½ Jahren könnten Sie die Mieten pro Monat durchgehend um € 100,-- senken. Das ist unsere Ansage. Da ist keine Bürokratie dahinter, da brauche ich auch in der Wohnbeihilfe nicht so viel Personal aufwenden und das würde direkt bei den Mieterinnen und bei den Mietern ankommen. Jede Regierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist immer wieder gefordert, in der Mietentwicklung einzugreifen, das hat die alte Regierung auch gemacht 2009 mit der Konversion, indem ein Teil dieser Konversion in ein Mietsenkungsprogramm gegangen ist und eine anderer Teil in eine innere Anleihe. Da haben ja viele dieser Probleme begonnen und einer, der hautnah dabei war, der das mitbeschlossen hat, das ist jetzt der Vorsitzende dieser Regierung, der Herr Dr. Haslauer. Der hat diese Anleihe mitbeschlossen und ich habe es schon mehrmals hier in diesem Hohen Haus und im Ausschuss gefragt, ob er jemals nachgefragt hat, was mit diesem Geld passiert ist. Nie. Ich habe bis heute, seit zwei Jahren noch keine Antwort bekommen. Das ist die Wahrheit und wenn es darum geht man muss hier im Mietsenkungsprogramm, das mit dem Verkauf mit den 520 Mio. machen.

Wenn Sie etwas verkaufen, werden auch die Rückflüsse weniger und natürlich mit den Rückflüssen könnte der Wohnbaufonds, das geht auch im PwC-Bericht hervor, seine Schulden bedienen. Er hat weit mehr Vermögen als Verbindlichkeiten, aber diese Rückflüsse, meine sehr geehrten Damen und Herren, die fließen ja jetzt schon ins Budget, weil die werden ja für andere Lieblingsprojekte dieser Regierung gebraucht und verwendet.

Also der Elch-Test dieses neuen Gesetzes ist auch misslungen, weil zusätzliche Wohnungen kann die neue Wohnbauförderung nicht leisten. ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Was redest denn Du!)

... Natürlich nicht, weil die zusätzlichen Wohnungen im Konjunkturpaket werden mit einem Darlehenssystem ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: 1.000 sind nicht mehr als 800!)

... finanziert, nämlich nach der Rezeptur der SPÖ. ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Aber 1.000 sind mehr als 800!)

... Da sieht man das Gesetz war noch nicht einmal Kraft und hat eigentlich schon seine Wirkung versagt und man hat im Konjunkturprogramm mit den zusätzlichen 40 Mio. auf das alte Modell zurückgreifen müssen. Das ist die Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber diese Wahrheit wollen Sie nicht hören, ...

(Zwischenruf Landesrat Mayr: Die Wahrheit ist das nicht. Deine Wahrheit!)

... sondern Sie wollen das Volksvermögen der Salzburgerinnen und Salzburger einverleiben.
(Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Scheinast. Bitte! Du hast fünf Minuten. Läuten nach vier.

Abg. Scheinast: Danke. Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube jetzt stehe ich da zu meiner Freude das dritte oder vierte Mal zum Thema Wohnbaufonds und die Geschicke seiner Auflösung, seines Weiterbetreibens.

Walter Steidl, Du hast gesagt der Wohnbaufonds hat ein Nettovermögen von 2,2 Mrd. Ich glaube das hast Du mit den Landesschulden verwechselt, weil das sind 2,2 Mrd. Was ich weiß, hat der Wohnbaufonds ein Bruttovermögen von ungefähr 1,9 Mrd. und davon müsste man die Schulden abziehen, von denen die meisten Leute sagen es sind ungefähr 900 Mio.

Es gibt ja nur einen einzigen Grund, warum wir jetzt darüber nachdenken, was den Wohnbaufonds betrifft, und das sind die hohen Landesschulden. Wenn im heurigen Jahr 350 Mio. fällig sind, dann hat man als verantwortungsvolle Regierung selbstverständlich darüber nachzudenken: wird das rolliert oder haben wir irgendeine Chance, diese Schulden zu tilgen, die tatsächlich die Zukunft der Jugend und die Zukunft des Landes, falls sich das Zinsniveau ändert, erheblich einschränken können. Das ist der Grund, warum Landesrat Mayr immer wieder mit neuen Ideen kommt, um nachzudenken darüber, wie können wir denn um Gottes Willen auf eine gut praktikable Art und Weise den Wahnsinnsschuldenstand des Landes abzubauen. Es gibt keinen anderen Grund. Es geht auch nicht um Verkauf von Volksvermögen. Es geht auch nicht um irgendeine Respektlosigkeit. Es geht tatsächlich darum, heuer sind, und zwar wenn mich nicht alles täuscht, am 15. Juli als erste Tranche an die € 250 Mio. fällig. Das ist zu bedienen, da können wir nicht aus.

Jetzt kann man sagen tun wir es rollieren, nutzen wir den Zinsvorteil, behalten wir den hohen Schuldenstand weiter und freuen wir uns darüber, dass wir auch dem gegenüber stehen haben einen gleich hohen oder ähnlichen Vermögensstand des Wohnbaufonds. Aber wesentlich ist ja, dass man von beiden Risikopotentialen herunterkommen. Wir haben ja nichts von einem Wohnbaufonds, in dem sozusagen ein potentiell Vermögen sitzt, wenn wir auf der anderen Seite die hohen Landesschulden immer wieder fortschreiben müssen. Ich halte es für höchst verantwortungsvoll, diese Schulden abzubauen und das Einzige, das momentan am Tisch liegt, das war halt die Idee irgendeiner vorzeitig begünstigten Rückzahlung, irgendeiner Konversion, irgendeiner Beteiligung der hohen Schulden, die die Gemeinnützigen beim Land haben. Es gibt sonst keine Idee. Wenn es eine bessere gibt, reden wir gerne darüber. Derzeit denken wir aber darüber nach und weil Du immer sagst dem Vermögen stehen Schulden gegenüber, ja, das ist einfach die Idee beides runterzubringen, damit die Bedrohung für den Landeshaushalt für die zukünftigen Jahrzehnte nicht so groß ist. Mehr ist es nicht. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Ich sehe derzeit keine weiteren Wortmeldungen. Bitte Herr Klubvorsitzender!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Josef Scheinast!

Wenn ich sage, dass die Bilanzsumme des Wohnbaufonds mit den Altdarlehen, die muss man ja mitrechnen, die lösen sich ja nicht in Luft auf, das ist ja auch ein besichertes Vermögen, das draußen ist bei den Darlehensnehmern, und das ist auch kein Bericht, den ich in Auftrag gegeben habe, sondern das ist ein Bericht, den die Regierung in Auftrag gegeben hat und die Regierung bezahlt hat, den PwC-Bericht. Da kommt heraus, wenn man die Fondsdarlehen und die Altdarlehen und mit den Zinsrückflüssen das zusammenaddiert, dann hat halt der Wohnbaufonds oder die Wohnbaufinanzierung eine Bilanzsumme von € 2,895 Mrd. Dem gegenüber stehen Verbindlichkeiten von € 598 Mio. Das heißt die € 600 Mio., die der Herr Landesrat heute schon angesprochen hat. Und um das geht es.

Dann immer so zu tun als ob da etwas verwechselt wird, das Vermögen mit den Schulden, Josef, das stimmt so nicht. Ich weiß ja nicht, ob Ihr den PwC-Bericht bekommen habt, dann könntest Du das natürlich nachlesen und dann könnte man natürlich auch, und da möchte ich Deinen Faden noch einmal aufgreifen, nochmals wiederholen, was ich gesagt habe. Man kann natürlich mit einem Zinssenkungsprogramm genau dasselbe für die Mieterinnen und Mieter erreichen. Das ist unser Vorschlag. Du hast gesagt, wenn ein guter, vernünftiger Vorschlag am Tisch liegt, dann ist es vielleicht wert darüber zu reden. Dann reden wir darüber. Reden wir auch was machen wir mit der Überliquidität, die der Wohnbaufonds aufgebaut hätte, eine Überliquidität von über € 100 Mio. Auch diese Überliquidität, die hätten wir für verschiedene Maßnahmen einsetzen können und er hat natürlich auch in der Zinsfinanzierung Zinsüberschüsse, die beträchtlich sind. Auch die kann man auf verschiedenen Ebenen natürlich einsetzen.

Also Möglichkeiten gibt es an der Anzahl viele und natürlich sind Fremdfinanzierungen auch zu bedienen und da gibt es auch die Überprüfungen der Wohnbaufonds, der hätte natürlich auch in seinem Modell seine Fremdfinanzierungen bedienen können. Auch mit den Rückflüssen, Teile der Rückflüsse bzw. der Zinsrückflüsse wäre das zu bewerkstelligen gewesen. Aber man hat ihm ja auch diesbezüglich keine Chance gelassen, sondern nach dem Regierungswechsel war einfach die Devise dieser Fonds muss weg. Nochmals wiederholend sozial muss es nicht sein, aber neu muss es sein. Das war die Ansage und es tut mir leid. Das wäre ein Ansatz gewesen, gerade was die Grüne Gemeinwohlökonomie betrifft, ein Zeichen zu setzen, dass wir das in Salzburg anders machen.

Ich war letzte Woche bei einer bundesweiten Wohnbautagung und da haben alle bis hin zu Marktliberalen das System des Geldverschenkens in Salzburg sehr, sehr scharf kritisiert und gesagt das ist kein guter Weg in die Zukunft, das ist eine falsche Ansage. Zu unseren vier

gestellten Fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir eigentlich überhaupt keine Antwort gekriegt. Jetzt hat man im Dezember dieses Gesetz in der Regierung verabschiedet. Wir haben es im Landtag im Jänner behandelt und jetzt sind die Verordnungen immer noch nicht da. Ja, was wird in diesem Ressort eigentlich gearbeitet? Da wird mit falschen Taschenspielertricks versucht, den Leuten ein X für ein U vorzumachen.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehe ich mich veranlasst, eine Sitzungsunterbrechung zu beantragen, weil ich brauche dringend Klubberatungen im Sozialdemokratischen Landtagsklub, weil wir der Meinung sind es gehört geklärt und überlegt, ob dieser Landesrat auch noch das Vertrauen dieses Parlaments hat.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich ersuche die Landtagssitzung für einige Minuten zur Beratung zu unterbrechen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ich unterbreche die Sitzung des Landtages für zehn Minuten und wir sehen uns in zehn Minuten hier wieder im Saal zur Fortsetzung unseres Plenartages.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:27 – 12:39 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche, die Plätze wieder einzunehmen. Nach zehnminütiger Unterbrechung setzen wir unsere Sitzung fort. Wir sind noch immer im Top 6. Wortmeldungen zu Top 6? Bitte, Herr Klubvorsitzender Steidl!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion stellt hiermit nach ihren Klubberatungen den Antrag betreffend die Versagung des Vertrauens gegenüber Landesrat Hans Mayr und ich darf das in einigen Punkten auch wie folgt kurz begründen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (unterbricht): Entschuldigung, lieber Herr Klubvorsitzender! Der Misstrauensantrag, den Du einbringst, ist nach Beendigung des Tagesordnungspunktes erst einzubringen und auch dann wird eine Debatte geführt. Ich habe daher vorher zu fragen, ob es noch andere Wortmeldungen gibt außer die Deine jetzt, die ja schon zum Misstrauensantrag führt, der ist aber geschäftsordnungsmäßig erst nach Abschluss des Ta-

gesordnungspunktes möglich. Zum Abschluss der Tagesordnung haben wir aber noch dreizehn Minuten, weil noch die 45 Minuten der Gesamtdauer nicht verbraucht sind. Daher zuerst meine Frage, ob es inhaltlich zur dringlichen Anfrage von anderen noch Wortmeldungen gibt, denn diese Zeit ist noch offen. Ich sehe, Kollege Mayer und auch der Herr Landesrat Mayr haben sich zu Wort gemeldet. Die Zeit ist noch übrig - Mitglieder der Landesregierung und des Landtages sind laut § 78 bei den dringlichen Anfragen redeberechtigt und die Zeit dafür fünf Minuten. Ich darf Dich bitten.

Klubvorsitzender Abg. Steidl (setzt fort): Danke, Frau Präsidentin, für die Aufklärung des Fahrplanes. Dann werde ich auch die Einbringung erst nach Begründung machen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte. Und jetzt hat Kollege Mayer das Wort. Du hast fünf Minuten zum Inhalt der Dringlichen Anfrage jetzt.

Abg. Mag. Mayer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrter Herr Landesrat Mayr! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich fasse mich kurz, damit ich Dir, Herr Landesrat, auch noch ein bisschen Zeit von den dreizehn Minuten übrig lasse und darf schon feststellen, dass ich einigermaßen erstaunt bin.

Erstens zu einer tatsächlichen Berichtigung: Es ist im Ausschussprotokoll nachzulesen, dass Du, sehr geehrter Herr Klubobmann, gesagt hast, dass das Round-Table-Ergebnis zu akzeptieren wäre. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Du sagst es, wäre!)

... Ich kann gerne das angeforderte Schriftstück beibringen und je öfter Du das Gegenteil ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Wäre!)

... Ja, ja, das heißt eine Zustimmung der Sozialdemokratie auf ein Zuschussmodell und jetzt distanzierst Du Dich die ganze Zeit. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Nein, nein, nein, nein, nein.)

... Du distanzierst Dich von dem Round-Table-Ergebnis, weil es im Nachhinein ein bisschen blöd ist, dass man zugegeben hat, dass das alte Fondsmodell nicht mehr funktioniert hat. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Nein, finde ich nicht.)

... Es ist geradezu beeindruckend, dem Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl vorzuwerfen, er würde hier nicht richtig oder nicht sachgemäß informieren. ...

(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Genauso ist es!)

... Es war sein Vorgänger, der den Landtag bewusst belogen hat. Es war sein Vorgänger, der den Landtag bewusst belogen hat! Und jetzt ein Instrument in den Raum zu stellen, das demokratiepolitisch eines der schärfsten ist, das demokratiepolitisch eines der schärfsten ist, da frage ich denn, auf was hin? Was hat der Herr Landesrat Mayr angestellt, dass ihm das Vertrauen zu entziehen ist?

Er hat den "Saustall" aufgeräumt, er hat ein super neues Modell aufgestellt und er hat – wie stets angekündigt – geschaut, wie kommen wir von unseren Schulden runter. Wenn er ein Modell hat, wird er den Landtag informieren und dann werden wir die geeigneten Beschlüsse fassen. Der Landesrat Mayr hat nichts getan, was ihm vorzuwerfen wäre. Und der Antrag eines Misstrauens ist als politisches Spielchen – verzeihen Sie bitte die Ausdrucksweise – nur schäbig und billig! (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Es gibt jetzt noch die Möglichkeit für den Herrn Landesrat, zur Dringlichen Anfrage fünf Minuten Stellung zu nehmen.

Landesrat Mayr: Ich möchte es in meiner Art machen und sachpolitisch Stellung nehmen zu dem, was gesagt worden ist.

Lieber Klubobmann Steidl! Ich weiß nicht, ob Du die Rechnung angestellt hast. Diese Zinssatzsenkung um ein Prozent, mit welchem Betrag das Landesbudget dadurch belastet werden würde. Das wäre ich sehr gespannt. Ich weiß es. Ich schaffe diese Rechnung gerade noch. Es wäre wieder genau das Gießkannenprinzip. Es ist ja bekannt, dass die ehemalige Frau Landeshauptfrau zwei geförderte Mietwohnungen gehabt hat und ...

(Zwischenruf Abg. Ing. Mag. Meisl: Eine bewusste Falschheit!)

... genau die wäre auch in den Genuss gekommen, wenn wir wieder mit der Gießkanne darübergefahren wären. Wir machen es anders. Wir machen es so, dass wir genau dann, ...

(Zwischenruf Abg. Ing. Mag. Meisl: Das ist eine bewusste Falschheit, dass die Frau Landeshauptfrau zwei Mietwohnungen gehabt hat!)

... wenn Menschen über eine gewisse Grenze des Mietaufwandes kommen, dann wird abgesenkt.

Erstens: Wir haben die Einstiegshürde für die Wohnbeihilfe um zwanzig Prozent zugunsten der Menschen verbessert, d.h. wesentlich mehr Menschen werden eine Wohnbeihilfe für ihre Mietwohnung bekommen. Wir haben im privaten Bereich die Wohnbeihilfe aufgemacht für befristete Mietverträge. Und das, was die SPÖ jetzt kritisiert, die vorzeitige Rückzahlung, das ist eben nichts anderes wie Euer eigenes Modell. Das hat es ja bis zum 31.12.2012 gegeben und jährlich sind viele, viele Millionen vorzeitig zurück bezahlt worden.

Und wenn wir jetzt von einer Geldverschenkungsaktion sprechen, dann ist es genau das, was wir jetzt sanieren müssen, mit € 500 Mio. an endfälligen Krediten und mit den € 520 Mio., die wir aufwenden müssen für die Entgeltminderungsverordnung, damit wir alte Mietverträge stützen können.

Es ist jetzt genau die Situation, wo populistische Parteipolitik gegen pragmatische Sachpolitik antritt. Eigentlich, wenn man all das hört, mit wie viel Geld die Menschen in diesem Land belastet worden sind durch Menschen, durch Politiker der vergangenen Legislaturperioden, die mit unsachgemäßen Handlungen diese Schäden verursacht haben. Eigentlich müsste es einen Misstrauensantrag gegen die SPÖ Salzburg geben! (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Dann ist der Tagesordnungspunkt 6.1 hiermit beendet. Bitte, Herr Klubvorsitzender!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Damit nochmals von vorne. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion stellt betreffend die Versagung des Vertrauens gegenüber Landesrat Hans Mayr fest und ich darf das kurz wie folgt begründen:

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (unterbricht): Ich tu es wirklich ungern, Herr Klubvorsitzender! Laut Geschäftsordnung hast Du mir bitte diesen Antrag ...

Klubvorsitzender Abg. Steidl (setzt fort): Ja, den hättet ihr dann schon gekriegt, ein bisschen Geduld!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Aber ich muss ihn prüfen, ob er formell richtig ist, bevor man ...

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ist ja unglaublich!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Nein, das ist es nicht! Ich halte hiermit fest: Der Antrag ist der Präsidentin zu übergeben, die hat die formelle Richtigkeit zu überprüfen und dann bekommst Du das Wort zur Begründung.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Frau Präsidentin! Ich habe den Antrag formell noch gar nicht gestellt, sondern ich habe angekündigt, dass wir einen Antrag stellen werden und möchte das begründen. Und dann hätte ich Dir den Antrag auch übermittelt. Ich glaube, das wäre auch geschäftsordnungskonform gewesen. Aber egal, man versucht die Opposition natürlich immer wieder bei den Spielregeln zu torpedieren. Das haben wir ja auch schon einmal erlebt bei der Anfrage Volksbefragung, wo wir sozialdemokratischen und freiheitlichen Abgeordneten beweisen haben müssen, dass wir überhaupt existieren. Und das Mikro vielleicht kann man auch einschalten, damit also hier die Wortmeldung nicht unterdrückt wird!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Führung des Wohnbaurechts gab vor allem betreffend die Wohnbauförderungsmittel in den vergangenen eineinhalb Jahren mehrfach Anlass zur Kritik. Nicht nur auf der Ebene der Opposition, sondern auch außerhalb des Parlaments. Ob es Nicht-Regierungsorganisationen waren, die dieses neue Gesetz massiv kritisiert haben oder ob es Teile der Zivilgesellschaft waren, die auch im Begutachtungsverfahren da und dort ihre Meinung abgegeben haben. Diese Kritik stützt sich insbesondere auf nachfolgende Punkte, die den Anschein einer Klientelpolitik zugunsten von Banken aber auch gut Verdienenden und somit Objektivität und Fachkompetenz von Landesrat Mayr unserer Meinung nach und Auffassung infrage stellen.

Am 30. April 2014 wurde der dringliche Antrag der SPÖ zur Durchführung einer Volksbefragung zum geplanten Verkauf der Wohnbaudarlehen mit folgender Begründung von Landesrat Mayr abgelehnt. Ich zitiere auszugsweise aus dem Wortprotokoll: "Der Herr Landesrat sagt, dass es noch zu früh sei, um eine Entscheidung zu treffen. Sobald die Entscheidungsgrundlagen auf dem Tisch liegen, werde er wie immer transparent vorgehen und die Landesregierung werde alle Fraktionen zu einem Round Table einladen." Ich habe bis heute noch keine Einladung gekriegt, ich weiß nicht, ob die FPÖ eine Einladung bekommen hat zu einem Round Table, um dieses Thema auf der Sachebene gut zu besprechen und auszutauschen. Landesrat Mayr spricht sich weiter, spricht sich jedenfalls für eine Bürgerbefragung aus, sobald alle Fakten bekannt seien und die Bevölkerung auch informiert werden könne.

Ich habe heute schon angesprochen das Ergebnis des Round Tables und betone nochmals und das ist auch ein Punkt, warum wir kein Vertrauen mehr in den Herrn Landesrat setzen, weil das Ergebnis mir nichts dir nichts am selben Tag, wo es der Öffentlichkeit präsentiert und vorgestellt wurde, in die Rundablage entsorgt wurde und daher, das war eine Brückierung und eine Respektlosigkeit sondergleichen, so was hat es in diesem Land bisher noch nicht gegeben gegenüber öffentlichen Institutionen dieses Landes!

Auch der PwC-Bericht hat eines gezeigt, dass das Wohnbaufondsmodell sehr gut in die Zukunft zu führen gewesen wäre. Und der Landesrat Mayr hat auch noch während der Begutachtungsphase des neuen Wohnbauförderungs- und Sanierungsgesetzes Informationsabende mit Geldinstituten angekündigt, ja, weil man halt irgendwie ein paar Abende organisiert, unter Freunden, diejenigen, die in Zukunft das Geschäft machen werden – auch nicht meine Diktion, das hat man in den Salzburger Nachrichten nachlesen können mit diesen berühmten € 150 Mio., wie die Salzburger Nachrichten in der Überschrift titelten. Bis heute sind nicht alle notwendigen Verordnungen ergangen, obwohl das Gesetz am 1. April 2015 in Kraft getreten ist. Und der Gipfel war natürlich jetzt in den letzten Tagen. Die unqualifizierte Aussage von Landesrat Mayr in einer Salzburger Zeitung vom 27. April. Und der 27. April ist nicht irgendein Datum in dieser Republik, sondern ist der Jahrestag der Wiedererlangung der demokratischen Freiheit und der Bürgerrechte. Und da sagt man den Bürgern und richtet den Bürgern aus, ihr habt keine Ahnung, ihr braucht das nicht bestimmen. Und zum einen noch, auch in diesem Zusammenhang erwähnt, das, dass wir hier heute einen Misstrauensantrag einbringen, das ist ein demokratisches Grundrecht, ein parlamentarisches, auch einer Minderheit und das sollte auch so gesehen und zur Kenntnis genommen werden.

Daher stellen wir den Antrag, der Frau Präsidentin bereits übergeben, der Salzburger Landtag wolle beschließen: 1. Der Salzburger Landtag versagt gemäß Art. 39 Abs. 1 Landesverfassungsgesetz von 1999 dem Mitglied der Landesregierung Hans Mayr das Vertrauen. 2. Für diesen Antrag wird gemäß § 65 Abs. 3 Geschäftsordnung des Salzburger Landtages beantragt, von einer Vorberatung abzusehen. 3. Diesen Antrag gemäß § 41 Abs. 1 Geschäftsordnung Landtag geheim abzustimmen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals für den Antrag. Gemäß § 60 Abs. 2 Landtags-Geschäftsordnungsgesetz hat jeder Antrag, der eingebracht wird, auch grundsätzlich zu enthalten, welchem Ausschuss er zugewiesen werden soll. Gleichzeitig wurde hier aber beantragt, auf die Vorberatung zu verzichten und ich würde vorschlagen, dass wir zuerst gleich über den Verzicht auf die Vorberatungen im Ausschuss abstimmen und dann in die Debatte gehen, um dann eine ununterbrochene Debatte führen zu können.

Daher stelle ich die Frage, ob Sie dem Antrag auf den Verzicht auf die Vorberatung im Ausschuss zustimmen. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Damit wurde einstimmig auf die Vorberatung im Ausschuss verzichtet und ich eröffne hiermit die Debatte und ersuche um Wortmeldungen zum Thema Misstrauensantrag. Bitte!

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsmitglieder! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen im Landtag!

Ich bin eine Verfechterin der Demokratie. Und ich werde die Demokratie schützen bis aufs Letzte! Und es ist gut, dass wir Möglichkeiten und Maßnahmen haben, wenn es notwendig ist, dass wir auch entsprechende Maßnahmen, Instrumente verwenden.

Eines dieser Instrumente wurde jetzt von der SPÖ zu einem Zeitpunkt aus dem Hut gezogen, wo das an Verhältnismäßigkeit überhaupt nicht zu diskutieren ist. Es geht hier um einen Misstrauensantrag gegen ein Regierungsmitglied, das die letzten Monate damit verbracht hat, diesen "Saustall" in der Wohnbauförderung aufzuräumen, der seine Zeit damit verbracht hat, in einer Roadshow durchs Land zu ziehen, um die Bevölkerung zu informieren über die Pläne und Ziele dieser Regierung. Es ist ein Misstrauensantrag gegen ein Regierungsmitglied, das sich voll einsetzt und der jetzt auch schon beste Rückmeldungen bekommen hat aus der Bevölkerung. Und nicht nur er, sondern alle Mitglieder der Landesregierung und auch der Koalitionsparteien. Ich bin also eigentlich enttäuscht darüber, wie hier mit demokratischen Mitteln umgegangen wird und ich muss auch zugeben, ich bin auch enttäuscht darüber, dass wir hier über solche Dinge überhaupt diskutieren müssen! Für mich eine Verschwendung von Lebenszeit.

Ich hoffe und bitte die Medien hier um eine wirklich sachliche Darstellung. Denn das Brüllen verstärkt nicht die Argumente. Und das möchte ich hier auch sagen. Ich setze mich ein für eine sachliche Diskussion in diesem Haus und für eine wirkliche Verhältnismäßigkeit in der Wahl der Mittel. Vielen Dank! (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler. Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Hoher Landtag! Geschätzte Regierungskollegen!

Ich will gar nicht lange herumreden. Ich bin extrem betroffen. Extrem betroffen über die Art und Weise, wie ein so scharfes Instrument in dieser Sache eingesetzt wird, und auch über die Vorgangsweise. Alle, die hier im Raum sitzen und auch im Untersuchungsausschuss

miterlebt haben, wie schwierig und wie hart die Zeit war, zu erkennen, welche Probleme, welche Missstände, welche Systemfehler in diesem Land aufzuarbeiten waren, haben mit sehr viel Arbeitseinsatz versucht, das Ganze zum Wohle dieses Landes wieder auf gute Beine zu stellen. Und ich glaube, dass uns das gerade auch im Untersuchungsausschuss trotz aller Schwierigkeiten ziemlich gut gelungen ist und wir haben da auch über Salzburgs Grenzen hinaus einen gewissen Respekt und Anerkennung bekommen, wie sachlich und gut wir da zusammengearbeitet haben. Und das Regierungsteam ist eigentlich jetzt in den letzten zwei Jahren über die Grenzen von manchen Parteiideologien und auch inhaltlichen Auffassungsunterschieden, glaube ich, sehr gut gelungen. Es hat selten in diesem Landtag so intensive, vor allem im Ausschuss, so intensive Debatten mit Änderungen, mit Fünf-Parteien-Einigungen gegeben und ich glaube auch, dass es von außen beobachtet und geschätzt wurde, dass in diesem Landtag eine gewisse Bewegung, eine gewisse spürbare Bereitschaft da war, sich stärker auf eine inhaltliche Lösung zu konzentrieren und nicht immer so vorgefestigte Meinungen zu vertreten, sondern da war Flexibilität spürbar, da war das Bemühen immer noch spürbar, sich für dieses Land einzusetzen.

Und was ich sehr bedauerlich finde, dass, obwohl bereits ein Dringlicher Antrag für Nachmittag eingebracht worden ist zu dem Thema Wohnbauförderungsfonds und wir Kritik nehmen können und bereit sind, uns dieser Kritik zu stellen, auch in der Regierung, dass man dann trotzdem derart überschießend zu diesem Mittel greift und einen Antrag, einen Misstrauensantrag einbringt, von dem alle, die an der Aufarbeitung oder Vorgeschichte beteiligt waren, wissen müssen, wie ungerecht, wie sachlich falsch und wie überzogen dieser Antrag ist. Das werfe ich Euch vor, dass ihr mit einem so scharfen Instrument genau die falsche Person jetzt zu treffen versucht. Und gerade, weil ich in den letzten Monaten mit Landesrat Mayr, mit meinem Regierungskollegen, so viel in dieser Causa Wohnbauförderung zu tun hatte, unterwegs war und seinen Einsatz, sein Bemühen, seine Kenntnis, seine Professionalität und auch die Offenheit, sich wirklich allen Meinungen zu stellen und einzubeziehen, gerade weil ich mit ihm so viele Stunden verbracht habe, halte ich es auch für persönlich ausgesprochen unpassend und für den Landtag und das bisher konstruktive Klima extrem schädlich, destruktiv und nicht die Anerkennung für das, was er wirklich in diesem letzten Jahr und Jahren auch geleistet hat. Ich möchte das einfach noch einmal so aussprechen, so offen ansprechen und direkt und Euch nochmal ersuchen, diesen Antrag zu überdenken, ob ihr nicht dem Klima und auch der guten Zusammenarbeit in diesem Haus um vieles mehr schadet, als es möglicherweise eine Meldung am Abend in "Salzburg heute" wirklich wert ist. Denn da geht es um die Sache. Und wir sind alle auf die Verfassung angelobt und wir sind verpflichtet, für dieses Land gut zu arbeiten. Bitte überdenkt diesen Antrag noch. Es bringt Euch sicher auch hohen Respekt, wenn ihr von einem derartigen Instrument bereit seid, auch zurück zu treten. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als weitere Wortmeldung Herr Klubvorsitzender Steidl!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jetzt ist die Zeit gekommen, wo man vielleicht auch die jüngere Geschichte nochmals bemühen muss und aufzeigen muss, wer für die Interessen dieses Landes eintritt und wer nicht für diese Interessen eintritt. Und man muss eigentlich zurückgehen, zu all der Causa, die wir hier zum Aufarbeiten haben, in das Jahr 2001 und muss nochmals die Frage stellen, wer hat all das, was uns das eingebrockt hat in der Finanzcausa, wer hat das erfunden und wer hat das begonnen? Und viele in diesem Raum verschließen die Augen vor dieser historischen Entwicklung. Da kannst Du den Kopf schütteln, Frau Kollegin Sieberth, aber das entspricht letztendlich der Wahrheit. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Wer hat den Landtag belogen?)

... Das entspricht der Wahrheit und wir wissen auch, das war Teil des Untersuchungsausschusses und auch vieler anderer Institutionen, die sich das Thema gut angesehen haben oder sich dem Thema gewidmet haben. Und letztendlich war es eine Abteilung, die unkontrolliert gearbeitet hat. Unkontrolliert von ihren Vorgesetzten, unkontrolliert vom obersten Beamten des Landes, unkontrolliert von den Rechnungshöfen – sei es der Landesrechnungshof oder sei es der Bundesrechnungshof -, unkontrolliert gearbeitet hat gegenüber dem Finanzministerium, gegenüber der OeBFA – ein Finanzierungsinstrument des Bundes - und auch der Finanzmarktaufsicht und auch unkontrolliert in der Verantwortung der Regierung. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Zur tatsächlichen Richtigstellung!)

... Unkontrolliert in der Verantwortung der Regierung. Und da meine ich auch das letzte Regierungsmitglied aus der vergangenen Regierung, den Herrn Landeshauptmann, weil der tut immer so, als wäre er nirgendwo dabei gewesen und er trägt keine Verantwortung, was die Vergangenheit betrifft.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren! Was den konstruktiven Stil betrifft, hier in diesem Hohen Hause, den kann man der Sozialdemokratie sicherlich nicht absprechen. Ich darf auch erinnern an den Dezember 2013. Und dieser Dezember 2013 hat einen Fünf-Parteien-Antrag verabschiedet, wo es um die Finanzcausa gegangen ist und dass wir wieder ordentliche Arbeitsbedingungen und Verhältnisse in der Regierung bekommen, nämlich die Entlassung aus der Zwei-Drittel-Mehrheit, wenn es um die Finanzen des Landes geht, wenn es um

den Aufbau eines Budgetdienstes geht und weitere Maßnahmen. Ich brauche also den Antrag ja nicht nochmals referieren, er dürfte ja in Erinnerung sein.

Und wir haben das gemacht in einer Konstruktivität, ohne irgendein Gegengeschäft. Und da darf ich auch nochmals den Mai und den Juni bemühen, wo der Abgeordnete Schwaighofer bei mir im Büro gesessen ist am Mozartplatz und wo er eigentlich einen Deal machen wollte, das dann nachträglich auch Parteiengespräche im ÖVP-Klub mit sich gezogen hat, so quasi wenn ihr eine zweite Präsidentin wollt in diesem Hohen Haus, dann müssten wir schauen mit diesem Art. IV glaube ich ist es, wegen dieser 2/3-Mehrheit. Da habe ich gesagt, diesen Deal mache ich nicht. Dann haben wir halt den zweiten Präsidenten nicht. Und ja, es ist dann letztendlich auch anders ausgegangen. Also diesen Personaldeal, Du wirst Dich ja noch erinnern können, wie Du bei mir am Mozartplatz gesessen bist und mir diesen Vorschlag unterbreitet hast. Also das sind letztendlich die Wahrheiten, die also hier auch angesprochen werden müssen. Und wir sind die einzige politische Partei, die hier im Hohen Hause vertreten ist, die sich ihrer Verantwortung, ich sage es immer, die Hypothek der Verantwortung aus der Vergangenheit, auch bewusst ist. Und wir handeln in diese Richtung auch. Aber die zweite Partei, die hier in der Regierung verantwortlich war, die ÖVP, die hat für sich noch nie reflektiert, was ist ihr Teil der Verantwortungen, sondern man geht einfach her in einer Art Fingerzeigpolitik und sagt immer "Die Roten waren es.". Und das machen die Grünen genauso und auch die vom Team Stronach.

Das als Antwort, sehr geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin zum konstruktiven Stil. D.h. das, was also hier immer gemacht wird, dass also ein Teil irgendwie die Ohrenklappen und die Scheuklappen anzieht und sagt, war ich nirgendwo dabei, mein Name ist Hasi, war nirgendwo dabei, das ist auch kein konstruktiver Stil und der ist auch nicht fair. Der ist nicht fair gegenüber diesem Land. Und wir werden letztendlich an unserem Antrag festhalten, weil es genug Gründe gibt in diesen eineinhalb Jahren, die die Wohnversorgung zum einen für die Bevölkerung in eine Richtung bringt, die nicht gut ist, die nicht sozial ist. Natürlich kann ich den Wahrheitsbeweis jetzt hier und heute nicht antreten. ...

(Zwischenruf Abg. Konrad MBA: Oh!)

... Das wird die Zukunft weisen. Aber mit dieser Meinung stehe ich ja nicht alleine da, weil in Zeiten wie diesen das Geldverschenken einfach nicht intelligent und nicht klug ist. Das sage nicht ich, sondern das sagen profundere, vom Herrn Schulmeister, der kürzlich in Salzburg war abwärts, der letzte Woche bei dieser Wohnbautagung dabei war und nur den Kopf geschüttelt hat, wie man in Salzburg ein derartiges Modell umsetzen kann. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Abgeordneter Mayer zur tatsächlichen Berichtigung!

Abg. Mag. Mayer: Ich würde sogar gerne zwei tatsächliche Berichtigungen anbringen.

Erstens, die Aussage, dass die Wohnbauabteilung unkontrolliert gearbeitet hat, ist falsch. Es gab mehrfache Anfragen. Es gab mehrfache Anfragen, unter anderem durch die Abgeordnete Rosemarie Blattl. Sie hat detailliert nach Fremdwährungsspekulationen gefragt. Die zuständigen Ressortverantwortlichen der SPÖ haben schlicht und ergreifend die Ausschüsse und den Landtag falsch informiert. Die erste tatsächliche Richtigstellung.

Die zweite tatsächliche Richtigstellung betrifft sich auf die Begründung des Misstrauensantrages. Als Begründung gilt das neue Wohnbauförderungsgesetz, für das der Landesrat verantwortlich gemacht wird. Ich darf tatsächlich richtigstellen, dass dieses Gesetz im Hohen Haus mehrheitlich beschlossen worden ist und dass es somit ein Anschlag auf die Demokratie ist, wenn man gegen mehrheitlich demokratische Beschlüsse in dieser Art und Weise vorgeht. Es ist zu akzeptieren, wenn es einen mehrheitlichen Beschluss gibt, mit dem die Exekutive nichts zu tun hat.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Zur tatsächlichen Berichtigung, Frau Präsidentin!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Jetzt haben wir eine tatsächliche Berichtigung zur tatsächlichen Berichtigung von Klubvorsitzenden Steidl.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ja, genau. Ich habe in meinen Ausführungen nicht die Wohnbauabteilung namentlich genannt, sondern ich habe von einer Abteilung gesprochen, ja, also nicht Wohnbauabteilung, sondern mein Terminus war ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Die Finanzabteilung unter SPÖ-Ressortführung.)

... lass mich ausreden, ich habe Dich auch ausreden lassen. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Mayer: Nicht immer.)

... Ich habe von einer Abteilung gesprochen und nicht von der Wohnbauabteilung und zur Präzisierung, ich habe natürlich die Finanzabteilung gemeint.

Abg. Mag. Mayer: Dann darf ich tatsächlich berichtigen, dass auch die Finanzabteilung kontrolliert worden ist und dass auch die Finanzabteilung nur unter SPÖ-Ressortführerschaft falsch informiert hat.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr, Entschuldigung, bitte Herr Klubobmann Naderer, dann Schwaighofer, dann Konrad.

Klubobmann Abg. Naderer: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Es ist am Vormittag gesagt worden, dass Sie überrascht sind, dass zwar ein extremes Mittel in dieser Sache von der Sozialdemokratie benützt wird. Mich überrascht es eigentlich nicht, denn wenn ein Ertrinkender versucht, sich zu retten, dann schlägt er auch herum, unabhängig davon, ob er vielleicht seinen Retter damit auch nach unten zieht. Und das, das könnte man nach den Umfragewerten, die man so sieht, von der Sozialdemokratie ja durchaus annehmen, dass hier ein Ertrinkender um sich schlägt. ...

(Zwischenruf Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Das sagst gerade Du!)

... Außerdem finde ich es wie einen Treppenwitz der Geschichte, dass genau jene Partei und ich betone es, jene Partei, die für diesen Spekulationsskandal in Salzburg die Hauptschuld trägt, egal, wieviel ihr jetzt versucht, woandershin noch abzuladen, dass genau jene Partei einen emsig arbeitenden Landesrat, der schon sehr viele Erfolge verzeichnen kann, der in der Verkehrspolitik Maßstäbe gesetzt hat, der jetzt mit der Stadtregionalbahn wieder neue verkehrspolitische Akzente setzen konnte, der ein super Wohnbauförderungsgesetz in unzähligen Sitzungen auf die Füße gestellt hat, der wirklich eine Arbeitsbiene ist in dieser Regierung, dass genau gegen jene Person ein Misstrauensantrag abgegeben wird. Ein Misstrauensantrag, natürlich nicht deswegen, weil er sachlich gerechtfertigt ist, sondern weil man sich eines guten Sachpolitikers einfach entledigen will. Und ich muss einfach sagen, dieses zwei Milliarden Loch, das hat nicht das Team Stronach verursacht. Wir sind erst seit eineinhalb Jahren da. Das zwei Milliarden Loch hat ein gewisser Lügen-Landeshauptmann-Stellvertreter verursacht, in dessen Zuständigkeitsbereich war das. Und wenn zuerst die Konversion angesprochen worden ist, dass die gut war: Die € 350 Mio. haben lediglich für ein Jahr eine Mietensenkung gebracht, zufälligerweise für das Jahr 2009, wo Landtagswahlen waren, dann sind die Mieten wieder extrem angestiegen. Ich denke, wir können uns alle ein Bild darüber machen, was die wirklich tiefe Motivation der SPÖ ist, diesen Schritt zu setzen und das Hohe Haus, da bin ich mir ganz sicher, wird dieser schlechten Intention nicht folgen. (Beifall der ÖVP, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Herr Klubobmann Schwaighofer, bitte!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte als erstes es noch einmal bekräftigen, was die Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler gesagt hat – das ist im Sinne im Prinzip das, was ich auch meine. Ich möchte auch den Appell noch einmal erneuern, sich einfach zu überlegen, welche Bruchstelle man mit diesem Antrag jetzt schafft in dieser Legislaturperiode. Ich habe mir auch angeschaut und mitgeschrieben die Begründung, die Walter Steidl vorgebracht hat und ich tue mir extrem schwer, da die Dinge zu finden, die wirklich dieses Instrument rechtfertigen würden. Man kann sagen, ich bin mit dem, was als Ergebnis herausgekommen ist, nicht einverstanden, ja natürlich, das wird oft so sein in der Politik, speziell auch zwischen Regierung und Opposition. Man kann sagen, ihr habt von mir aus die Wohlhabenden zu sehr bevorzugt bei der Vorlage des Wohnbauförderungsgesetzes. Kann man auch, das ist eine Haltung, die halt politische Unterschiede sichtbar macht.

Aber zum Beispiel die Fachkompetenz von ihm zu bestreiten, das war ein Zitat, das halte ich schon für schlichtweg voll daneben, also weil ich wüsste niemand da herinnen oder nicht sehr viele - vielleicht bist Du die einzige Ausnahme -, die im Bereich Wohnbauförderung und sich mit diesen Dingen auseinandersetzen, ähnliche Erfahrung aus langjähriger Bankarbeiter mitbringen könnte, da in unserer Runde, als in dem Fall den Hans Mayr. Ich sage auch dazu, ich bin, das weiß der Hans Mayr genau, ich bin in unserer gemeinsamen Zeit in Goldegg manchmal nicht seiner Meinung gewesen. Ich habe bei manchen Dingen gemeint, das hätte ich vielleicht anders gemacht. Aber ich habe eines festgestellt und dazu stehe ich und das sage ich auch gerne da heraußen, ich respektiere voll und ganz seinen unglaublichen Einsatz. Wir waren sehr lästig, alle fünf Parteien, wie wir da sind, sehr lästig. Ständig wollten wir wieder was neu hören, ständig wollten wir neue Berechnungen, weil wir einfach gute Entscheidungen treffen wollten, bestmögliche Entscheidungen treffen wollten, alles abwägen wollten. Und da zu sagen, er hätte nicht alles versucht, möglichst viele Gruppierungen, Menschen einzubinden, finde ich einfach auch völlig ungerechtfertigt.

Wenn der PwC-Bericht etwas herausbringt, das ihr goutiert, wo ihr der Meinung seid, das stützt eure Argumentation, ja. Wenn er der Meinung ist, es ist trotzdem nicht so, dass wir dieses Instrument des Wohnbaufonds fortführen sollen, dann ist das eine politische Meinung, die aber aus meiner Sicht kein Fehlverhalten darstellt, das einen Misstrauensantrag auch nur annähernd rechtfertigen würde.

Und mir ist es ein großes Anliegen und darum bin ich auch ziemlich perplex in dieser Sache, dass wir in einer Art und Weise miteinander umgehen in diesem Hohen Haus, die von Wertschätzung und Respekt getragen ist. Und diese Wertschätzung und den Respekt vermiese ich mit so einem Antrag, mit so einer Waffe, die man da ausfährt. Das passt für mich über-

haupt nicht zusammen und darum habe ich gesagt, ich finde das ist eine Bruchstelle. Und diese Bruchstelle sollte man sich jetzt wirklich gut überlegen, ob man diese Bruchstelle, ob man da drüber gehen will. Weil das Ergebnis wird ja relativ klar sein. Dann bleibt übrig heute Abend, wie schon gesagt, ein Bericht darüber, aber eine massive Beschädigung dessen, was man miteinander noch entwickeln soll. Du hast ja zu Recht darauf verwiesen, dass ihr ein konstruktiver Partner seid, wenn es darum geht, ein neues Objektivierungsgesetz zu entwerfen, dass ihr ein Partner seid, der mitdiskutiert beim neuen Kinderbetreuungsgesetz. Das ist meiner Meinung nach eine Vorgangsweise, die wir in dieser Art und Weise bisher nicht gekannt haben und ich bin froh und dankbar darüber, dass ihr dazu auch bereit seid. Weil es würde nichts nützen, wenn wir das wollen und ihr nicht bereit seid. Aber das ist jetzt etwas, das passt da nicht dazu. Das ist mutwillig. Es ist auch beschämend, finde ich, für das, was wir bisher hier gemacht haben. Es ist wirklich beschämend und wenn ich jetzt etwas schärfer werden soll, dann könnte ich auch sagen, ein bisschen wirkt es für mich schon wie eine Verzweiflungstat und ich würde Euch dringlich bitten, das nicht zu tun, diese Verzweiflungstat zu setzen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen. Ihr beschädigt damit etwas, nämlich ein gesamthaft sehr positives Erscheinungsbild dieses Salzburger Politikfeldes, das bisher bestanden hat und das wir so dringend gebraucht haben nach diesem Finanzskandal, wo wir durch alle Medien gewatscht worden sind. Das war mein Appell und damit bin ich am Ende meiner Wortmeldung. Danke! (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Otto Konrad, bitte.

Abg. Konrad MBA: Frau Präsidentin!

Jetzt bin ich relativ neu, neu in diesem Hohen Haus, bin mit einem Thema konfrontiert, was nicht alle Jahre, alle Legislaturperioden zur Diskussion steht, hab meine Vorrednerinnen und -redner gehört und bin mir jetzt sehr wohl bewusst, also weil man ja versucht, jetzt darüber zu debattieren, sachlich zu debattieren, was gewisse Aussagen dann auch für einen Wert haben, nicht nur in der Öffentlichkeit, auch vielleicht sogar hier einen Konsens zu finden.

Was ich nur - vielleicht bin ich auch nur zu dumm, kann ja gut sein -, nicht verstehe, ist auf der einen Seite ein Misstrauensantrag gegen ein Regierungsmitglied, das als Fachmann außer Diskussion steht, ein Regierungsmitglied, das mit der Altlast, die ja unter anderem auch in der Argumentation herangezogen wurde, liebe Fraktionen von FPÖ, ÖVP Entschuldigung, ihr ward genauso in der Regierung drinnen, liebe Opposition, ihr habt ja auch zugestimmt, ist ja Inhalt dieses Misstrauensantrages, wo man sagt, dass gewisse Entwicklungen der Entscheidungen nicht mitgetragen werden. So wie es jetzt meine Vorrednerin, die Frau Daniela Gutschi gesagt hat, man kann dafür oder dagegen sein. Dieses Instrument des

Misstrauensantrags einzusetzen und gleichzeitig zu sagen, ja, aber in vielen Bereichen fehlt mir die Möglichkeit den Wahrheitsbeweis anzutreten, wie es richtigerweise auch auf der anderen Seite - muss man es auch sagen, wir wissen nicht ganz genau, wie sich das in 15 oder 20 Jahren auswirken wird. Aber jetzt genau dieses Instrument einzusetzen, muss ich sagen, entzieht sich meinem Verständnisses und aus dem Grund muss ich ganz ehrlich sagen, ich weiß nicht - sicher es ist natürlich eine populistische Geschichte, es wird am Abend wieder einen Beitrag geben und es wird heißen Misstrauensantrag an Landesrat Mayr. Und eines hat man auch schon aus der Vergangenheit und das hat auch heute noch absolut seine Richtigkeit: Am Gefährlichsten sind jene, die nichts mehr zu verlieren haben. Aber man kann sehr wohl vielleicht im Vorfeld noch mit ihnen diskutieren, ob jene Mittel, die man einsetzt, überhaupt noch zu einer Verbesserung der Gesamtsituation notwendig sein müssen oder überhaupt zu einer Verbesserung führen. Das war meine Ausführung dazu. Ich hoffe, dass wir vielleicht doch noch einen Konsens finden, dieses scharfe Instrument hier nicht einzusetzen. Ansonsten ist meine, unsere Haltung glaube ich, ganz klar, auch wenn es zu einer geheimen Abstimmung kommen würde. Danke! (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Schmidlechner.

Abg. Mag. Schmidlechner: Werte Kolleginnen, werte Kollegen!

Es ist für mich schon sehr fraglich, wenn hier Abgeordnete hergehen und über ein demokratisches Grundrecht - und wir sprechen hier von einem demokratischen Grundrecht, wenn wir einen Misstrauensantrag einbringen -, so zu moralisieren, auf eine Art und Weise, als ob es hier Böse und Gute gebe, weil wir nämlich etwas tun, was uns die Demokratie erlaubt. Es bleibt Euch überlassen als Mehrheit, Herrn Landesrat Mayr zu bestätigen. Das ist überhaupt keine Frage und ihr könnt das machen und wir werden das anerkennen. Aber ich gehe schon davon aus, dass ihr anerkennen werdet und zwar im Sinne von moralischen Kriterien anerkennen werdet, was wir hier als Opposition tun. Und das, was hier passiert, nämlich herzugehen und zu sagen, nein so böse und wir machen Bruchlinien usw., ich meine, bitte, das ist ein Thema der Demokratie. Das ist ein Thema der Demokratie, dass wir hierhergehen und sagen, wir vertrauen diesem Landesrat nicht mehr. Und wenn von Ihnen dieses Thema der Demokratie in Frage gestellt wird, dann ist es mit dem Parlamentarismus weit her - nämlich im negativen Sinne.

Und zum Team Stronach, nichts mehr zu verlieren. Zugegeben, es ist der SPÖ schon besser gegangen. Also die sozialdemokratische Partei ist die zweitstärkste Partei im Bundesland Salzburg. Die sozialdemokratische Partei ist immer noch die stärkste Partei in Österreich und

die sozialdemokratische Partei vertritt in Salzburg sehr viele Menschen und in Österreich noch viel mehr.

Und ich weiß nicht, ob es so sinnvoll ist, auch wiederum im Sinne der Demokratie, irgendeiner Partei, vor allem so einer staatstragenden Partei zuzuschreiben, dass wir nichts mehr zu verlieren hätten. Wir sind hier, weil wir Menschen vertreten. Ihr vertretet die Menschen, die Euch einmal gewählt haben und wir vertreten die Menschen, die uns wählen. Und das soll so bleiben und bitte bleiben wir doch ein bisschen seriöser in der Debatte. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Mayer. Bitte!

Abg. Mag. Mayer: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich versuche, mich kurz zu fassen und die geforderte Sachlichkeit einzuhalten. Ich möchte sagen, dass der Herr Landesrat Mayr unser vollstes Vertrauen besitzt. Ich möchte zweitens sagen, dass die Begründung des Misstrauens keine sachliche Grundlage hat. Die Begründung des Misstrauens bezieht sich ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Deiner Meinung!)

(Zwischenruf Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Deine Meinung!)

... darf ich bitte ausreden, die Begründung des Misstrauens bezieht sich auf einen Beschluss hier im Hohen Haus. Ich kann gut nachvollziehen, dass man mit diesem Beschluss nicht einverstanden ist. Aber er ist mehrheitlich gefallen und das Hohe Haus hat diesen Beschluss, nämlich die neue Wohnbauförderung, mehrheitlich getroffen. Das kann man dem Herrn Landesrat nicht vorwerfen. Ganz im Gegenteil, wir sind froh, dass er diesen Entwurf dem Hohen Haus, das den Beschluss mehrheitlich getragen hat, vorgelegt hat. Es gibt keinen einzigen Anhaltspunkt, der diesem Landesrat persönlich vorzuwerfen ist. Und einen demokratischen Beschluss mit einem Misstrauensantrag zu beantworten, halte ich persönlich für unangemessen. Keine Sorge, wir verhindern es nicht. Wir können es ja auch nicht verhindern. Das sind die demokratischen Spielregeln. Wir sehen das auch sehr gelassen. Ich gehe davon aus, dass das keine Mehrheit finden wird. Wir halten es nur für unangemessen und das sind auch die Spielregeln, wenn wir etwas für unangemessen halten, dann dürfen wir das in aller Gelassenheit auch sagen. Danke! (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Zur tatsächlichen Berichtigung.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zur tatsächlichen Berichtigung, bitte Herr Klubvorsitzender.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Zur tatsächlichen Berichtigung. Herr Abgeordneter Mayer! Sie lesen heute und hören schon den ganzen Tag Dinge, die nicht gesprochen wurden und die auch nicht verschriftlicht wurden, ja. Sie haben jetzt das neue Wohnbauförderungs- und Sanierungsgesetz angeführt als Begründung für unseren Antrag. Das steht nicht drinnen. Bitte den Antrag ordentlich lesen, so viel zur tatsächlichen Berichtigung. Es sind andere Punkte angeführt und der entscheidende und gravierende, eben was den Verkauf der Wohnbaudarlehen betrifft.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Bitte Herr Klubobmann Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich bin eigentlich heute Früh mit dem Ansinnen nach Salzburg gefahren, in dieses Hohe Haus, und habe mir überlegt, wie kann ich über die Parteigrenzen hinweg den Parteien in diesem Hohen Haus klar machen, dass wir in einer äußerst schwierigen Situation sind. Das geht direkt auch subjektiv von mir aus, dass meine Frau und ich wissen, dass wir sehr viel gearbeitet haben, immer noch arbeiten, auch mit über 60 und eigentlich nicht mehr wissen, wie wir unsere Betriebe unseren Kindern übergeben können.

Wir können es nicht mehr, wenn das wirklich so passiert. Und jetzt debattieren wir über einen Misstrauensantrag. Der einzige, der es in etwa nachfühlen kann, wie so etwas im Herzen dann letzten Endes empfangen wird, bin ich. Ich kann mich erinnern, ich habe zwei Misstrauensanträge, der erste, da hat man mir vermeintlich meinen Kopf gerettet. Beim zweiten Mal war es einfach eine pure, eine pure Lüge. Die Behauptung Karl Schnell wäre als Hacker im Landescomputer eingedrungen. Diese pure Lüge hat dazu geführt, dass ich abgewählt wurde. Ich habe mir heute so gedacht, eigentlich bist Du beneidenswert, was Du heute da für ein Verteidigungsszenario gehabt hast, die ÖVP, die Grünen, Stronach selbstverständlich. Das ist schon toll, das hätte ich mir damals auch gewünscht, dass einer aufgestanden wäre und gesagt hätte, ja wisst ihr was, warten wir mit dem Misstrauensantrag so lange ab, bis wir wissen, ob das, was behauptet wird, überhaupt stimmt. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Naderer: Ich habe Dich auch verteidigt, damals!)

... In Wirklichkeit war ja der Grund ein ganz ein anderer. Es ist ja dann in den Medien herausgekommen, die Frechheit, die ich mir erlaubt habe, war, dass ich in einer Regierungssit-

zung manchmal nach meinem Empfinden dagegen gestimmt habe. Das war dann der wirkliche Grund. Aber sei es wie es sei.

Liebe Freunde! In der Berichterstattung heute am Abend wird wirklich nur der Misstrauensantrag kommen. Nicht die Sorgen, die unsere Betriebe im Pinzgau, in Salzburg haben, nicht die Tatsache, dass wir nicht mehr wissen, wie bringen wir das drüber, dass wir nicht mehr wissen, wie wir uns gegen diese Flut an Bürokratie wehren. Jede Woche kommt wieder ein neuer Zettel, was wir wieder tun müssen. Die Dienstzeiten, die schreiben wir nicht mehr auf, weil sie gar nicht mehr durchführbar sind und, und, und. Ich warte ja nur noch, bis aus der EU endlich das Schreiben kommt, wir brauchen eine Prüfung, dass wir befähigt sind, auf den Locus zu gehen und wann wir gehen dürfen und wie viel Papier wir hernehmen dürfen. Auf das warte ich noch. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten und des Abg. Wiedermann)

Lieber Hans! Wenn wir vielleicht nicht überall uns einig sind. Was mich ein bisschen befremdet hat, das war wirklich die Aussage vom Otto, wie er gesagt hat, wir stehen hinter Dir, auch wenn geheim abgestimmt wird. Das weiß ich nicht, was das jetzt war. Ein Freud'scher Fehler oder was auch immer. Aber eines kann ich Dir sagen: Das ist zu wenig, weil wir sind oft nicht einer Meinung, aber wenn wir wirklich jeden Politiker einen Misstrauensantrag machen würden, von dem wir sagen, der macht eine schlechte Politik, weil wir der Meinung sind, dann gebe es morgen keinen mehr. Danke! (Beifall der ÖVP-, Grünen-, FPÖ- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Scharfetter, bitte.

Abg. Mag. Scharfetter: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich muss gestehen, ich habe ein bisschen gezögert, mich zu Wort zu melden, weil meine Vorredner mir vieles vorweg genommen haben. Nur lieber Karl Schmidlechner, als nun doch schon auch langjähriges Mitglied dieses Hauses: ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: So ist es!)

... Niemand stellt das demokratische Recht des Misstrauensantrages in Frage. Und wir haben eine Verantwortung hier als Parlamentarier, diese Rechte auch zu verteidigen. Wir haben aber auch eine Verantwortung, mit diesen Rechten verantwortlich umzugehen. Und ich glaube, dass heute dieses demokratische Grundrecht schwer beschädigt wird, weil es eine unverhältnismäßige Maßnahme ist, weil es überzogen ist, weil es inhaltlich nicht gerechtfertigt ist. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Die Verantwortung muss jeder definieren für sich!)

... Salopp gesagt, ich habe es mir jetzt noch einmal durchgelesen, die Suppe ist zu dünn, meine Damen und Herren der SPÖ, um hier einen Misstrauensantrag zu stellen. ...

(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: Das definieren wir schon selber!)

... Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wir haben die Verantwortung, mit demokratischen Instrumenten - und das ist ein sehr scharfes demokratisches Instrument – verantwortungsvoll umzugehen und ich denke, dass dieses Instrument heute beschädigt wird. Und ich kann nur noch einmal sagen, die Astrid Rössler hat das für mich wunderbar ausgedrückt, ja. Ich glaube, ich würde wirklich noch einmal überlegen, ob diese Bruchlinie, diese Bruchstelle heute aufgemacht wird, ob es dafür steht – ob es dafür steht – vielleicht für eine kurze Meldung hier doch einen Graben aufzureißen, der uns möglicherweise in der Zukunft noch beschäftigen wird und würde noch einmal an Euch appellieren, darüber nachzudenken. Ich glaube nicht, dass ihr auch diesem demokratischen Grundrecht heute einen Dienst erweist. Das wollte ich als langjähriges Mitglied dieses Hauses sagen. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zu Wort gemeldet hat sich nochmals Otto Konrad, bitte!

Abg. Konrad MBA: War natürlich ein rhetorischer Fehler, indem ich gesagt habe, wir wissen, wie wir abstimmen werden. Wir stehen hinter Hans Mayr. Warum ist das gekommen? Weil in der gestrigen Ausgabe einer Zeitung gestanden ist, dass dieses Thema uns als Partei entzweit. Und das ist auch so ein typisches Beispiel gewesen, auf der einen Seite wurde von einer Idee, wie man vielleicht umgehen kann, wo man dann nicht genau weiß, um was es geht und wir haben uns als Klub ganz klar zu dem Verkauf und deren Rückflüsse geäußert und da muss man ganz ehrlich sagen, haben wir uns natürlich ohne große Diskussion hinter diesen Beschluss gestellt und es gibt keine Entzweiung, so wie es die eine oder andere Tageszeitung vielleicht von uns erhofft, wünscht oder Ähnlichem.

Und für die Aussage, bei einer geheimen Abstimmung, wir stehen – ich kann sagen es ist geheim – ich stehe hinter dem Hans Mayr. Danke. (Beifall der ÖVP- und TSS-Abgeordneten)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Damit haben wir die Debatte beendet. Es ist der Antrag der geheimen Wahl gestellt. Die geheime Wahl ist von neun Mitgliedern, nämlich eben einem Viertel des Salzburger Landtages beantragt. Daher ist diese Wahl geheim abzuhalten. Wir werden jetzt die geheime Wahl durchführen. Wir haben in der Zwischenzeit Stimmzettel vor-

bereitet. Der Text lautet: "Zum Antrag der SPÖ auf Versagung des Vertrauens gegenüber Landesrat Hans Mayr gemäß Art. 39 L-VG." Es wird stehen "Das Vertrauen wird entzogen ja" und daneben "nein". Und wir werden jetzt alle Abgeordneten namentlich aufrufen. Ich ersuche Euch, die Stimmzettel werden ausgegeben, Eure Stimme abzugeben. Ich ersuche die Schriftführer um Aufrufung der einzelnen Mandatare nach alphabetischer Ordnung.

Abg. Jöbstl: Michaela Bartel, Blattl Rosemarie, Brand Gerd, Essl Lukas, Fuchs Rupert, Fürhapter Gabriele, Mag.^a Daniela Gutschi, Hirschbichler Adelheid, Hofbauer Simon, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Kimbie Humer-Vogl.

Abg. Hofbauer: Jöbstl Martina, Konrad Otto.

Abg. Jöbstl: Angela Lindner, Mag. Wolfgang Mayer, Mag. Roland Meisl, Gudrun Mosler-Törnström, Helmut Naderer, Theresia Neuhofer.

Abg. Hofbauer: Michael Obermoser, Brigitta Pallauf, Ingrid Riezler, Ernst Rothenwänder, Manfred Sampl, Hans Scharfetter, Josef Scheinast, Karl Schmidlechner, Othmar Schneglberger, Karl Schnell, Johann Schnitzhofer, Josef Schöchel, Cyriak Schwaighofer, Barbara Sieberth, Nicole Solarz, Walter Steidl, Marlies Steiner-Wieser, Friedrich Wiedermann.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Damit ist die geheime Wahl durchgeführt. Ich unterbreche kurz die Sitzung zur Auszählung. Der Herr Landtagsdirektor und die beiden Schriftführer werden diese vornehmen. Ich ersuche Euch, im Saal zu bleiben. Wir setzen unmittelbar nach Auszählung unsere Sitzung fort. Danke.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:46 Uhr bis 13:48 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen unsere Sitzung fort und ich gebe das Abstimmungsverhalten bzw. das Ergebnis der geheimen Abstimmung über den Misstrauensantrag gegen Landesrat Mayr bekannt. 26 Stimmen nein, neun ja, eine ungültige Stimme. Damit ist dieser Misstrauensantrag abgelehnt. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Sehr geehrte Kollegen! Ich unterbreche hiermit die Sitzung. Wir setzen um 14:30 Uhr im Ausschuss fort mit den Beratungen. Hiermit ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:49 Uhr bis 16:45 Uhr)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche, die Plätze einzunehmen. Wir setzen unsere Sitzung fort und ich rufe auf die

6.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die ökologischen Auswirkungen einer Nutzung von „Goldsauganlagen“ an/in heimischen Gewässern
(Nr. 828 der Beilagen)

Ich ersuche den Schriftführer, die dringliche Anfrage zu verlesen. Bitte!

Abg. Hofbauer (verliest die dringliche Anfrage):

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Ich bitte Dich, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin um Beantwortung der Frage. Zehn Minuten, bei acht erinnere ich Dich an die Zeit.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke Frau Präsidentin!

Ja, vielleicht schaffe ich es ja auch kürzer. Danke für die Anfrage. Die Meldung von den geplanten Goldschürfungen oder Goldsauganlagen hat für einige Verwirrung oder auch schon Reaktion in den Medien gesorgt und daher habe ich ja auch im Detail zu den gestellten Fragen schon Informationen aus den Abteilungen eingeholt.

Ich möchte vorausschicken, dass die Meldungen im ORF und auch auf der Web-Site der Salzburger Nachrichten einige Begrifflichkeiten verwendet haben, die etwas unüblich sind in dem Zusammenhang, weil sie sehr untechnisch, um nicht zu sagen rechtlich sehr flapsig formuliert waren und eine eher dürftige Recherche zeigen, was ich bedauere, weil damit einfach in der öffentlichen Meinung auch unnötig Aufregung erzeugt worden ist. Also die Aussagen, man müsste sich mit vielen Behörden auseinandersetzen, von der Montanbehörde über die Fischereibehörde – eine solche ist mir bitte nicht bekannt – Hochwasserschutz – auch die Salzburg AG würde ich jetzt nicht als Behörde bezeichnen – und auch die Gewässerbehörde, das ist eigentlich das einzige, was zutrifft in diesem Zusammenhang. Es zeigt aber, dass hier unnötigerweise über ein Projekt, wo es vielleicht eine Idee gibt, leider nicht korrekt recherchiert worden ist.

Ich möchte vorausschicken zu den Bedenken, die ja auch in der Präambel geäußert worden sind: Tatsächlich handelt es sich bei dem Gewässersystem um ein sehr sensibles Ökosystem. Konkret geht es um den Begriff dieses Kies-Lücken-Systems, also der Boden eines Gewässers, in dem sich sehr viele unterschiedliche Lebewesen aufhalten, die man vielleicht selten sieht oder selten wahrnimmt, aber die im Wesentlichen Nahrungsgrundlage für die Fischarten, Fischpopulationen sind und natürlich auch Jungfische und Laich sich genau in dieser Schicht aufhalten, um die es jetzt hier geht, nämlich dass mit einem Sauggerät diese Massen unterschiedlicher Größe und Form auch dieses Kiesbettes abgesaugt und dann eben transportiert werden und daher von vornherein einmal die Frage berechtigt ist, was hat denn das für Auswirkungen auf das Gewässer, auf die Gewässerökologie, allenfalls für den Fischbestand. Und insgesamt auf die Gewässerqualität. Die gestellten Fragen und auch die geäußerten Bedenken sind daher mehr als berechtigt.

Zu den einzelnen Fragen: Wie weit sind die naturschutz- und wasserrechtlichen Beurteilungen? Ich möchte dazusagen, dass das Wasserrecht in das Ressort von meinem Kollegen Sepp Schwaiger fällt. Ich habe aber nachgefragt, wie auch hier der Stand ist. Weder im Naturschutz- noch im Wasserrecht ist ein Genehmigungsverfahren anhängig. Nachdem es ein voraussichtlich – das wissen wir eben nicht, weil es noch kein Projekt gibt - - bezirksübergreifendes Projekt ist, wäre es in der Zuständigkeit der Naturschutzbehörde des Landes, der Abteilung 5. Wenn ein einzelner Standort eingereicht würde, dann ist es Aufgabe der entsprechenden Bezirkshauptmannschaft. Nach den bisher vorliegenden Informationen handelt es sich schon auch aus den dargestellten potentiellen Eingriffen und Auswirkungen auf die Gewässerökologie jedenfalls um einen naturschutzrechtlich bewilligungspflichtigen Eingriff, d.h. es ist ein Naturschutzverfahren zu starten, um zu beurteilen, welche Auswirkungen zu erwarten sind und ob es überhaupt genehmigungsfähig ist. Ob es also eine unbedeutend abträgliche Auswirkung hat auf die Schutzgüter des Naturschutzes, ist erst in einem Verfahren zu prüfen und dann zu prüfen, ob es genehmigt werden kann. Hinsichtlich der wasserrechtlichen Beurteilung ist ebenfalls eine Bewilligung notwendig, für die ebenfalls nach meinem Wissensstand heute noch keine Bewilligung eingereicht worden ist. Wichtig für Sie zu wissen, dass der Projektwerber aufmerksam gemacht worden ist, sowohl mündlich als auch schriftlich, dass er vor dem Start seiner beabsichtigten Tätigkeit zuerst diese Bewilligungen einholen muss und dass natürlich rechtskräftige Bescheide vorliegen müssen, bevor das Projekt gestartet werden kann. Die konkreten Auswirkungen können allerdings erst nach Vorliegen eines konkreten Projektes abgeschätzt werden. Klar. Was auf jeden Fall notwendig ist, die Wassermengen, die Zeitpunkte, auch die Stärke, die Entnahmemengen, das muss alles bekannt sein, um dann entsprechende Auswirkungen prüfen zu können.

Frage zwei, welche ökologischen Auswirkungen sind zu erwarten, sind potentiell zu erwarten: Wie erwähnt, sind die ökologischen Auswirkungen durchaus vielfältig, können auch bis

zur Zerstörung des Lebensraumes führen, die dort ansässigen, wirbellosen Tiere und bis zur Schädigung von lokalen Fischpopulationen reichen. Einige Beispiele sind: Zerstörung des Lebensraums dieser Tiere und auch der entsprechenden Pflanzenwelt in diesem Raum, Entfernung der Nahrungsgrundlage für die dort lebenden Fischpopulationen, aber auch eine direkte mechanische Schädigung und auch Schädigung des Fischlaichs sind denkbar.

Zur Frage drei, im Falle eines positiven Bescheids, welche Art könnten Umweltauflagen sein: Sofern überhaupt genehmigungsfähig, könnte man z.B. bestimmte zeitliche Einschränkungen als Auflage verordnen, keine Saugtätigkeiten während der Schon- und Laichzeiten von Salzachfischen, z.B. die Anzahl der Tage, an denen das Gerät genutzt werden kann beschränken, dieses Goldsaugen nur an bestimmten ausgewiesenen Standorten und nicht an bekannten Laichplätzen oder in besonderen Schutzgebieten, sicherzustellen, dass keine Treibstoffe, keine Öle ins Gewässer und auch nicht in den Uferbereich gelangen können, eine zeitliche Festlegung in Absprache mit anderen Berechtigten. Hier geht es z.B. auch um die Interessen der Fischereiberechtigten und schließlich die Festlegung von Entnahmeeleistungen. Das können sein Liter pro Sekunde, Kubikmeter pro Tag oder auch flächige Ausmaße. Also das wären Beispiele, wie man eine Genehmigung, sofern sie überhaupt erteilt, entsprechend den fachlichen Auflagen limitieren kann.

Vierte Frage, im Falle eines positiven Bescheids, ob hier nicht der mittel- und langfristigen Zerstörung von Natur, Lebens- und Erholungsraum Tür und Tor geöffnet wird. Ja, daher umso wichtiger, dass solche Anlass- und Einzelfälle entsprechend genau geprüft werden, dass man sie auch so prüft, falls andere Projektwerber mit der gleichen Idee kommen, nach den gleichen Kriterien beurteilt. Hier spielt sicher auch die Frage der allenfalls vorgebrachten öffentlichen Interessen eine Rolle. Auch aus den Medienberichten klingt es eher nach einem Hobby. Dann ist aber doch erwähnt, dass es sich um ein teures Gerät handelt und daher der Wunsch nach einer gewerblichen Tätigkeit durchklingt. Also auch hier wäre dem nachzugehen, welche Mindestmengen, auch welche quasi Erträge erwartet werden und dementsprechend auch welche Häufigkeit dieses Betriebs der Anlage zu erwarten wäre. In Summe also durchaus Skepsis angebracht. Es liegen noch keine Genehmigungen vor. Es darf daher auch dieser Betrieb nicht aufgenommen werden und alles andere bleibt den konkreten Unterlagen eines Verfahrens vorbehalten.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Gibt es noch Wortmeldungen? Bitte, Kollegin Fürhapter! Du hast auch zehn Minuten als Antragstellerin.

Abg. Fürhapter: Ich fasse mich kurz, weil das ist sehr gut beantwortet worden, danke.

Frau Präsidentin! Werte Regierungsmitglieder! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Ich bin jetzt sehr froh, dass die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin sehr viele Bedenken, die wir hatten bezüglich dieses Goldsaugens, entkräften konnte. Ich habe mir eigentlich auch von ihr nichts anderes erwartet, weil ich weiß, dass sie da sehr sorgsam mit der Natur umgehen wird und auch in die Entscheidungen eingreifen wird, wenn da irgendwas anderes herauskommt. Ich möchte einfach nur noch ergänzen: Ich glaube, dass das Gemeinwohl über den Interessen eines einzelnen steht und wenn man bedenkt, dass für einen Kubikmeter gesaugtes Material er sich 0,5 Gramm Gold erwartet, dann ist das eigentlich nicht so viel, denkt man, aber wenn man dann bedenkt, wenn dort Gold gefunden wird und es ist nicht nur einer, sondern es sind dann zehn dort, oder zwanzig, oder dreißig, dann kann man sich ungefähr vorstellen, wie diese Landschaft dort umgebaut wird, was das für die Tiere, für die Futtertiere, für die Pflanzen, für die ganze Naturschutzlandschaft bedeutet. Und was mich jetzt auch sehr verwundert hat, war eigentlich, dass noch gar kein Antrag vorhanden liegt bei der Naturschutzbehörde und bei der Wasserrechtsbehörde, denn bei den Medienberichten ist das ein bisschen anderes herüber gekommen. Sie warten praktisch nur noch darauf. Und die Bedenken des Fischereivereins in Schwarzach waren ja auch, dass diese Ruhezeiten der Fische nicht eingehalten werden, sich dann der Bestand vermindert und natürlich sie dann auch in der Fischerei beeinträchtigt sind und ich glaube, das Wichtigste ist einfach diese Naturlandschaften, die schönen, die wir haben, weil das kann ja auch durchaus auf anderen Plätzen dann passieren, dass solche Goldsauganlagen verwendet werden, dass die einfach auch für uns und für unsere Kinder und für die Nachfahren so bleiben, wie sie sind und so gut erhalten bleiben, wie sie sind.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke vielmals. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann haben wir diese Dringliche Anfrage abgeschlossen. Die zwei weiteren

6.3 Dringliche Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Polizeieinsätze an Schulen im Bundesland Salzburg

(Nr. 829 der Beilagen) und

6.4 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Belastung des Salzburger Tourismus durch die Steuerreform

(Nr. 830 der Beilagen)

werden schriftlich beantwortet, nachdem Landeshauptmann Dr. Haslauer nicht anwesend ist. Das wurde auch so vereinbart. Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen und ich komme nun zu

Punkt 7: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Ich werde wieder die einstimmig verabschiedeten Anträge der Ausschüsse zusammenziehen und diese zur Abstimmung bringen.

Einstimmig verabschiedet wurden die Tagesordnungspunkte

7.1 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamtengesetz 1987, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000, das Landesbeamten-Pensionsgesetz und das Salzburger Bezügegesetz 1998 geändert werden

(Nr. 724 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

7.2 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Sozialhilfegesetz, das Salzburger Pflegegesetz und das Salzburger Behindertengesetz 1981 geändert werden

(Nr. 725 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogli)

7.3 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Leichen- und Bestattungsgesetz 1986 geändert wird

(Nr. 726 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

7.4 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Kurtaxengesetz 1993 und das Salzburger Ortstaxengesetz 2012 geändert werden

(Nr. 727 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.5 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Einräumung eines Baurechtes zugunsten der anderskompetent gmbh

(Nr. 728 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Obermoser)

7.6 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Abschaffung der Sozialhilfebeiräte in den Bezirken

(Nr. 729 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

7.7 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Mag. Schmidlechner betreffend Transparenz bei Wartezeiten in den Krankenanstalten des Landes Salzburg

(Nr. 730 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

7.8 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Jöbstl und Bartel betreffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden und zum Antrag der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth betreffend die Kürzung der Matura-Vorbereitungsstunden

(Nr. 731 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Jöbstl)

7.9 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Nutzung der Airport-Parkplätze während der Umweltverträglichkeitsprüfung

(Nr. 732 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

7.10 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend einer möglichen Schadloshaltung gegen die Stadt Salzburg im Zusammenhang mit der Übernahme des negativen Derivate-Portfolios durch das Land Salzburg

(Nr. 733 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

7.11 **Bericht** des Petitionsausschusses betreffend Petition Stadtgemeinde Seekirchen gegen die 380 kV Leitung – 2. Abschnitt

(Nr. 734 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. DIⁱⁿ Lindner)

7.12 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, HR Dr. Schöchel und Mag. Scharfetter betreffend innovative Finanzierungsmodelle

(Nr. 789 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.13.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: 7.13 nicht. 7.13 der Punkt eins ist mehrstimmig abgelehnt worden.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Ich lasse 7.13 jetzt offen. Letzter einstimmiger 7.12.

7.15 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend die Generationengerechtigkeit von Gesetzen

(Nr. 792 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

7.16 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend einer angemessenen Entlohnung jeder ehrlichen Arbeit

(Nr. 793 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

7.17 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchli, Mag. Mayer und Jöbstl (Nr. 393 der Beilagen) betreffend die Zählregel für Kinder im Kraftfahrlinienverkehr und zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann (Nr. 408 der Beilagen) betreffend die Zählregel im Kraftlinienverkehr und zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 411 der Beilagen) betreffend die Abschaffung der Zählregel 3:2 für Kinder unter 14 Jahren im Kraftfahrlinienverkehr

(Nr. 794 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

7.19 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Fuchs und DIⁱⁿ Lindner betreffend die Lenkberechtigung für Kraftfahrzeuge mit Automatikgetriebe

(Nr. 796 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

7.21 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Ing. Schnitzhofer, Obermoser und Neuhofer (Nr. 536 der Beilagen) betreffend das Einsparungspotenzial bei Drucksorten und Publikationen beim Amt der Salzburger Landesregierung und bei Organisationen, bei denen das Land beteiligt ist und zum Antrag der Abg.

DIⁱⁿ Lindner und Scheinast (Nr. 366 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Beschränkung des Drucksortenaufwandes in der Salzburger Landesverwaltung und in landeseigenen Betrieben

(Nr. 798 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Schnitzhofer)

7.22 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend die Richtigstellung des Nationalparkgesetzes
(Nr. 852 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

Ich wiederhole noch einmal die einstimmig verabschiedeten Tagesordnungspunkte. 7.1, 7.2, 7.3, 7.4, 7.5, 7.6, 7.7, 7.8, 7.9, 7.10, 7.11, 7.12, 7.15, 7.16, 7.17, 7.19, 7.21, 7.22. Wer mit der Verabschiedung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Danke. Somit ist die einstimmige Annahme der aufgerufenen Ausschussberichte festgestellt. Ich rufe nunmehr auf Tagesordnungspunkt

7.13 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Ing. Mag. Meisl betreffend Mittel zur Gemeinschaftspflege
(Nr. 790 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

Hier wurde punktmäßig abgestimmt. Punkt eins war das Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne und Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Ich ersuche nunmehr, wer für die Annahme dieses Ausschussberichtes ist –

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Die ÖVP hat auch dagegen gestimmt.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: ÖVP, Grüne und Team Stronach gegen – wo ist denn der Bericht. Ich hole mir jetzt den Bericht heraus! Ich habe bei diesem Bericht keine zwei Punkte. Ich verlese, um das ganz korrekt zu machen und sicher zu gehen, das Protokoll. Ich habe jetzt das Protokoll und stimme anhand des Protokolls diesen Tagesordnungspunkt ab. Punktmäßig. Der Text lautet: "Die Landesregierung wird ersucht, 1. die Mittel zur Gemeinschaftspflege der Personalvertretung der Landesbediensteten und LandeslehrerInnen für die Zukunft abzusichern und 2. das Landesrechnungshofgesetz bis Oktober 2015 dahingehend zu ändern, dass sämtliche Prüfungsberichte des Landesrechnungshofes dem Landtag vorgelegt und in den jeweiligen Ausschüssen zur Diskussion gestellt werden." Punktweise Abstimmung. Wer mit Punkt eins einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist SPÖ und FPÖ und Wiedermann gegen die Stimmen von ÖVP, Grüne und Team Stronach. Punkt zwei: Wer für diesen Punkt ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Punkt zwei ist einstimmig angenommen.

Abg. Essl: Der Bericht stimmt völlig überein mit dem Ausschussprotokoll.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Das Protokoll stimmt, aber ...

Abg. Essl: ... was die Mehrheit im Ausschuss findet. Und keinen Minderheitenbericht. ...

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke.

Landtagsdirektor Dr. Kirchtag: Punkt 1: Der Antrag wird abgelehnt. Punkt 2: Einstimmig. So müsste es richtig heißen, ja.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke für die Aufklärung der Verwirrung. Danke.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung von

7.14 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Hofbauer betreffend die Erforschung und Aufarbeitung der Rolle der Christian-Doppler-Klinik während und nach des NS-Regimes
(Nr. 791 der Beilagen – Berichterstatte^rin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, SPÖ, Team Stronach gegen FPÖ und Team Wiedermann.

Ich komme zur Abstimmung von Top

7.18 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Senkung der Erdgaspreise durch die Salzburg AG
(Nr. 795 der Beilagen – Berichterstatte^r: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Team Stronach, SPÖ und Grüne gegen FPÖ und Fritz Wiedermann.

Ich komme zur Abstimmung zu Top

7.20 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl (Nr. 669 der Beilagen) betreffend die Auflage der Broschüren des Landes Salzburg in „Leicht Lesen“ und in der Version „Leicht Lesen“ der Homepage des Landes Salzburg und zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth (Nr. 242 der Beilagen) betreffend Barrierefreiheit in der Landtagskommunikation
(Nr. 797 der Beilagen – Berichterstatte^rin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss: ÖVP, SPÖ, Grüne, Team Stronach gegen FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, SPÖ, Team Stronach gegen die Stimmen von FPÖ und Fritz Wiedermann.

Ich komme nun zur Abstimmung von Top

7.23 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzender Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend die Durchführung einer Volksbefragung zum geplanten Verkauf der Wohnbaudarlehen (Nr. 853 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

Im Ausschuss abgestimmt ÖVP, Grüne und Team Stronach gegen SPÖ, FPÖ und Fritz Wiedermann. Wer für die Annahme des Berichtes ist, ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Team Stronach, Grüne gegen SPÖ, FPÖ und Fritz Wiedermann.

Ich komme zur Abstimmung von Top

7.24 **Bericht** des Finanzausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Nachverhandlung der Steuerreform für eine echte und nachhaltige Steuerentlastung (Nr. 854 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Blattl)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne und Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Herr Klubobmann, Du hast das Wort.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Präsidentin! Ich darf einen Minderheitsbericht anmelden.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Daher komme ich nunmehr zum Minderheitenbericht, den ich als erstes abzustimmen habe, müsste man jetzt kopieren und allen verteilen, weil sonst wissen Sie ja nicht, worüber Sie abstimmen. Ist das der ursprüngliche Antragstext?

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Ja.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Dann ist er bekannt?

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Er ist bekannt, ist genau der gleiche Antrag, den wir eingebracht haben.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Gut, danke vielmals. Dann werden wir ihn nicht extra jetzt kopieren, sondern die Klubobleute überzeugen sich, dass es der gleiche Antragstext ist. Dann komme ich jetzt zur Abstimmung des Minderheitenberichtes. Wer für die Annahme des Minderheitenberichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. FPÖ und Fritz Wiedermann. Wer dagegen ist, ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Team Stronach, Grüne und SPÖ.

Damit komme ich zur Abstimmung des Ausschussberichtes. Wer für die Annahme des Berichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, FPÖ, Team Stronach, Fritz Wiedermann und Grüne. Wer dagegen ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegen die Stimmen der SPÖ.

Danke. Damit haben wir Top 7 mit einigen kurzen Verwirrungen, für die ich mich entschuldige, abgeschlossen. Ich rufe nunmehr auf

Punkt 8: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Zu einigen Tops wurden Debatten angemeldet. Angemeldet wurde Debatte zu

8.13 **Anfrage** der Abg. Ing. Sampl und Obermoser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 562 der Beilagen) betreffend die Umsetzung der EU-Richtlinie zur strategischen Umweltprüfung (SUP-Richtlinie) (Nr. 747 der Beilagen)

ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen, Frau Präsidentin!

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Zu

8.25 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 597 der Beilagen) betreffend die Provisionszahlungen bei Wertpapier- und Derivatgeschäften in den Jahren 2004 bis Mitte 2013 (Nr. 759 der Beilagen)

FPÖ. Debatte angemeldet, zurückgezogen.

8.29 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 552 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend der Öffentlichkeitsarbeit im Wohnungswesen (Nr. 763 der Beilagen)

FPÖ.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf:

8.33 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 559 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend einer Feststellung der tatsächlichen Gefahren durch die gebündelten Richtfunkstrahlen (UKW, TV und sonstige) des Senders am Gaisberg mittels Gutachten (Nr. 767 der Beilagen)

ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf:

8.36 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, HR Dr. Schöchel und Ing. Sampl an die Landesregierung (Nr. 551 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend die Agenden der Männerarbeit im Land Salzburg (Nr. 770 der Beilagen)

ÖVP.

8.42 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 590 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend das neue Verteilerzentrum für Asylwerber am Gaisberg (Nr. 776 der Beilagen)

FPÖ.

8.57 **Anfrage** der Abg. HR Dr. Schöchel, Neuhofer und Ing. Schnitzhofer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 690 der Beilagen) betreffend das Mineralrohstoffgesetz

(Nr. 803 der Beilagen)

ÖVP.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Auch zurückgezogen.

8.1 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an die Landesregierung (Nr. 554 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Flüchtlinge im Pflichtschulalter

(Nr. 735 der Beilagen)

8.2 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014

(Nr. 736 der Beilagen)

8.3 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 582 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Berufsschulen im Land Salzburg

(Nr. 737 der Beilagen)

8.4 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 583 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Kinderbetreuung im Land Salzburg

(Nr. 738 der Beilagen)

8.5 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 586 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Gesundheitsvorsorge der Gemeinden

(Nr. 739 der Beilagen)

8.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 593 der Beilagen) betreffend die muslimische Bevölkerung in Salzburg

(Nr. 740 der Beilagen)

8.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 592 der Beilagen) betreffend die Klassenschülerhöchstzahlen in Salzburg
(Nr. 741 der Beilagen)

8.8 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 591 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend Unterstützungen für Schulkinder aus sozial schwachen Familien
(Nr. 742 der Beilagen)

8.9 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 684 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 28. Februar 2015
(Nr. 743 der Beilagen)

8.10 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 598 der Beilagen) betreffend der Verleihung des Ehrenzeichens des Landes Salzburg an Hofrat Dr. Ferdinand Faber bzw. der Ablehnung der Auszeichnung durch denselben
(Nr. 744 der Beilagen)

8.11 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014
(Nr. 745 der Beilagen)

8.12 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 559 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler – betreffend einer Feststellung der tatsächlichen Gefahren durch die gebündelten Richtfunkstrahlen (UKW, TV und sonstige) des Senders am Gaisberg mittels Gutachten
(Nr. 746 der Beilagen)

8.14 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Abg. Haitzer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 563 der Beilagen) betreffend Standortverlegungen für Handlungsgroßbetriebe
(Nr. 748 der Beilagen)

8.15 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 564 der Beilagen) betreffend den Flächenverbrauch im Bundesland Salzburg
(Nr. 749 der Beilagen)

8.16 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 594 der Beilagen) betreffend den Tierschutz im Innergebirg
(Nr. 750 der Beilagen)

8.17 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014
(Nr. 751 der Beilagen)

8.18 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 561 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend Frankenkredite in den Gemeinden und im Land Salzburg
(Nr. 752 der Beilagen)

8.19 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 585 der Beilagen) betreffend Dialyse der SALK
(Nr. 753 der Beilagen)

8.20 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 586 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend Gesundheitsvorsorge der Gemeinden
(Nr. 754 der Beilagen)

8.21 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 595 der Beilagen) betreffend die Tätigkeit der Land-Invest
(Nr. 755 der Beilagen)

8.22 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 587 der Beilagen) betreffend den Sondervertrag für Mag.^a Rogatsch
(Nr. 756 der Beilagen)

8.23 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 691 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche
(Nr. 757 der Beilagen)

8.24 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 697 der Beilagen) betreffend der Verwendung von giftigen Aromastoffen in unseren Lebensmitteln und die Auswirkungen der Nutrigenomik
(Nr. 758 der Beilagen)

8.26 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 692 der Beilagen) betreffend Krankenhaus Hallein
(Nr. 760 der Beilagen)

8.27 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Riezler an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 693 der Beilagen) betreffend Ausgabenobergrenzen im Gesundheitsbereich
(Nr. 761 der Beilagen)

8.28 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 695 der Beilagen) betreffend forensisch-psychiatrische PatientInnen im Bundesland Salzburg
(Nr. 762 der Beilagen)

8.30 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Fuchs an die Landesregierung (Nr. 553 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend LED in der Landesverwaltung
(Nr. 764 der Beilagen)

8.31 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014 (Nr. 765 der Beilagen)

8.32 **Anfrage** der Abg. Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 558 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr – betreffend den „Türkischen österreichischen demokratischen Kulturverein“, Pfliegerweg 19, 5101 Bergheim (Nr. 766 der Beilagen)

8.34 **Anfrage** der Abg. HR Dr. Schöchli, Mag. Mayer und Ing. Sampl an Landesrat Mayr (Nr. 569 der Beilagen) betreffend die Ausweitung des 366-Euro-Jahrestickets (Nr. 768 der Beilagen)

8.35 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr (Nr. 570 der Beilagen) betreffend die Pinzgauer und Salzburger Lokalbahn (Nr. 769 der Beilagen)

8.37 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014 (Nr. 771 der Beilagen)

8.38 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an die Landesregierung (Nr. 554 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend Flüchtlinge im Pflichtschulalter (Nr. 772 der Beilagen)

8.39 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Haitzer an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 571 der Beilagen) betreffend Krabbelgruppen in den Salzburger Gemeinden (Nr. 773 der Beilagen)

8.40 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Mag. Schmidlechner an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 572 der Beilagen) betreffend Förderungen für den privaten Kindergarten Nairz (Nr. 774 der Beilagen)

8.41 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 583 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend Kinderbetreuung im Land Salzburg (Nr. 775 der Beilagen)

8.43 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 591 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag.^a Berthold MBA – betreffend Unterstützungen für Schulkinder aus sozial schwachen Familien (Nr. 777 der Beilagen)

8.44 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 455 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwaiger – betreffend tatsächliche Kosten Strukturreform (Nr. 778 der Beilagen)

8.45 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 557 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwaiger – betreffend der Anzahl an und der Kosten für Gutachten im Zeitraum 2010 bis 2014 (Nr. 779 der Beilagen)

8.46 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 584 der Beilagen) betreffend Anrechnung von Vordienstzeiten (Nr. 780 der Beilagen)

8.47 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 691 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwaiger – betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche (Nr. 781 der Beilagen)

8.48 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 591 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schwaiger – betreffend Unterstützungen für Schulkinder aus sozial schwachen Familien (Nr. 782 der Beilagen)

8.49 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 596 der Beilagen) betreffend die Depots des Salzburg Museums

(Nr. 783 der Beilagen)

8.50 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 591 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn – betreffend Unterstützungen für Schulkinder aus sozial schwachen Familien

(Nr. 784 der Beilagen)

8.51 **Anfrage** der Abg. Riezler und Schneglberger an die Landesregierung (Nr. 599 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn – betreffend Sozialausgaben im Bundesland Salzburg

(Nr. 785 der Beilagen)

8.52 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 691 der Beilagen) ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn betreffend das Psychosoziale Beratungs- und Versorgungszentrum für Kinder und Jugendliche

(Nr. 786 der Beilagen)

8.53 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 688 der Beilagen) betreffend die Umsetzung von Rechnungshof-Empfehlungen im Landesschulrat für Salzburg

(Nr. 799 der Beilagen)

8.54 **Anfrage** der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 686 der Beilagen) betreffend Jubiläumsjahr 2016

(Nr. 800 der Beilagen)

8.55 **Anfrage** der Abg. Hirschbichler MBA und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 687 der Beilagen) betreffend Bürgermeisterwahlen

(Nr. 801 der Beilagen)

8.56 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 643 der Beilagen) betreffend den Arbeitsmarkt in Salzburg

(Nr. 802 der Beilagen)

8.58 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler (Nr. 644 der Beilagen) betreffend den Fortbestand von Löschteichen
(Nr. 804 der Beilagen)

8.59 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 681 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Landwirtschaftskammerwahl
(Nr. 805 der Beilagen)

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf: Danke. Dann ist auch dieser Top abgeschlossen. Als letzten Top rufe ich auf

Punkt 9: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

Zu Top

9.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages 2. Juli 2014 betreffend das Erfassen von Schülerinnen und Schülern ohne positiven Schulabschluss
(Nr. 787 der Beilagen)

wurde Debatte von der ÖVP angemeldet. Zurückgezogen. Damit habe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Bevor ich die heutige 6. Sitzung schließe, möchte ich unserem Herrn Landesrat Heinrich Schellhorn sehr herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren. Er hat genau heute Geburtstag und ich zähle nicht nach, der wievielte. Ich wünsche Dir alles, alles Gute, Glück und Segen! (Allgemeiner Beifall) Damit schließe ich die 6. Sitzung und berufe die 7. Sitzung für Mittwoch 3. Juni 2015, 9:00 Uhr ein. Ich wünsche Euch einen schönen Abend.
Danke!

(Ende der Sitzung: 17:14 Uhr)

.....

Dieses Protokoll wurde
am **3. Juni 2015**
in der Sitzung des Salzburger Landtages
genehmigt.

Landtagspräsidentin: Schriftführer/in: